



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Bundesfachtagung in Berlin:

Familienpolitik neu denken

Unter dem Motto „Familienpolitik neu denken“ stellte die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) im Zuge der Grundsatzprogramm Diskussion auf einer Fachtagung in Berlin die heutige Familienpolitik auf den Prüfstand. „Das Thema Familienpolitik ist sehr wichtig, denn wir müssen die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Wahlfreiheit gewährleistet ist und unsere Werte weitergegeben werden“, begrüßte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die Delegierten.

Laut Karrenbauer „ist die Familie unser Fundament und hält unsere Gesellschaft zusammen“. Dafür müsse die CDU jedoch ihre Familienpolitik weiterentwickeln und auch zielgerichtete Angebote für Patchwork- und Regenbogenfamilien sowie Getrennt- und Alleinerziehende bereithalten.

Auch der KPV-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase MdB, verwies auf die gesellschaftlichen Realitäten: „Selbstverständlich stehen wir nach wie vor zur traditionellen Ehe. Sie ist die Lebensform Nummer 1. Aber deshalb müssen wir nicht engstirnig werden und andere Lebenswirklichkeiten ausblenden oder gar negativ beurteilen.“

Im Rahmen des Fachgesprächs diskutierten die Teilnehmer aus Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die praktischen Auswirkungen

des KPV-Papiers „Familienpolitik neu denken“.

Drei starke Ansätze

Die Anregungen und Impulse aus den drei Foren „Familien-Hilfe: Prävention statt staatlicher Intervention“, „Familien-Leben: Rahmenbedingungen verbessern“ sowie „Familien-Leistungen: Freiraum statt Umverteilung“ fließen in das Diskussionspapier ein. So wird beispielsweise das Papier umbenannt in „Familienpolitik vernetzt denken“. Der neue Titel verdeutlicht, dass es sich bei dem Papier nicht um eine Abkehr bisheriger Grundsätze der Familienpolitik handelt. Außerdem kommt damit die notwendige Verzahnung von kommunaler, Landes- und Bundesebene zum Ausdruck.

In dem Diskussionspapier

wird unter anderem die Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung von Familien gefordert. Das Elterngeld sei ein großer Erfolg christlich-demokratisch geprägter Familienpolitik. „Wir wollen prüfen, wie das Elterngeld ausgebaut und dabei insbesondere für Väter attraktiver gestaltet werden kann“, heißt es. Zudem soll ein Familiensplitting geprüft werden, das Einkommensanteile der im Haushalt dauerhaft lebenden Personen steuerlich besser freistellt. Der Staat müsse den Familien mehr finanzielle Mittel belassen.

Kinder und Eltern entlasten

Der Bund will Kinder und Eltern, die gegenüber Leistungsbezieher nach SGB 56 XII unterhaltsverpflichtet sind, entlasten. Hierzu wird die Unterhaltsheranziehung von Eltern (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Landkreistag:

Zukunftsorientierung statt Vergangenheitsbewältigung

Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Landrat Reinhard Sager, hat sich für ein sofortiges Exportverbot von Plastikmüll vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgesprochen. In vielen Ländern sei eine angemessene Entsorgung nicht sichergestellt. „Plastik, das einmal ins Meer gelangt ist, kann nie mehr vollständig geborgen werden. Das wäre ein dringend notwendiger Beitrag Deutschlands zum weltweiten Umweltschutz“, stellte Sager fest.

Der europäische Anteil an der Meeresvermüllung mache zwar lediglich knapp 2 % aus. Allerdings exportiere auch Deutschland in Länder mit fehlenden Müllentsorgungs- und Recyclingstrukturen. „Dadurch gehen uns zudem Kunststoffe verloren, auf die wir als rohstoffarmes Land angewiesen sind.“

Exportiert ist nicht recycelt

Die jüngsten Vereinbarungen des Baseler Übereinkommens zum Export von Plastikmüll sehen vor, dass ab 2021 unsortierter und durchmischter Plastikmüll als gefährlicher Abfall gilt und damit den Mitgliedstaaten der EU ein Export ab diesem Zeitpunkt verboten ist. „Diesen Exportstopp müssen wir sofort umsetzen und sollten nicht zuwarten. Allein nach Malaysia hat Deutschland im vergangenen Jahr mehr als 100.000 Tonnen Plastikmüll verschifft. Hinzu kommen Exporte nach Indonesien, Thailand und Vietnam.“ In den Statistiken gelte dieser exportierte Müll als recycelt.

Darüber hinaus müssten gerade dort Plastikabfälle vermieden werden, wo langlebige und haltbare Kunststoffprodukte entweder nur einmal zum Einsatz gelangten oder nicht erforderlich seien, fuhr der Präsident fort. „Deshalb ist die Stärkung von Mehrwegsystemen etwa durch klarere Kennzeichnungen auf Verkaufsverpackungen im Verpackungsgesetz festzuschreiben. Lücken beim Einwegpfand müssen überdies geschlossen und das Pfand auf alle Kunststoffeinwegflaschen ausgeweitet werden.“

Entsorgung aus einer Hand

Die Landkreise hätten außerdem gute Erfahrungen mit Wertstofftonnen gemacht, in denen Verpackungen und z. B. Pfannen oder Plastikspielzeug gemeinsam entsorgt werden könnten. „Auf diese Weise könnten hunderttausende Tonnen Wertstoffe zusätzlich für das Recycling erfasst werden. Die Verantwortung für das Einsammeln dieser Wertstoffe sollte wieder generell den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen werden, um für die



Landtagspräsidentin Ilse Aigner:

Bild: Rolf Poss (Bildarchiv Bayerischer Landtag)

Föderalismus ist ein Erfolgsmodell

Sondertreffen der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente am Chiemsee anlässlich des Jubiläums „70 Jahre Grundgesetz“

MÜNCHEN/HERRENCHIEMSEE. Unter Leitung der Bayerischen Landtagspräsidentin Ilse Aigner haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente am Chiemsee getroffen, um das 70. Jubiläum des Grundgesetzes zu feiern. Am Entstehungsort des Grundgesetzes wurde dabei an die historische Rolle erinnert, die die Länder und ihre Parlamente bei der Entstehung des Grundgesetzes gespielt haben. Bei ihrem Treffen am Originalschauplatz des Verfassungskonvents auf der Insel Herrenchiemsee nannte Landtagspräsidentin Ilse Aigner den Ort ein Symbol für das Erfolgsmodell des demokratischen Föderalismus. „Es war von den Vätern unserer Verfassung ausdrücklich gewollt, dass die Mitsprache der Länder ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Demokratie wird – nachdem man im sogenannten Dritten Reich die zerstörerische Wirkung eines rigiden Zentralismus erlebt hat. Das Grundgesetz ist auch ein Auftrag an uns, diesen Föderalismus weiterhin zu leben und die freiheitliche Grundordnung, die uns Frieden, Wohlstand und Sicherheit beschert hat, zu schützen. Das geht nur mit selbstbewussten Ländern.“

Bürgerinnen und Bürger eine Abfallentsorgung aus einer Hand sicherzustellen.“

Die EU habe ein Verbot von Einwegartikeln wie Strohhalm, Geschirr und Wattestäbchen ab 2021 beschlossen. Diese Maßnahme kann Sager zufolge nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Keineswegs darf nach Auffassung des DLT der Eindruck vermittelt werden (Fortsetzung auf Seite 4)

Gute-KiTa-Vertrag unterzeichnet

Bayern und Bund sorgen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung schaffen bestmögliche Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Bund beteiligt sich mit rund 861 Millionen Euro bis 2022 an Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in Kitas und der Entlastung der Eltern bei den Gebühren in Bayern. Die entsprechende Vereinbarung wurde bei Ministerpräsident Dr. Markus Söder durch Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer unterzeichnet.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Bayern ist Familienland Nummer 1. Wir bieten jungen Familien einen bestmöglichen Start: Krippengeld und Kindergartenzuschuss entlasten bei der Kinderbetreuung, dazu bauen wir die Betreuungsplätze weiter aus. Das Bayerische Familiengeld ist einzigartig und schafft echte Wahlfreiheit für

unsere Eltern. Das sind starke Signale der Wertschätzung. Wir sorgen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern.“

Deutliche Wertschätzung

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey: „861 Millionen Euro für mehr Qualität und weniger Gebühren in Kitas und Kindertagespflege in Bayern – eine große Summe, die einen Unterschied für die Kinder im Freistaat machen wird. Kitaleitungen werden sich noch gezielter auf die Weiterentwicklung der Einrichtungen konzentrieren können, durch die Stärkung der Kindertagespflege können zum Beispiel Randzeiten noch besser abgedeckt werden – ein wichtiger Schritt gerade für Menschen die besonders früh oder spät arbeiten müssen. Und durch die Ausweitung des Beitragszuschusses wird es für Familien mit kleineren Einkommen möglich, sich die Kita für ihre Kinder leisten zu können. So machen wir nicht nur Kinder, sondern auch Familien in Bayern stark.“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Bei Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterzeichneten Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer den Gute-KiTa-Vertrag..

Bild: FStMAS/Alexander Göttert, PLAN-BILD

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Paradigmenwechsel beim Teilhabegesetz	2
Disput um Ankerzentren	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalpolitik erfordert Ideen, Kreativität und Durchhaltevermögen	3
Mehr Vertrauen in Krankenhäuser	3
HSS macht Kandidaten für Kommunalwahlen in Bayern fit	3
Kommunaler Bau	7 - 12
Engagement für die eine Welt	13
Abfall - Umwelt	14 - 15
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Friedhofsgestaltung	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Paradigmenwechsel beim Teilhabegesetz

Mit dem Teilhabegesetz soll die Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung gestärkt werden. Laut CSU, Freie Wähler, SPD und den Grünen schaffe das Gesetz die richtigen Rahmenbedingungen für gelungene Inklusion. FDP und AfD sehen darin hingegen ein Bürokratiemonster. Neu ist die Kooperationspflicht der Träger der Eingliederungshilfe mit den kommunalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung von Leistungen.

Kerstin Schreyer, CSU-Sozialministerin, hat den zweiten Teil des bayerischen Teilhabegesetzes für behinderte Menschen in den Landtag eingebracht. „Wir stärken damit die Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung“, erklärte Schreyer. Sie sprach von einem Paradigmenwechsel, weil bei der Zuweisung von Leistungen künftig die individuellen Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen im Mittelpunkt stünden. Die alleinige Zuständigkeit der Bezirke als Träger der so genannten „Eingliederungshilfe“ für Behinderte bleibe erhalten.

Kooperationspflicht mit Kommunen

Als bedeutenden Schritt wertete Schreyer die gestiegene Bedeutung der „Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe“, in der Vertreter von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung sowie deren Angehörige zusammengefasst seien. Diese arbeite künftig als Dachverband an den Rahmenverträgen zwischen den Trägern der Sozialhilfe und den Leistungserbringern mit. Neu sei zudem die Kooperationspflicht der Träger der Eingliederungshilfe mit den kommunalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung von Leistungen sowie eine auch anlasslose Qualitätsprüfung von Wohnheimen oder Werkstätten für Behinderte.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Kerstin Celina (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte die Fortschritte im Gesetz. Um die gestärkte Mitbestimmung der Behinderten auch wirksam werden zu lassen, müsse der Freistaat diesen aber auch alle nötigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Neben der Mitbestimmung müsse auch die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse

se für Behinderte in allen Landesteilen gewährleistet sein, betonte Celina. Bei der Gewährung von Leistungen gebe es noch zu große Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken. Hier brauche es einheitliche Vorgaben seitens des Freistaats.

Als „gut gemeint, aber nicht gut gemacht“, bewertete Ulrich Singer (AfD) die Vorlage Schreyers. Die von der Ministerin gelobte Individualisierung durch die Trennung der personenbezogenen Fachleistung und der Zuschüsse zur Existenzsicherung solle für zusätzliche Bürokratie. Viele Leistungsempfänger seien mit dem bisherigen System zufrieden und stünden der Umstellung skeptisch gegenüber. „Das Gesetz ist kein großer Wurf, sondern schafft ein Bürokratiemonster, das den Menschen mit Behinderung nicht dient“, sagte Singer. Dem widersprach Ruth Waldmann (SPD). Die individuelle Bedarfsermittlung sei ein Fortschritt und kein Bürokratiemonster. Damit und mit der institutionalisierten Beteiligung der Betroffenen seien „echte Meilensteine“ im Gesetz verankert worden.

Schritt in den Arbeitsmarkt

Dagegen hielt Julika Sandt (FDP) die Vorlage für zu kurz gesprungen. Das Gesetz regle nur das Notwendigste, die Betroffenen hätten mehr verdient, urteilte Sandt. Als Beispiel nannte sie die aus ihrer Sicht weiterhin unbefriedigende Regelung für den Übergang aus Behindertenwerkstätten in den regulären Arbeitsmarkt. Für viele Betroffene sei dieser Schritt noch immer zu riskant und zu wenig attraktiv.

Gelungene Inklusion

Lob kam von Andreas Jäckel (CSU). Das Gesetz schaffe die „richtigen Rahmenbedingungen für gelungene Inklusion“, sagte er. Es nehme die Forderung der Betroffenen auf, dass nicht oh-

ne sie über sie entschieden werde. Johann Häusler (Freie Wähler) betonte, die Vorlage setze weitere Punkte der UN-Behindertenrechtskonvention um. Der Freistaat dokumentiere damit seine Wertschätzung für Behinderte und chronisch Kranke.

Trennung der Fachleistungen

Mit der Umsetzung der im Rahmen des Beteiligungsprozesses erarbeiteten Ziele wurde bereits durch das Bayerische Teilhabegesetz I begonnen. Insbesondere enthält das BayTHG I die abschließende landesrechtliche Umsetzung des BTHG für den Bereich der Frühförderung für Kinder mit Behinderung und das Budget für Arbeit. Das Bayerische Teilhabegesetz II (BayTHG II) knüpft inhaltlich an die Regelungen des BayTHG I an. Wesentliche Neuregelungen enthält das BayTHG II nicht. Vielmehr wird auf Landesebene das Inkrafttreten der dritten Reformstufe des BTHG, insbesondere die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen der Sozialhilfe, nachvollzogen.

Neubestimmung konnexitätsrelevant?

Aus Sicht der Staatsregierung ist nicht davon auszugehen, dass die Bestimmung der Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe konnexitätsrelevant ist. Die Bezirke nehmen bereits jetzt die Aufgaben der Eingliederungshilfe als Aufgaben des eigenen Wirkungskreises wahr. Die bisherige kommunale Aufgabe wird durch die landesrechtliche Umsetzung des BTHG inhaltlich nicht ausgeweitet. Eine andere landesrechtliche Verortung der Zuständigkeit ist lediglich deshalb erforderlich, weil die Eingliederungshilfe auf Bundesebene gesetzestextlich anders verortet wird. Die kommunalen Spitzenverbände halten dagegen die Neubestimmung der Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe für konnexitätsrelevant. Sie begründen dies insbesondere mit dem neuen Aufgabencharakter der Eingliederungshilfe aufgrund der Herabsetzung aus dem Fürsorge-recht der Sozialhilfe.

Verbände fordern Ausgleich

An die Aufgabenerfüllung werden aus ihrer Sicht neue Anforderungen gestellt. Dass sich die neuen Leistungen unmittelbar aus dem Bundesrecht ergeben, ist bei der konnexitätsrechtlichen Bewertung nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände kein durchgreifendes Argument, da der Freistaat dem Gesetzentwurf zum BTHG im Dezember 2016 zugestimmt habe. Für die Konnexitätsrelevanz sei daher schon die landesrechtliche Zuständigkeitszuweisung an die Kommunen ausreichend. Sofern mit den neuen Anforderungen an die Aufgabenerfüllung finanzielle Mehrbelastungen für die Kommunen verbunden sein sollten, wären diese nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände daher vom Staat auszugleichen.

Kommunalentlastung anrechnen

Nach Auffassung der Staatsregierung wäre auf eventuelle Mehrbelastungen die Kommunalentlastung des Bundes in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich durch das Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen anzurechnen. Der Anteil der bayerischen Kommunen an dieser Entlastung beträgt alleine 2019 rund 777 Millionen Euro (Stand Mai 2019). Die Anrechnung wäre vorzunehmen,

da die Entlastung in engem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Verabschiedung des BTHG und den dort geregelten Aufgaben steht. Der sachliche Zusammenhang zwischen Reform der Eingliederungshilfe und Entlastung der Kommunen ist ersichtlich aus dem Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode vom 16.12.2013 zwischen CDU, CSU und SPD.

Evaluation der Kosten

Die Einigung zwischen Bund und Ländern über die Transferwege der Entlastung erfolgte dann ebenfalls im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren des BTHG. Das Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen wurde im Dezember 2016 kurz vor Verabschiedung des BTHG erlassen. Auch der enge zeitliche Zusammenhang ist daher gegeben. Die Entlastung erfolgt seit 2018 über den Umsatzsteueranteil der Länder und der Gemeinden sowie die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II. Seinen Umsatzsteueranteil leitet der Freistaat Bayern durch eine Erhöhung der Schlüsselzuweisung an die bayerischen Kommunen weiter. Die kommunalen Spitzenverbände und die Staatsregierung werden die Umsetzung des BTHG und deren finanzielle Auswirkungen evaluieren. Insbesondere wird evaluiert, inwieweit sich ein Anstieg

Disput um Ankerzentren

Die Zwischenbilanz nach einem Jahr „Anker“, wie die Unterkünfte im Behördenjargon heißen, fiel bei den Experten in einer Anhörung im Bayerischen Landtag sehr unterschiedlich aus. Während Hilfsorganisationen wie der Bayerische Flüchtlingsrat und die Grünen eine Abschaffung der Ankerzentren forderten, nannte sie der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein „Gebot der Vernunft“.

Derzeit werden Asylbewerber im Freistaat in so genannten Ankerzentren untergebracht. Das sind Sammelunterkünfte, in denen die zuständigen Behörden das gesamte Asylverfahren abwickeln. Über die Erfahrungen berichteten Fachleute im zuständigen Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration im Bayerischen Landtag. Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert seit langem die Abschaffung der Zentren und eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern. Auch die Grünen wollen die Ankerzentren abschaffen. Die Anhörung im Rechtsausschuss war maßgeblich von der asylpolitischen Sprecherin der Landtags-Grünen, Gülseren Demirel, angestoßen worden.

Ziel: schnellere Asylverfahren

Jeder der sieben bayerischen Regierungsbezirke besitzt eine Ankereinrichtung. Das Wort Anker steht für An(kunft), k(ommunale Verteilung), E(ntscheidung) und R(ückführung). Ziel ist, die Asylverfahren zu beschleunigen. Die schnellere Abwicklung soll durch die Bündelung der zuständigen Behörden, BAMF, Verwaltungsgerichte, Ausländerbehörden und Bundesagentur für Arbeit erreicht werden. Uneinig waren sich die Fachleute, ob die Beschleunigung der Verfahren im Verhältnis zum Aufwand stehe. Laut Rechtsanwalt Hubert Heinhold dauerten die Verfahren im Ankerzentrum Manching im vergangenen Jahr durchschnittlich 4,9 Monate, in diesem Jahr 3,8 Monate.

BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer wies einen Großteil der Kritikpunkte zurück. Diese zielten vor allem auf die Größe der Erstaufnahmeeinrichtungen, nicht auf das System der Ankerzentren. Sommer nannte

Seminarhinweis:

Wasserkraft – weg von der Mühle hin zur erneuerbaren Energie

Im Rahmen der „Fachwelten Bayern“ von HTI GIENGER findet am 06. November 2019 in Markt Schwaben und 07. November 2019 in Röttenbach von 12:30 Uhr bis 16:15 Uhr das Seminar „Wasserkraft – weg von der Mühle hin zur erneuerbaren Energie“ statt.

Unter allen erneuerbaren Energien leistet die Wasserkraft schon heute den größten Beitrag zur Energiewende. Sie ist verlässlich, stets erneuerbar, importunabhängig und dank neuer Technologien fischfreundlich und ökologisch vertretbar.

Ausgewiesene Experten erörtern z. B. „Lösungen für Kleinkraftwerke aus Sicht der Fischfachberatung“ (Kay Kühlen, Fischereifachverband Oberfranken), „Neu entwickelte wirtschaftliche Fischauf- und Abstiegstechnologien“ (Dipl.-Ing. Georg Zeiler, Fa. Vandezande Awua TEM GmbH). Heinz Krönauer (Krönauer Maschinenbau) beschreibt am Praxisbeispiel „Die Fischpassage am Mekong“. Nur am 06. November wird Dipl.-Ing. (FH) Günter Hartmann (Ingenieurbüro für Tief- und Wasserbau) in Markt Schwaben über die „Mindestwasserkraftschnecke am Angermühlenwerk“ referieren. Am 7. November spricht Dipl.-Ing. (FH) Christian Pfeffer (Büro für Energie- und Umwelttechnik) in Röttenbach über „Erreichung der Vergütung nach EEG2017 für Kleinwasseranlagen“.

Das Seminar vermittelt notwendiges Praxiswissen und stellt innovative Lösungsansätze vor, wie die Wasserkraft von heute auch weiterhin als wichtiger Stromlieferant dienen kann. Wir laden Sie zum Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch mit den Experten aus unserem Wasserkraftnetzwerk ein.

Informationen: <https://event-fachwelten.de/>

der Kosten ergibt, der signifikant über die bereits in der Vergangenheit, unabhängig vom BTHG, festzustellenden Kostensteigerungen hinausgeht. Dabei sollen sowohl die jeweiligen Ausgaben und Einnahmen als auch die Entwicklung des Personaleinsatzes in den Blick genommen werden. Anja Schuchardt

abhängige Beratung, danach ist es dann zu spät.“ Heinold kritisierte, Rechtsanwälte und unabhängige Berater hätten erhebliche Schwierigkeiten, Betroffene in den Ankerzentren juristisch zu beraten.

Die vom BAMF angebotene Verfahrensberatung hielt auch Dr. Constantin Hruschka vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik für nicht ausreichend.

Zu lange Verweildauer

Im Fokus der Abgeordneten stand die Frage, wie lange Familien mit minderjährigen Kindern in den Ankerzentren bleiben. Neben der Ausschuss-Vorsitzenden Petra Guttenberger (CSU) fragte auch die asylpolitische Sprecherin der SPD Alexandra Hiersemann nach der entsprechenden Auslegung des Paragraphen 47 Asylgesetz und wie sich die Überschreitung der Aufenthaltsdauer in den Ankerzentren auswirke. Nach Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände müssen Eltern mit kleinen Kindern teils bis zu 24 Monate in den Ankerzentren bleiben.

Keine Ausnahmen bei der Verweildauer

Erlaubt sind nach der Einschätzung von Professor Michael Wrase, Spezialist für Öffentliches Recht, aber nur sechs Monate. Noch während der Anhörung verlaute auch dem Innenministerium, die 6-Monats-Vorgabe, die der Bund im Asylgesetz geregelt hat, schlage auf die Landesregelung durch. Künftig müssen also Kinder und ihre Familien ohne Ausnahme spätestens nach sechs Monaten in den Ankerzentren anderweitig untergebracht werden.

Soziale Spannungen und keine Privatsphäre

Katharina Grote vom Bayerischen Flüchtlingsrat sieht in den langen Aufenthaltszeiten in den Ankerzentren unter anderem einen Grund für soziale Spannungen. Diese Meinung vertritt auch der Koalitionspartner der CSU, die Freien Wähler. Die Partei spricht sich für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern aus. Alexander Hold, in der Fraktion zuständig für Asyl und Integration, erklärte: „Besonders zielführend empfand ich den Vorschlag eines Sachverständigen, Asylbewerber bereits während ihres Aufenthalts im Ankerzentrum in den lokalen Arbeitsmarkt zu integrieren.“ Anna- (Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Hermann Faul
86720 Nördlingen
am 20.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gotthard Schlereth
97723 Oberthulba
am 11.10.
Bürgermeister Guido Schramm
63871 Heinrichsthal
am 13.10.
Bürgermeister Siegfried Fischer
84424 Isen
am 18.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Eisenreich
92334 Berching
am 11.10.
Bürgermeister Konrad Meier
93176 Beratzhausen
am 14.10.
Bürgermeisterin Ursula Haas
83373 Taching a. See
am 20.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gasser
83317 Teisendorf
am 17.10.

Bürgermeister Andreas Hoßmann
97247 Eisenheim
am 18.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Carsten Joneitis
96173 Oberhaid
am 11.10.

Bürgermeister Thomas Eigstler
87487 Wiggensbach
am 20.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Kreß
63791 Karlstein a. Main
am 17.10.

Bürgermeister Michael Sedelmayer
97236 Randersacker
am 18.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Raphael Bögge
89250 Senden
am 19.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Mehr Vertrauen in Krankenhäuser

Notfallzentren, eine Verbesserung der Pflegesituation für Patienten und Personal sowie eine bürgernahe Grundversorgung – über diese Themen diskutierte Siegfried Hasenbein, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) mit Pressevertretern in München. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern liefern dabei geeignete Ansätze, damit Bayerns Krankenhauslandschaft sich nachhaltig und zukunftsversprechend entwickelt.

Hätte Siegfried Hasenbein, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) die Chance, eine Forderung an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zu formulieren, die der Minister noch in diesem Jahr umsetzen müsste, er wüsste sofort, wie sein Appell an den Minister lauten würde. „Eines der größten Probleme in der Gesundheitsversorgung ist die Misstrauenskultur, die den Krankenhäusern aktuell entgegengebracht wird. Die Vorwürfe lauten beispielsweise mangelnde Hygiene oder zu wenig Personaleinstellungen.“

Die Konsequenz ist, dass immer mehr Kontrollinstrumente und Sanktionen eingeführt werden. Doch Vertrauensentzug raubt dem Personal die Motivation“, kritisierte Hasenbein. Auch eine fahrlässige Vereinfachung in der Diskussion um die aktuellen Probleme in der Krankenhausversorgung seien ein Problem. „Die Schwierigkeiten reichen vom Fachkräftemangel bis zu existenziellen Problemen, doch als Lösungsvorschläge bekommen die Krankenhäuser nur weitere Belastungen und Bürokratie auferlegt“, sagte Hasenbein.

Als Beispiel nannte er die Diskussion um die Frage, wie viele Krankenhäuser in Zukunft noch notwendig seien. „Selbsternannte Experten“ würden sich mit immer niedrigeren Zahlen überbieten, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. „Mit abwegigen Thesen wie 60 Krankenhäuser seien für Bayern ausreichend und der pauschalen Aussage, kleine Krankenhäuser würden schlechte Qualität liefern, leistet man keinen Beitrag zur Problemlösung, sondern zur Verunsicherung der Patienten“, sagte Hasenbein.

Kleine unter Druck

Für ihn liegt die Lösung im Strukturwandel. Besonders in

Disput um ...

(Fortsetzung von Seite 2) Lobkowicz von den Maltesern kritisierte zudem die maximale Belegung. „Wir brauchen weniger Bewachung, mehr Personal“, forderte sie.

Kurz vor der Anhörung hatte die Organisation „Ärzte der Welt“ erklärt, sich Ende Oktober aus dem Ankerzentrum in Manching bei Ingolstadt zurückziehen. Grund seien „die andauernden krankmachenden Lebensbedingungen in der Flüchtlingsunterkunft“. Von teils erschreckenden Missständen in den Unterkünften berichteten die Wohlfahrtsorganisationen. Die Vorwürfe: Wachmänner, die Frauen bis in die Duschen folgen, nicht abschließbare Zimmer, keine Privatsphäre. „Die größten Verlierer der Ankerzentren sind Kinder und Traumatisierte“, sagte Dr. Daniel Drexler, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie. „Die Lebensbedingungen dort machen sie krank.“ Eine längere Aufenthaltsdauer in Ankerzentren sei nicht kindgerecht, befand Professor Wrase. Allein schon, weil dort keine angemessene Beschulung möglich sei. Zudem verlange die EU-Aufnahmerrichtlinie nach spätestens drei Monaten Zugang zum Regelschulsystem. Anja Schuchardt

den für die Grundversorgung notwendigen kleinen Krankenhäusern bestehe ein Missverhältnis zwischen den umfangreichen Vorhaltekosten und dem vergleichsweise niedrigen Patientenaufkommen. Um dem Anreiz entgegenzuwirken, die Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohe Behandlungszahlen zu verbessern, sei eine auskömmliche Finanzierung unabdingbar. Die in einem abgestuften Versorgungsnetz bedarfsnotwendigen Kliniken müssen identifiziert und dann so finanziert werden, dass sie den stetig steigenden Anforderungen auch in Zukunft gerecht werden können. Die Unterfinanzierung der Betriebskosten sowie die mangelnde Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer würden laut Hasenbein bislang wesentlich dazu beitragen, dass sich insbesondere Grundversorger gezwungen sehen, zusätzliche Leistungsbereiche zu erschließen.

Lösung: Nutzungskonzept

Bei der Krankenhausplanung könnte der Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern in Bayern einen geeigneten Ansatz liefern: Die Krankenträger sollen dabei unterstützt werden, für jeden Standort ein passendes Nutzungskonzept zu entwickeln. An zukunftssicheren Umstrukturierungen werde sich der Freistaat aktiv beteiligen, heißt es darin. Das angekündigte Förderprogramm für kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum soll unter der Prämisse stehen, dass der Träger ein nachhaltiges Strukturkonzept vorlegt. Ein solch gezielter Förderansatz kann durchaus geeignet sein, mit einer vorausschauenden Planung neue bedarfsgerechte Wege in der Krankenhausversorgung zu eröffnen. „Wir müssen bei der Planung jede Region individuell unter die Lupe nehmen um festzustellen, wie eine bürgernahe Grundversorgung sichergestellt werden kann“, sagte Hasenbein.

Zusammenarbeit mit Kommunen

Entscheidend sei dabei die Zusammenarbeit mit den Kommunen. „Die Kommunen müssen in das Nutzungskonzept mit einbezogen werden. Sie sind oft selbst der Krankenträger und können die demographische Entwicklung und Verkehrsinfrastruktur der Region bei der Planung mitberücksichtigen.“ Gerade im Flächenland Bayern sei ein Netz aus Grundversorgung und spezialisierten Kompetenzzentren notwendig. Je nach Region müsse ein Krankenhaus mehr stationäre oder ambulante Versorgung anbieten. Dabei bedeute eine Schließung nicht unbedingt eine Verschlechterung für die Versorgung. „Eine Bündelung der Kompetenz an einem Ort muss aber mit den Bürgern diskutiert werden, damit sie Strukturentscheidungen nicht nur als Nachteil wahrnehmen“, sagte der Vertreter der bayerischen Kliniken.

Notfallversorgung in der Region

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) legte Mitte Juli 2019 einen „Diskussionsentwurf“ für ein Gesetz zur Reform der Notfallversorgung vor.

Als zentrale, jederzeit zugängliche Anlaufstellen soll an geeigneten Krankenhäusern ein integriertes Notfallzentrum (INZ) etabliert werden. So manches kleine Krankenhaus in Bayern könnte daher in Zukunft eine attraktive Rolle als regionales Gesundheitszentrum mit ambulanter Versorgung und Leistungen in Pflege und Rehabilitation einnehmen. In dem Entwurf zur Reform der Notfallversorgung des Bundesgesundheitsministers sieht die BKG einige positive Ansätze. Die ambulante Notfallversorgung in INZ zu bündeln sowie den Sicherstellungsauftrag beim Bundesland, befürwortete Hasenbein. Entscheidend für eine gute Patientenversorgung sei eine funktionierende Kooperation von Klinik und niedergelassenen Ärzten vor Ort. Zusätzliche Bürokratie mit INZ als eigenständige Betriebe im Krankenhaus seien hingegen schädlich. „Wir brauchen eine deutlich stärkere Betreuung der niedergelassenen Ärzte in der Region und Kooperationsverträge mit ihnen“, forderte Hasenbein. Bei der Frage, welche Krankenhäuser als INZ ausgewiesen werden, müsse man sich auf die Krankenhäuser mit einer stationären Notfallversorgung stützen. Aktuell sind das in Bayern 130 der insgesamt 360 Krankenhäuser – ob das ausreiche sei aber fraglich.

Keine Wertschätzung

Beim Thema Fachkräftemangel in der Pflege mache sich laut Hasenbein Ernüchterung in den Krankenhäusern breit. „Klangvolle Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers einer vollen Finanzierung von Tarifsteigerungen und zusätzlichen Stellen in der Pflege gibt es reichlich, die Mitarbeiter in den Krankenhäusern warten aber immer noch darauf, dass die Verbesserungen bei ihnen ankommen“, monierte er. Mit der Verordnung über Pflegepersonaluntergrenzen bürde man den Pflegekräften zudem eine immense Bürokratie auf und die Patienten hätten davon keinen Nutzen. Im Gegenteil, nachdem Ausnahmen in Notfallsituationen nicht zulässig sind und mit Sanktionen bestraft werden, führt dies immer öfter zu Schließungen von Intensivbetten und Patientenabweisungen. Hasenbein sprach noch ein weiteres Problem in der Pflegesituation an: mangelnde Wertschätzung für den Beruf. „Der Verdienst und die Ausbildung sind oft nicht der ausschlaggebende Punkt, sondern zu wenig Verantwortung und Ansehen für die geleistete Arbeit. Wir brauchen ein neues Berufsbild für die Pflege!“, sagte Hasenbein. Die BKG forderte deshalb ei-

Hanns-Seidel-Stiftung macht Kandidaten für Kommunalwahlen in Bayern fit!

Argumente und Selbstvermarktung für Kandidatinnen und Kandidaten entscheidend Mehr Frauen in Gemeinde- und Stadtratsgremien

Bayerns Bürger wählen im kommenden Jahr die Kommunalparlamente, Bürgermeister und Landräte. Wer für ein kommunales Amt kandidiert, kann sich mit einer fundierten Ausbildung bei der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) auf Kandidatur und Amt vorbereiten.

Während die Wählerinnen und Wähler mehr oder weniger entspannt ihre Stimmzettel nach Listenvorschlag oder Namen, die sie kennen, durchsehen und sich Gedanken über Kumulieren oder Panaschieren machen, stehen die Bewerber im Vorfeld vor mannigfaltigen Herausforderungen.

Persönlichkeiten, die sich der Wahl stellen wollen, haben zunächst grundlegende Fragen: Was kommt auf mich zu mit einem kommunalen Mandat? Wie

Liebe Leserinnen und Leser,

für die Bürgerinnen und Bürger sind die Kommunalwahlen am 15. März 2020 zwar noch in weiter Ferne, doch hinter den Kulissen laufen die Planungen bereits auf Hochtouren. Vor Ort wurden bereits viele Nominierungen für die kommunalen Spitzenämter wie Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landrat durchgeführt. Auch die Suche nach geeigneten Listenkandidaten und den politischen Gewinner-Themen geht in die heiße Phase. Die KPV spielt hierbei eine koordinierende Rolle. Wir unterstützen unsere Verbände, Mitglieder und Kandidaten vor Ort mit individueller Beratung, professionellen Schulungen sowie bei der Planung und Koordinierung des Wahlkampfes. Jede Kommunalwahl ist eine neue, gro-

Kommunalpolitik erfordert Ideen, Kreativität und Durchhaltevermögen

ße Herausforderung für alle Beteiligten: Kandidaten, Helfer, aber auch für die Verwaltungen, die dafür sorgen, dass alles demokratisch sowie mit Recht und Ordnung abläuft. Zudem sollte man auch nicht die Wahlhelfer vergessen, die an den Wahltagen zu Tausenden ehrenamtlich im Einsatz sind.

Als langjähriger Mandatsträger werde ich oft gefragt, was für mich die Hauptcharaktereigenschaften der Kommunalpolitik sind:

Kommunalpolitik ist direkt und ungeschminkt. Auf keiner politischen Ebene ist man näher am Menschen. Als Mandatsträger vor Ort trifft man die Bürger und potentiellen Wähler im Alltag an und diese spiegeln ihre Meinung direkt, ungefiltert und oft gnadenlos wider. Der moderne Wähler ist kritischer geworden. Ein offenes Ohr und politisches Feingefühl für den einzelnen Menschen sind deshalb bei jedem, der sich um so ein politisches Amt bewirbt, von zentraler Bedeutung.

Kommunalpolitik ist komplex. Zudem wird die Welt immer komplizierter. Dies gilt auch für die Lokalpolitik. Von der Ampelschaltung über die Ausweisung von Flächennutzungsplänen oder Herausforderungen durch das europäische Vergaberecht bis hin zu Umweltauflagen. Expertenwissen ist hierfür von Nöten. Als Kommunalpolitiker muss man sich in zahlreichen Bereichen auskennen und die Komple-

ne gesetzliche Initiative noch in diesem Jahr. Grundlage müsse der Vorschlag von Deutscher Krankenhausgesellschaft (DKG), der Gewerkschaft ver.di und des Deutschen Pflegerats über ein System der Personalbedarfsermittlung in der Pflege sein.

Historische“ Konstellation

Diese „schon fast historische“ Konstellation, dass Krankenträger, Arbeitnehmer und die Vertreter der Pflege einen



GZ KOLUMNE
Stefan Rößle

politischen Entscheidungen vor Ort für die Menschen in klare und verständliche Worte fassen. Ansonsten erleidet man früher oder später Schiffbruch.

Kommunalpolitik ist zeitintensiv. Für die Kommunalpolitik ist die Präsenz vor Ort bei den Vereinen und sozialen Organisatoren sowie auf den zahlreichen Veranstaltungen und Festen von elementarer Bedeutung. Kurzum: Man muss wissen, was läuft. Nur so werden potentielle Probleme

frühzeitig erkannt und die Wünsche der Menschen mit in die politische Entscheidungsfindung einbezogen. Gerade im Vorfeld von Wahlen verlangt es den Kommunalpolitikern viel ab. Hierfür ist echte Leidenschaft für die eigene Kommune und die Lokalpolitik gefragt.

Kommunalpolitik erfordert Ideen, Kreativität und Durchhaltevermögen. Die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln sind überall unterschiedlich. Jede Kommune hat ihre Eigenheiten. Es gibt also keine Patentrezepte aus der Schublade oder vom Fließband, die man einfach nur anwenden muss und schon läuft alles in geregelten Bahnen. Um eine Kommune erfolgreich zu entwickeln, braucht es passgenaue Lösungen, die mit Weitsicht geplant werden müssen. Man darf sich auch nicht entmutigen lassen, wenn das eine oder andere Projekt dann doch etwas länger dauert bis es real umgesetzt ist. Entscheidend ist, dass man an einer Sache dranbleibt, dann stellt sich früher oder später der Erfolg ein.

Aufgrund ihrer großen Breite und Vielschichtigkeit wird die Kommunalpolitik des Öfteren als die Königsdisziplin der Politik bezeichnet. Ich glaube, das trifft es ziemlich gut. Kommunalpolitik ist getragen von Allgemein- und Expertenwissen, dem direkten Draht zu den Menschen vor Ort und ganz viel Herzblut.

Auch nach vielen Jahren aktiver Tätigkeit bin ich persönlich immer noch hochmotiviert wie am ersten Tag. Die Möglichkeit zu bekommen, die eigene Heimat, sein eigenes Lebensumfeld und das seiner Mitmenschen zu positiv gestalten, bei kleinen und größeren Anliegen zu helfen, Perspektiven für die Zukunft zu schaffen, dies treibt mich immer wieder von Neuem an.

Deshalb: Engagieren Sie sich für Ihre, für unsere gemeinsame Heimat, bei den Kommunalwahlen am 15. März. Zeigen Sie selbst vollen Einsatz und Leidenschaft, es lohnt sich. Die KPV freut sich schon jetzt auf viele wiedergewählte und neue Kollegen in den kommunalen Gremien.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

gemeinsamen Vorschlag unterbreiten, dürfe der Gesundheitsminister nicht ignorieren“, sagte Hasenbein.

Vom Bund forderte er abschließend ein Programm, den Pflegebedarf abhängig von der Region zu ermitteln und auf dieser Basis die Grundversorgung zu finanzieren. An die Länder appellierte er in die Diskussion um den Strukturwandel einzutreten sowie den Mut zu haben, auch unpolitische Entscheidungen zu treffen. Anja Schuchardt

HSS-Vorbereitungsseminaren.

Auch die Wählerinnen und Wähler und ihre Bedürfnisse lernt man besser kennen, wenn erfahrene Referenten erzählen wie es am Wahlstand abläuft oder wie man Social-Media-Kanäle wirkungsvoll bespielt. Auch Rhetorikschulungen bietet die HSS für Kandidaten an.

Politik ist auf der kommunalen Ebene für alle Bürgerinnen und Bürger in ihren Auswirkungen sofort erfahrbar. „Wir fördern Frauen und Männer auf ihrem politischen Weg. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf eine Erhöhung des Anteils der immer noch unterrepräsentierten Frauen. Gerade Frauen haben unmittelbaren Kontakt zu Gemeindegliedern und sind in vielfältigen Ehrenämtern wie zum Beispiel Elternbeiräten aktiv, kennen also die Anliegen der Menschen und haben viele Ideen für die Mitgestaltung vor Ort.“, erklärt Stiftungsvorsitzende Prof. Ursula Männle.

www.hss.de

Interessenten können sich bei der HSS melden. Auf der Internetseite www.hss.de/themen/kommunalpolitik finden Interessierte eine Übersicht über kommunalpolitische Seminare. Auch Leitfäden zur kommunalpolitischen Arbeit sind bei der Stiftung erhältlich, z.B. Band 1 „Grundlagen der Kommunalpolitik“. □

Familienpolitik neu ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Kindern mit einem jeweiligen Jahresbruttoeinkommen von bis zu einschließlich 100.000 Euro in der Sozialhilfe ausgeschlossen. Auch in der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX soll durch einen Verzicht auf Elternbeiträge bei volljährigen Leistungsbeziehern diese Entlastung vollzogen werden. Da es sich um eine Belastung der Kommunen handelt, müsse der Bund den Kommunen in vollem Umfang im Sinne der Konnektivität die notwendigen Mittel bereitstellen.

Gebündelte Leistungen

Da Eltern einen wichtigen und finanziell aufwändigen generativen Beitrag zum Fortbestand des Generationenvertrags in den Sozialversicherungssystemen leisteten, „wollen wir prüfen, ob eine Entlastung von Eltern bei den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung in Frage kommt“. Statt mit der Gießkanne müssten familienpolitische Leistungen gebündelt und in einem einheitlichen Familiengeld für bedürftige in Deutschland lebende Familien zusammengeführt werden.

Der Ausbau der Kinderbetreuung stellt die Wahlfreiheit für Familien sicher. Familienbetreuung, Krippe, Hort, Kindergarten, Kindertageseltern sind aus Sicht der Bundes-KPV gleichwertige Betreuungsangebote, die durch eine nachprüfbareren Bildungsauftrag ergänzt werden müssen. Dabei müssten die Bundesländer größere Verantwortung für die Bildungsangebote und Qualität übernehmen.

Ein neuer Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter dürfe nur begründet werden, wenn Bund und Länder dauerhaft die zusätzlichen Kosten für den Aufbau und den Betrieb übernehmen. Ein Rechtsanspruch dürfe erst gelten, wenn die Voraussetzungen durch den Bund, Länder und Kommunen geschaffen wurden.

Rechtsanspruch nur wenn Leistungen erbracht werden

Eltern erwarteten, dass ihre Kinder nicht nur aufbewahrt, sondern optimal betreut und gefördert werden. Dies müsse mit den schulischen Inhalten abgestimmt und qualitativ hochwertig sein. Dafür würden erst die räumlichen Voraussetzungen und entsprechendes zusätzliches Betreuungs- und Lehrpersonal benötigt.

Trotz einer hervorragenden Beschäftigungssituation in Deutschland können über eine Million Langzeitarbeitslose nicht vermittelt werden. „Wir lassen diese Menschen und ihre Familien nicht im Stich. Wir müssen aber mehr dafür tun, dass Kinder in Familien aufwachsen, in denen sie die Erwerbsarbeit der Eltern erleben. Kommunale Beschäftigungsgesellschaften können die zunächst arbeitsmarktfremden Leistungsempfänger auffangen.“ Wer Leistungsempfänger ist, könne andere hilfebedürftige Menschen unterstützen, sich bei der Pflege des öffentlichen Raums nützlich machen oder eine andere Aufgabe im Interesse der Gemeinschaft übernehmen. Ziel müsse es sein, durch Stabilisierung und Qualifizierung eine Beschäftigung auf Mindestlohnniveau zu erreichen.

Arbeitgeber und die Tarifpartner sind laut Bundes-KPV in der Pflicht, in ihren Betrieben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Dazu zählen Angebote von Home-Office, der schnellere Aufbau von Co-Working-Spaces auch in ländlichen Regionen, betriebliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeitregelun-

gen und Entlohnungssysteme, die Familienangehörige jedenfalls nicht benachteiligen. Der öffentliche Dienst müsse dabei Vorbild als familienfreundlicher Arbeitgeber sein.

Darüber hinaus sei vor dem Hintergrund aktueller Fälle von Kindesmissbrauch zu prüfen, ob in diesem Bereich das Strafrecht verschärft und ggf. ausgeweitet und der Informationsaustausch zwischen unterschiedlichen Behörden verbessert werden muss. Einer größeren Aufmerksamkeit bedürftigen Kinder und Jugendliche, die in einem rechts- oder linksextremistischen oder islamistischen Umfeld aufwachsen oder sich radikalisieren. „Wir wollen prüfen, wie wir die betroffenen Kinder und Jugendlichen besser erreichen und ggf. früher staatlich eingreifen können.“

Die Sprachentwicklung von Anfang an ist von zentraler Bedeutung für die Wahrnehmung von Bildungschancen und gesellschaftlicher Teilha-

Zukunftsorientierung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den, allein der Verzicht auf derartige begrenzte Produkte könne nachhaltig Plastikmüll begrenzen. Dennoch sei die Einwegplastik-Richtlinie zügig in nationales Recht umzusetzen als ein Baustein einer Gesamtstrategie. Dazu zählten auch Maßnahmen, die vorzugsweise durch Selbstverpflichtungen der betroffenen Wirtschaftsakteure zu erreichen sind, wie beispielsweise die Verringerung von Plastiktüten oder die Vermeidung überflüssiger Verpackungen.

Vieviel Verpackung ist nötig?

Schon jetzt sehe das Verpackungsgesetz vor, dass Kunststoffe ab 2022 zu 90 Prozent zu verwerten seien, erklärte der DLT-Präsident. „Wir sollten anstreben, diese Quote möglichst schon früher zu erreichen.“ Auch sollten Verpackungen mehr und mehr recyclinggerecht hergestellt werden. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher fragen sich oftmals zu Recht, ob manche Produkte derart üppige Umverpackungen benötigen.“

Weiterhin ein Dorn im Auge ist dem Deutschen Landkreistag die in Aussicht gestellte Übernahme von Altschulden einzelner Gemeinden. Wie Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke betonte, sei es erklärtes Ziel des Bundes, etwas zur Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu tun. Dafür werde zusätzliches Geld notwendig sein. „Daher habe ich wenig Verständnis dafür, wenn sich der Bund mit der Frage kommunaler Altschulden und damit einem Problem weniger Städte in wenigen Bundesländern befasst, das von diesen – und nur diesen – gelöst werden muss.“

Kommunale Altschulden

Diskutiert wird eine hälftige Beteiligung des Bundes an einem 50 Mrd. Euro-Entschuldungsprogramm. „Und auf der anderen Seite hapert es an deutlich geringeren Beträgen für eine bessere Förderpolitik, den Breitband- und Mobilfunkausbau oder die Verkehrswende. Die Tilgung kommunaler Altschulden durch den Bund wäre deshalb eine gigantische Fehlpriorisierung. Zukunftsorientierung statt Vergangenheitsbewältigung muss die Devise sein“, machte Henneke deutlich.

In Nordrhein-Westfalen etwa habe das Land den Kommunen lange Zeit zu wenig Finanzmittel zukommen lassen. Da es dabei den Kreisen verboten war, Kassenkredite aufzunehmen, ha-

be. Sprachstandsfeststellungen sind verpflichtend und müssten im Rahmen der Schulpflicht ausgeweitet und konsequenter angewendet werden, so die Bundes-KPV. „Wir wollen bessere Fortbildungsmaßnahmen hinsichtlich des Erwerbs der deutschen Sprache, an denen Kinder und Jugendliche bei Bedarf teilnehmen müssen und prüfen, in wie weit die Eltern dabei besser einbezogen werden können. Wir dürfen Kinder und Jugendliche aus eher bildungsfernen oder migrationsgeprägten Familien nicht zurücklassen.“

Pflicht und Verpflichtung

„Wir wollen Familien mit sozial schwierigem Hintergrund und solche, die sich in Deutschland ungenügend integrieren, besser in die Pflicht nehmen“, heißt es weiter. Geprüft werden soll, ob im Bedarfsfall auch eine „Kindergartenpflicht“ ausgesprochen und das Angebot von speziellen Fördergruppen, Förderklassen und Ausbildungsgängen ausgeweitet werden kann. **DK**

be sich die kurzfristige Verschuldung bei den kreisangehörigen Gemeinden angesammelt. Dieses Versäumnis sollte nach Henneke Ansicht nicht der Bund als Retter in der Not bereinigen. Länder wie Niedersachsen, Hessen, Brandenburg oder Schleswig-Holstein hätten beispielhaft vorgemacht, wie Entschuldung gelingen kann.

Gerechte Steuerverteilung

Die Ambitionen auf Bundesebene seien auch deshalb ernüchternd, „weil auf der anderen Seite die nun wirklich offenkundige Verantwortung des Bundes im Bereich der kommunalen Steuerausstattung nicht gesehen wird. Sie ist dem Bund bei der Umsatzsteuerverteilung geradezu auf die Stirn geschrieben. Er und nur er kann dafür sorgen, dass bei den Kommunen mehr Umsatzsteuer ankommt und diese auch gerechter – und zwar nach Wohnort – verteilt wird. Das wäre ein realer Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen“, so der Hauptgeschäftsführer.

„In Bayern kennen wir einerseits eine starke Rechtsaufsicht durch den Staat, aber auch eine finanzielle Ausstattung der Kommunen, die in einem vernünftigen Verhältnis zu den auszuführenden Aufgaben steht. Nach der Verfassung sind die Länder in der Verantwortung kommunaler Kassenkredite. Das Thema Altschulden und überhöhte Kassenkredite muss von den jeweiligen Ländern selbst bereinigt werden. Wenn der Bund kommunale Kassenkredite einzelner Städte übernimmt, fehlt dieses Geld an anderer Stelle und es entsteht ein Ungleichgewicht in der Finanzierung der Länder und Kommunen“, hob der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, hervor.

Das Geld, das der Bundesfinanzminister „starken Kommunen wie den unseren“ damit nehmen würde, benötigten bundesweit alle Landkreise für Zukunftsaufgaben wie die Mobilität, die Digitalisierung oder den Mobilfunk. Eine einseitige punktuelle Unterstützung einzelner Städte verstoße gegen die Grundsätze des Grundgesetzes. „Wir haben bisher schon immer gesagt, dass man das Geld nur einmal ausgeben kann. Die Kommission für ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ hat erkannt, dass in die Fläche investiert werden muss. Wenn der Bund die Kommunen unterstützen will, muss er unter anderem die Digitalisierung des ländlichen Raums schneller umsetzen und in die Infrastruktur investieren“, stellte Bernreiter fest. **DK**

Gute-KiTa-Vertrag ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer: „Mit der Ausweitung der Beitragsfreiheit sind wir in Bayern bereits in Vorleistung gegangen. Seit dem 1. April 2019 gibt es den Beitragszuschuss von 100 Euro für die gesamte Kindergartenzeit. Damit wird der Kita-Besuch für viele Familien beitragsfrei oder reduziert sichtbar. Sobald die Bundesmittel geflossen sind, werden wir auch im Bereich der Qualität weiter anpacken. Wir entlasten die Leitungen mit unserem Leitungs- und Verwaltungsbonus und wir fördern die Festanstellung von bis zu 2.000 Tagespflegepersonen, die beispielsweise in Kindertageseinrichtungen zur Randzeitenbetreuung eingesetzt werden können. So unterstützen wir das pädagogische Personal vor Ort und schaffen einen großen Schritt zu noch mehr Qualität in den bayerischen Kitas.“

Das Gute-KiTa-Gesetz in Bayern:

Mit den Mitteln des „Gute-KiTa-Gesetzes“ – rund 861 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 – will Bayern folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Stärkung der Kita-Leitung

Durch den geplanten Leitungs- und Verwaltungsbonus erhalten Träger von Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit, die Leitungsperson durch zusätzlichen

Personaleinsatz zugunsten der vom Träger zu definierenden Leitungsaufgaben von sonstigen Tätigkeiten (bspw. vom Gruppendienst oder von Verwaltungstätigkeiten) freizustellen. Der Träger kann dabei durch Definition des Leitungsprofils individuell entscheiden, welche Aufgaben er als Leitungsaufgaben ansieht und welche Aufgaben von dem zusätzlich eingesetzten Personal übernommen werden sollen.

2. Stärkung der Kindertagespflege

Durch einen zusätzlichen Förderatbestand für Träger von Kindertageseinrichtungen und für Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die Tagespflegepersonen im Rahmen einer Festanstellung beschäftigen, sollen zusätzliche Personenkreise für die Tätigkeit als Tagespflegeperson gewonnen werden. Die Tagespflegepersonen können einerseits in Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden und dort beispielsweise Randzeitenbetreuung übernehmen, darüber hinaus aber auch ganztägig das pädagogische Personal entlasten. Andererseits können die Tagespflegepersonen beim Träger der öffentlichen Jugendhilfe beschäftigt und von diesem in der Kindertagespflege eingesetzt werden.

3. Ausweitung der Beitragsfreiheit

Mit der Ausweitung des Beitragszuschusses auf die gesam-

te Kindergartenzeit werden Familien entlastet und mögliche Hürden für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung im Kindergartenalter abgebaut. Bis zum 31. März 2019 wurde ein Beitragszuschuss von 100 Euro pro Monat für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung gewährt. Mit Wirkung ab dem 1. April 2019 wurde der Beitragszuschuss auf die gesamte Kindergartenzeit ausgeweitet. Die Ergänzung des Leistungszeitraums um die dem letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung vorausgehenden Kindergartenjahre wird zum Teil mit den Mitteln aus dem Gute-KiTa-Gesetz finanziert.

Ein Baukastensystem

Mit dem Gute-KiTa-Gesetz unterstützt der Bund die Länder bis 2022 mit rund 5,5 Milliarden Euro bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur Entlastung der Eltern bei den Gebüh-

Jedes Bundesland hat seine eigenen Stärken und Entwicklungsbedarfe. Darum ist das Gesetz wie ein Instrumentenkasten aufgebaut: Die Länder entscheiden selbst, in welche der insgesamt 10 Handlungsfelder und Maßnahmen investiert werden soll. In einem Vertrag halten der Bund und das jeweilige Bundesland fest, wie das Gute-KiTa-Gesetz vor Ort umgesetzt werden soll und wie es die jeweils eingesetzten Landesmittel ergänzt. **□**

Mit innovativen Projekten das Leben erleichtern

Der Münchner Verein „Kleine Helden brauchen große Herzen“, das „Voice-Wearing“ der Uniklinik Erlangen und der BRK-Kreisverband Regensburg sind die diesjährigen Preisträger des Bayerischen Gesundheits- und Pflegepreises.

Wie Staatsministerin Melanie Huml bei der Verleihung in München hervorhob, „steht die mit je 7.500 Euro dotierte Auszeichnung für die Innovationen und Kreativität



Melanie Huml. **□**

unserer Gesellschaft, um zukunftsgerichte Entwicklungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege zum Wohle der Menschen anzustoßen“. Insgesamt gab es dieses Mal 170 Nominierungen aus allen Landesteilen Bayerns.

Kleine Helden brauchen große Herzen

Einer der drei Preisträger ist das Projekt „Kleine Helden brauchen große Herzen – Pflegerisch begleitete Auszeiten für Familien mit chronisch kranken oder behinderten Kindern“ des gleichnamigen Vereins aus München. Geegründet wurde der Verein Kleine Helden im Jahr 2001 von Kinderkrankenschwestern der Haunerschen Kinderklinik und deren Freunden in München. Das Projekt möchte den Familien in unbeschwerter Umgebung eine Auszeit von ihrem schweren Alltag schenken. Es soll die Möglichkeit eröffnen, durch individuelle Programme für Eltern, Geschwister sowie kranke Kinder und durch gemeinsame Erlebnisse den Familienzusammenhalt zu stärken, schöne Erinnerungen,

auch über den Tod des Kindes hinaus, mitzugeben sowie die Gelegenheit bieten, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen, Sorgen und Ängste der Krankheit oder Behinderung zu verarbeiten sowie neue Energie und Kraft für den oft schweren Alltag zu gewinnen.

Drei bis vier Familien können an einem Aufenthalt von 8 bis 10 Tagen auf dem Irmengardhof der Björn-Schulz-Stiftung am Chiemsee teilnehmen. Während dieser Zeit werden die kranken Kinder von fachkompetenten Kinderkrankenschwestern, weitestgehend aus der Haunerschen Kinderklinik, bis zu neun Stunden am Tag pflegerisch versorgt. Auch in der Nacht steht immer eine Pflegekraft für Notfälle zur Verfügung. Da die meisten der „kleinen Helden“ auf die Nähe zu einer Spezialklinik angewiesen sind, besteht ein direkter Kontakt zur Haunerschen Kinderklinik sowie zum Kinderpalliativteam München, das in allen Situationen zur Seite steht.

Voice-Wearing

Ein weiterer Preisträger ist das Projekt „Voice-Wearing – Vertraute Stimmen im Wearingprozess“ am Universitätsklinikum Erlangen. Dabei wurde untersucht, ob sich die kontrollierte oder künstliche Beatmungszeit von neurologischen Patienten mit Hilfe des Vorspielens vertrauter Stimmen von Angehörigen verkürzen lässt.

In der Medizin wird das „Wearing“ (Entwöhnen) genannt. Denn bei neurologischen Patienten ist häufig der Antriebs zum Atmen gestört, stattdessen benötigen sie dazu ein von außen gesetztes Kommando (Kommandoatmung). Sobald die betreuende Pflegekraft den Patienten nicht mehr zum Atmen anhält, fällt dieser zurück in den kontrollierten Beatmungsmodus. Aber die Pati-

enten sollen ja selbstständig atmen. Dazu ist es notwendig, sie von der kontrollierten Beatmung und letztlich auch von der Kommandoatmung zu entwöhnen.

Mit diesem System des „Voice-Wearing“ gelang es dem Team, bestehend aus einem Fachkrankenschwester und zwei Fachkrankenschwestern für Anästhesie und Intensivmedizin, die kontrollierte Beatmungszeit der Patienten um etwa ein Drittel zu reduzieren. Jetzt soll dieses „Voice-Wearing“ als Standardverfahren zur Entwöhnung bei Beatmungspatienten etabliert werden.

Unterstützung für berufstätige Pflegenden

Darüber hinaus wurde der Kreisverband Regensburg des Bayerischen Roten Kreuzes für seine „Arbeitszeitadaptierte Tagespflege für Senioren“ in Neutraubling geehrt. Das BRK Tagespflege Neutraubling in Regensburg unterstützt mit dem Projekt berufstätige pflegende Angehörige in räumlicher Nähe zu ihrem Arbeitsplatz mit dynamischer Anlehnung an die wechselnden Arbeitszeiten im Schichtbetrieb der umliegenden Betriebe des Einzelhandels bzw. der Produktionsstätten.

Die Tagespflege Neutraubling liegt inmitten eines Gewerkeparks und Produktionsgebiets. Durch die zeitlich angepasste Belegung können sowohl Schichtarbeitende Arbeitnehmer als auch Kunden des Einzelhandels ihre pflegebedürftigen Angehörigen während ihrer Beschäftigung oder ihres Einkaufs durch die Tagespflege Neutraubling versorgen lassen. Sie bietet Platz für bis zu 60 Personen. Durch die Nähe zum Arbeitsplatz kann der Arbeitsweg mit dem Hol- und Bringweg zur und von der Tagespflege verknüpft werden, ohne dass hierzu ein gesonderter Fahrdienst zwingend erforderlich ist. Die Tagespflege hat am 1. Juli 2017 eröffnet und ist zu 97 Prozent ausgelastet. **DK**

Lfa Förderbank Bayern:

Verlässlicher Partner der Kommunen

Interview mit Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der Lfa Förderbank Bayern

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist wesentliche Grundvoraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Doch sind für moderne Rahmenbedingungen oft weitreichende Investitionen nötig und die finanziellen Belastungen können Kommunen vor Herausforderungen stellen. Die Lfa Förderbank Bayern steht den bayerischen Kommunen bei ihren Investitionsvorhaben als verlässlicher Finanzierungspartner mit attraktiven Angeboten zur Seite, wie Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der Lfa, erläutert.

GZ: Herr Dr. Beierl, weshalb sind Investitionen in moderne kommunale Infrastrukturen so wichtig?

Beierl: Die bayerischen Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Rolle bei der Stär-



Dr. Otto Beierl Bild: © Brecheis

kung des Wirtschaftsstandortes, denn Kommunen mit modernen Versorgungs-, Verkehrs- oder Dienstleistungseinrichtungen sind als Standorte attraktiv. Investitionen in die kommunale Infrastruktur sind daher eine wich-

tige Voraussetzung dafür, dass sich Unternehmen gut entwickeln können und sich neue Betriebe ansiedeln. So werden Arbeitsplätze geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft gestärkt. Über höhere Steuereinnahmen profitieren die Kommunen auch finanziell von ihren Investitionen.

GZ: Wie unterstützt die Lfa die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen?

Beierl: Für viele Städte und Gemeinden ist die Finanzierung moderner Infrastrukturen zunächst häufig ein Kraftakt. Um den Wirtschaftsstandort zu stärken, fördert die Lfa daher auch die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben und bietet den bayerischen Kommunen zinsgünstige, langfristige und flexible Darlehensprogramme an. Damit haben Städte und Gemeinden die Möglichkeit, Kredite auch für weitreichende Investitionen aufzunehmen ohne sich finanziell zu überfordern.

GZ: Die Zinsen sind weiterhin sehr niedrig. Warum sind Förderkredite für Kommunen trotzdem interessant?

Beierl: Im Jahr 2018 hat die Lfa 110 bayerischen Kommunen rund 91 Millionen Euro an För-

derkredit für Infrastrukturprojekte zugesagt. Die Förderkredite sind gefragt, weil sie für Städte und Gemeinden viele Vorteile bieten. Durch lange Laufzeiten bis zu 30 Jahren erhalten die Kommunen Planungssicherheit, bei äußerst günstigen Konditionen. Je nach Laufzeit können sie zudem bis zu 5 Tilgungsfreijahren in Anspruch nehmen. Der Finanzierungsanteil der Lfa kann bis zu 100 Prozent betragen. Die Anträge werden direkt bei der Lfa gestellt. Das Förderverfahren ist daher einfach und schnell, die Förderzusage liegt in der Regel innerhalb weniger Arbeitstage vor.

GZ: Bei welchen Projekten unterstützt die Lfa bayerische Städte und Gemeinden?

Beierl: Die Lfa bietet den Kommunen eine breite Förderpalette. Das Basisangebot der Lfa ist der „InfraKredit Kommunal“. Gefördert werden etwa Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur einschließlich öffentlichem Personennahverkehr, die Wasserversorgung, die Entsorgung, also beispielsweise der Bau einer Kläranlage, die allgemei-

ne Energieeinsparung oder die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger. Das gleiche gilt für Investitionen in die touristische Infrastruktur, in Wissenschaft, Technik und Kulturpflege sowie nicht umlagefähige Kosten für die Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen. Der Schwerpunkt unserer Mittelvergabe lag hier zuletzt in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Verkehrsinfrastruktur.

Zudem bieten wir Spezialprogramme an, etwa um den Fortschritt der Energiewende zu unterstützen. Mit dem „InfraKredit Energie“ fördern wir Maßnahmen, die zu einer Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent führen – das kann zum Beispiel die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen sein. Zudem finanzieren wir auch eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger. Der maximale Darlehensbetrag liegt bei 4 Millionen Euro.

In beiden Programmen nicht fördern können wir aus EU-beihilferechtlichen Gründen Investitionsvorhaben in Bereichen, in denen die Antragsteller eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Trotzdem prüfen wir jeden Einzelfall auf individuelle Finanzierungsmöglichkeiten. Vorhabensbereiche in denen die

Lfa nicht tätig ist, zum Beispiel in der Stadt- und Dorfentwicklung, werden von der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt gefördert.

GZ: Der Ausbau der Breitbandnetze ist eine besondere Herausforderung. Wie unterstützt die Lfa die Kommunen bei diesem Thema?

Beierl: Schnelles Internet ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass in den Unternehmen moderne und zukunftsfähige Geschäftsmodelle entstehen können und deshalb für den Wirtschaftsstandort Bayern von strategischem Interesse. Wie groß der Bedarf nach leistungs- und zukunftsfähiger Breitbandversorgung im Freistaat ist, hat eine aktuelle Studie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) untersucht. Demnach wird der Bandbreitenbedarf der bayerischen Unternehmen nochmals spürbar ansteigen: Mehr als die Hälfte der Unternehmen erwartet für 2023 einen Bandbreitenbedarf von über 50 Mbit/s, 28 Prozent – doppelt so viele wie bei der vorangegangenen Untersuchung 2017 – rechnen damit, dass sie Übertragungsgeschwindigkeiten von über 100 Mbit/s benötigen werden. Die Lfa unterstützt die Kommunen hier mit dem „InfraKredit Breitband“. Damit be-

gleiten wir das Zuschussprogramm des Bayerischen Finanzministeriums zur Förderung des flächendeckenden Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen in Bayern. Mit dem Förderkredit kann der über den Zuschuss hinausgehende Eigenanteil der Gemeinden mit besonders günstigen Zinssätzen und langen Laufzeiten finanziert werden.

GZ: Bietet die Lfa den Kommunen noch weitere Finanzierungshilfen?

Beierl: Geht es um Infrastrukturprojekte mit sehr hohem Finanzbedarf, etwa einen Kraftwerksbau durch Stadtwerke, ist oftmals eine Konsortialfinanzierung die beste Lösung. Hier unterstützt die Lfa die Kommunen zusammen mit anderen Banken als Partner – dabei engagieren wir uns wettbewerbsneutral und bei durchweg gleichen Bedingungen nur auf Einladung einer Hausbank.

GZ: An wen können sich Kommunen bei Fragen wenden?

Beierl: Bei Fragen können sich die interessierten Kommunen direkt an das Team Infrastrukturfinanzierung der Lfa wenden, das sie unter 089 / 2124 1505 oder per E-Mail infra@lfa.de erreichen. Wir beraten natürlich kostenfrei. Weitere Informationen finden Sie auch unter www.lfa.de/infrastruktur □

Bayern ist Reha-Land Nummer eins

Huml würdigt Bedeutung der Kurorte und Heilbäder

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hob die Bedeutung der medizinischen Rehabilitation hervor. Anlässlich ihrer Besuche in der Orthopädischen Fachklinik Rosenhof in Bad Birnbach zu deren 25-jährigen Jubiläum und in der Johannesbad Fachklinik in Bad Füssing betonte die Ministerin: „Die heimischen Kurorte und Heilbäder sind ein bedeutender Faktor und wichtiger Dienstleister in der bayerischen Gesundheits- und Pflegewirtschaft (GpflWi). Ihre Qualität setzt Maßstäbe. Jährlich lassen sich weit über 20.000 Menschen aus aller Welt in Bayern behandeln – nicht nur in Akut-Krankenhäusern, sondern gerade auch in den vielen Reha-Einrichtungen. Damit ist Bayern Reha-Land Nummer eins!“

Mit einem Jahresumsatz von knapp 4,5 Milliarden Euro sichern die bayerischen Kurorte und Heilbäder rund 100.000 Arbeitsplätze. Fast jede vierte Reha-Einrichtung Deutschlands befindet sich im Freistaat. Mit jährlich rund 357.000 Reha-Fällen wurde in Bayern fast ein Fünftel aller Reha-Fälle Deutschlands behandelt.

Huml erläuterte: „Der starke Stand der medizinischen Rehabilitation beruht zum einen auf unseren vielen Heil-, Thermal- oder Solequellen und der guten Luft. Zum anderen sind unsere bayerischen Reha-Kliniken aber auch deswegen so erfolgreich, weil wir in den letzten Jahren viel dafür getan haben: Mit einem eigenen Förderprogramm unterstützt der Freistaat den Ausbau der Kurorte und Heilbäder zu modernen Kompetenzzentren für Gesundheit und Prävention.“

Das bundesweit einmalige Förderprogramm der Bayerischen Staatsregierung (KuHeMo) unterstützt die bayerischen Kurorte und Heilbäder seit 2012. Ziel ist es, das eigenständige Gesundheitsprofil durch moderne und neue medizinische Konzepte besonders im Bereich Früherkennung, (betriebliche) Gesundheitsförderung und Prävention zu schärfen sowie die medizinische Qualität weiter zu verbessern. Bislang wurden 56 Projekte mit einem Volumen von rund sieben Millionen Euro gefördert. Die Ministerin unterstrich den

Grundsatz ‚Reha vor Pflege‘. Deshalb begrüße sie den Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, die Reha zu stärken. Mit dem Reha-Stärkungsgesetz wolle er die Freiheit bei der Wahl der Reha-Klinik stärken. Künftig sollen Patienten statt der vollen nur noch die Hälfte der Mehrkosten tragen, wenn sie sich für eine andere Einrichtung entscheiden, als von der Krankenkasse vorgeschlagen. Ich möchte, dass vor allem ältere Menschen schneller und unbürokratischer in den Genuss von Reha-Maßnahmen kommen: ‚So lange wie möglich in den eigenen vier Wänden‘ lautet der Wunsch der Mehrheit der älteren Menschen. Dem wollen wir entsprechen.“

Aufbau der MoGeRe

Huml treibt deshalb auch den Aufbau von mobiler geriatrischer Rehabilitation (MoGeRe) voran. Dabei kommt das Reha-Team zum Patienten – und nicht der Patient in eine Reha-Einrichtung. Davon profitieren insbesondere ältere Patientinnen und Patienten mit komplexem Hilfebedarf. Der Freistaat unterstützt den Aufbau dieses Teams mit je maximal 25.000 Euro. Neben den bisher sechs mobilen Teams stehen in Bayern derzeit 61 stationäre geriatrische Rehabilitationseinrichtungen mit insgesamt rund 2.850 Betten zur Verfügung. □

Besuchen Sie uns auf der KOMMUNALE 2019, Halle 9, Stand 311.

LEW

Highspeed und smarte Ideen für Ihre Kommune

Machen Sie Ihre Kommune zur intelligenten Stadt der Zukunft (LoRa für Smart.City)!

- Intelligente Abfallbehälter und Tütenspender
- Feuchtigkeitsmessensoren für Grünflächen
- Highspeed – Schnelles Internet mit bis zu 5 Gigabit/s über Glasfaser

Ihr Ansprechpartner: Peter Kraus, Tel: 0821/328-1515, E-Mail: peter.kraus@lew.de

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW LEW EWL ÜWK
Lechwerke Service & Consulting TelNet Netzservice Wasserkraft Elektrizitätswerk Landsberg Überlandwerk Krumbach LVN



V. l.: Direktor Dr. Richard Loibl, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Bernd Sibler beim Rundgang durch die Bayerische Landesausstellung.

Bild: www.altrofoto.de

100 Schätze aus 1000 Jahren

Ministerpräsident Dr. Markus Söder eröffnete die Bayerische Landesausstellung im Haus der Bayerischen Geschichte

Mit einem feierlichen Festakt eröffnete der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 26. September 2019 im Haus der Bayerischen Geschichte am Donaumarkt in Regensburg die Bayerische Landesausstellung „100 Schätze aus 1000 Jahren“.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Bayern ist eine riesige Schatzkammer. Die neue Landesausstellung zeigt diese Vielfalt unseres Freistaats. 100 Exponate machen 1000 Jahre bayerische Geschichte wie im Zeitraffer lebendig. Das Haus der Bayerischen Geschichte ist ein einmaliger Erlebnisort unserer Heimat und Identität.“

Die Landesausstellung führt die Besucherinnen und Besucher zurück in die fernere Vergangenheit vom 6. Jahrhundert bis in die Zeit um 1800. Damit schließt sie an die Dauerausstellung „Wie Bayern Freistaat wurde und was ihn so besonders macht“ an, die die Geschichte

des modernen Bayern von 1800 bis in die Gegenwart erzählt.

Die ausgewählten Objekte erzählen ihre eigenen Geschichten und ermöglichen aufregende Blicke in frühere Epochen. Der Bogen wird dabei von goldglänzenden Schätzen und einmaligen Kunstwerken bis hin zum Alltagsobjekt gespannt, das vieles über die damalige Lebenswirklichkeit aussagt.

Geschichten von Menschen als Markenzeichen

Staatsminister Bernd Sibler lobt das Konzept: „Kreativ, durchdacht, umfassend recherchiert und ansprechend präsen-

tiert, gekonnt in Szene gesetzt und mit dem Blick von den Menschen her - das sind Markenzeichen unserer Bayerischen Landesausstellungen! In diesem Jahr hat sich das Haus der Bayerischen Geschichte tausend Jahre aus Bayerns Vergangenheit, die uns bis heute prägen und zu dem gemacht haben, was wir sind, vorgenommen. So unterschiedlich die einhundert sorgfältig ausgewählten Exponate auch sein mögen: All diese Schätze verbindet, dass sie einmalige und zum Teil auch ganz persönliche Geschichten aus Bayern erzählen. Ich bin mir sicher, dass die Besucherinnen und Besucher vielfältige, bleibende und auch neue Eindrücke über unser Land gewinnen werden.“

Bayerische Geschichte in ganzer zeitlicher Dimension

Für Direktor Dr. Richard Loibl erfüllt die Eröffnung der Bayerischen Landesausstellung einen alten Traum: „Die bayerische Geschichte in ihrer ganzen zeitlichen Dimension vom frühen Mittelalter bis heute in einem Museum zu zeigen, ist ein alter Wunsch der bayerischen Historikerinnen und Historiker. Er erfüllt sich jetzt, weil die Landesausstellung unmittelbar an die Dauerausstellung anschließt und die Zeit von 500 bis 2000 erlebbar macht.“

Zehn biografische Skizzen

In zehn Abteilungen, die den zeitlichen Bogen vom Früh- und Hochmittelalter bis in die Zeit der Französischen Revolution schlagen, werden seltene und einmalige Schaustücke präsentiert. Sie zeugen von großen Erfindungen und mysteriösen Verbrechen, sie berichten von Kaisern und Herzögen, Luxus und Pracht, künstlerischen Leistun-

gen und wissenschaftlichen Ererfahrungen.

Ergänzt wird die 100-Objekte-Schau durch zehn medial inszenierte biografische Skizzen von Menschen aus den jeweiligen Epochen. Sie bilden gleichsam die Gesichter ihrer Zeit: Bajuwarin, Tempelritter, jüdische Ärztin, Täuferin, Kaufmann, Söldner, Nachtwächter, Bauerntochter, Spiegelbeleger und Dorfgeistlicher begleiten die Besucherinnen und Besucher in die Vergangenheit und schildern über ihre Biografie und aus ihrer persönlichen Sicht den Lauf der Welt.

Attraktive Umgebung

Die Bayerische Landesausstellung „Hundert Schätze aus tausend Jahren“ findet im neuen Museum am Donaumarkt inmitten der historischen Altstadt Regensburg statt, die seit 2006 zum UNESCO Welterbe zählt.

Der Besuch der Landesausstellung kann nicht nur mit der Dauerausstellung des Museums verknüpft werden, sondern auch mit einem Rundgang zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt. Das Museumsgebäude liegt an der Donau in Blickkontakt zur Steinernen Brücke und zum Dom. Der Ausstellungsort eröffnet viele zusätzliche Möglichkeiten, die alte „Hauptstadt Bayerns“ zu erleben.

Dank an Förderer und Partner

Ein herzlicher Dank gebührt den Partnern und Förderern, die die Bayerische Landesausstellung 2019/2020 maßgeblich unterstützten: dem Bayernwerk, dem Freundeskreis des Hauses der Bayerischen Geschichte, der Bayerischen Sparkassenstiftung und der Sparkasse Regensburg. Medial werden die „Hundert Schätze aus tausend Jahren“ begleitet von Bayern 2, der Mittelbayerischen Zeitung und TVA. □



Mehr als 160 Akteure berieten in Bad Windsheim über die Ausrichtung und Zielsetzung der Metropolregion Nürnberg 2030.

Bild: Rudi Ott

Metropolkonferenz:

Weichen stellen für die Zukunft

Vor rund zehn Jahren wurde u.a. mit der Bad Windsheimer Erklärung ein strategischer Rahmen für die Arbeit der Metropolregion Nürnberg abgesteckt. Nun haben sich mehr als 160 Akteure der Metropolregion in Bad Windsheim getroffen, um Ziele, Projekte und Struktur auf den Prüfstand zu stellen. Die Metropolkonferenz ist ein wichtiger Baustein im Strategieprozess Europäische Metropolregion Nürnberg 2030. „Das Prinzip Metropolregion basiert auf Beteiligung und Mitsprache,“ sagte Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg. „Deshalb ist es wichtig, dass wir gemeinsam die Ausrichtung der Metropolregion ausloten und mit Fachleuten diskutieren.“

Im bisherigen Prozess wurden Handlungsfelder als Herausforderungen für die Zukunft definiert, von denen man sich einen Mehrwert durch die Bearbeitung auf Metropolregionsebene verspricht. In fünf Fachpanels waren alle eingeladen, die in den acht Foren der Metropolregion Nürnberg inhaltlich arbeiten oder sich in Netzwerken, Initiativen oder der Kommunalpolitik mit diesen Zukunftsthemen auseinandersetzen.

Klimaschutz und Mobilität – Energiewende und Verkehrswende Hand in Hand

Die Energiewende muss mit einer Verkehrswende einhergehen, um die Klimaziele errei-

chen zu können. Die Kombination dieser beiden Bereiche ist eine besondere Herausforderung. Gleichzeitig bieten Wirtschaft und Wissenschaft in der Metropolregion hier besondere Kompetenzen. Deshalb soll z.B. in den kommenden Jahren ein besonderer Schwerpunkt auf Knowhow und Entwicklung im Bereich Wasserstoff liegen. Zum Beispiel mit der Initiative zur Wasserstoff-Metropolregion Nürnberg, dem Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) in Nürnberg und der innovativen Wasserstoff-Technologie in der Region. Deshalb wird man sich in diesem Rahmen um Förderprojekte bemühen. Die Beschäftigung mit der Verkehrswende ist auch deshalb so bedeutsam für die Me-

ropolregion, weil es einen hohen Besitz an Automobilzulieferern gibt.

Kultur (-entwicklung) – Bedeutung für eine starke, attraktive Metropolregion

Die Polyzentralität der Metropolregion ist für den qualitativ hochwertigen und vielfältigen Bereich der Kunst und Kultur Chance und Herausforderung zugleich. Einerseits siedelt sich der Großteil der Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft in den urbanen Räumen an, andererseits sind in den ländlicheren Regionen Betriebe des Kunsthandwerks teilweise sogar bundesweit einzigartig stark beheimatet. Im Handlungsfeld der Kulturellen Bildung ist hingegen ein sehr großes Gefälle hinsichtlich der Angebote und gegebenen Strukturen zwischen Stadt und Land erkennbar. Mit dem Netzwerk des Forums Kultur sollen in den nächsten Jahren durch eine wissenschaftlich begleitete Evaluation und verstärkten Wissenstransfer bessere Strukturen für weniger ausgebaute Regionen im Be-

reich Kultureller Bildung für die Metropolregion Nürnberg herausgearbeitet werden. Zur Förderung, Sichtbarmachung und Würdigung der Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft sollen in Kooperation mit dem Forum Wirtschaft und Infrastruktur weiterhin Vernetzungsformate und Studien durchgeführt werden. Auch die Beteiligung der Region mit 40 Gemeinden, Städten und Landkreisen an der Bewerbung Nürnbergs zur Kulturhauptstadt Europas wird für die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes Kultur eine große und spannende Aufgabe für die nächsten Jahre.

Innovationskraft

Beim Thema Innovationskraft nimmt die Metropolregion bundes- und europaweit regelmäßig Spitzenpositionen in Rankings ein. Das Leitbild WaBe mit seinen vier Cross-Cluster-Aktionsfeldern und der Innovationspakt der Metropolregion bilden eine ausgezeichnete Grundlage, um Schwerpunkte und Leitprojekte herauszuarbeiten, die regional bedeutsam sind. Das Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg hat sich als Spitzencluster weltweit etabliert. Hinzu kommt die Herausforderung, die vorhandenen exzellenten Kompetenzen in den Clusterbereichen bekannter zu machen. Dazu hat sich ein Initiativkreis aus regionaler Wirtschaft und Forschung unter der Überschrift „Innovationskunst“ gegründet.

Neue Arbeit – Zukunft der Arbeit in Stadt und Land

Veränderungen in der Arbeitswelt, wie wachsende Automatisierung von Arbeitsprozessen, neue virtuelle Kommunikationstechnologien, die vor-

Ministerpräsident Söder und Gesundheitsministerin Huml:

Weiterer Ausbau der Krankenhausversorgung

Grundsteinlegung für den gemeinsamen Neubau der RoMed Klinik und des kbo-Inn-Salzach-Klinikums in Wasserburg

Die Bayerische Staatsregierung treibt den Ausbau der Krankenhausversorgung weiter voran. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Gesundheitsministerin Melanie Huml nahmen an der Grundsteinlegung für den Neubau der RoMed Klinik und des kbo-Inn-Salzach-Klinikums in Wasserburg am Inn teil.

Als „großen Schritt für die Region“ begrüßte der Ministerpräsident den gemeinsamen Klinikneubau: „Mit dem Neubau legen wir den Grundstein für zukunftsfeste medizinische Versorgung der Menschen im Landkreis Rosenheim und darüber hinaus. Wir investieren kräftig und unterstützen die ersten beiden Bauabschnitte mit rund 105 Millionen Euro. Psychiatrie und somatische Grundversorgung in einem leistungsstarken Klinikzentrum – so geht moderne Versorgungssicherheit in ländlichen Raum.“

Gesundheitsministerin Melanie Huml unterstrich: „Wir setzen uns intensiv für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern ein. Deshalb brauchen wir auch auf dem Land erstklassige Krankenhäuser.“ Die Ministerin fügte hinzu: „In den nächsten Jahren entsteht durch den gemeinsamen Neubau der RoMed Klinik und des kbo-Inn-Salzach-Klinikums ein medizinisch und wirtschaftlich leistungsstarker Krankenhausstandort. Dieses wegweisende Strukturprojekt konnte nur realisiert werden, weil die beteiligten kommunalen Träger bereit waren, langfristig eine enge Kooperation einzugehen. Das Projekt ist ein Vorbild für die trägerübergreifende und regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern.“

Die kbo-Inn-Salzach-Klinik befindet sich in Trägerschaft des Bezirks Oberbayern. Die RoMed Klinik gehört der Stadt und dem Landkreis Rosenheim. Im Endausbau wird das neue Klinikzentrum aus 656 Betten und 15 Plätzen bestehen. Für die Förderung der laufenden Maßnahmen hat Bayern aktuell rund 105 Millionen Euro veranschlagt.

Durch den Neubau und die Umstrukturierung der Kliniken entsteht künftig ein breitgefächertes psychiatrisches und somatisches Behandlungsangebot an einem Standort. Damit wird die zeitgemäße Versorgung für die Patientinnen und Patienten der gesamten Region zukünftig noch besser gewährleistet.

Die Ministerin erläuterte: „Seit Beginn der staatlichen Krankenhausförderung im Jahr 1972 haben wir bereits mehr als 23 Milliarden Euro für Investitionen in Krankenhäuser aufgebracht. Um den Investitionsspielraum noch weiter zu erhöhen, hat der Landtag im vergangenen Jahr beschlossen, den jährlichen Etat für die Förderung der Krankenhäuser gemeinsam mit den Kommunen um 140 Millionen Euro auf 643 Millionen Euro anzuheben. Das zeigt, welchen Stellenwert die Krankenhausversorgung in Bayern für die Staatsregierung hat.“ □

ansprechende Globalisierung, die Programmierbarkeit der Umwelt und die Superstrukturierung von Organisationen durch soziale Unternehmen werden die Metropolregion verändern. Besonders in den Blick genommen werden soll deshalb die Frage, wie die Zukunft der Arbeit gestaltet werden muss, damit die Metropolregion auch in Zukunft in Stadt und Land ein Ort für gute Arbeit und somit ein attraktiver Standort bleibt.

Lebensqualität

Die Metropolregion glänzt mit einer beneidenswert hohen Lebensqualität. Zehn Naturparke bieten jeweils einzigartige Kultur- und Naturlandschaften. Der Entdeckerpass erschließt zahlreiche Naherholungs- und Freizeitziele in der gesamten Region. Der kulinarische Reichtum wird über die Regionalkampagne ‚Original Regional‘ und Projekte wie den aktuell laufenden Spezialitätenwettbewerb sichtbar gemacht. Gleichzeitig trägt eine regionale und mehr und mehr auch bio-regionale Ernährungswirtschaft zu Wohlstand in ländlichen Räumen und zum Klimaschutz bei. Nicht zuletzt ist Lebensqualität ausschlaggebend im Wettbewerb um Fachkräfte.

Strategieprozess 2030

Die bei der Metropolkonferenz beratenen Handlungsfelder sind ein Ergebnis des bisherigen Strategieprozesses und können nach der Auswertung des Feedbacks weiter konkretisiert werden. Unumstritten ist hingegen das Mission Statement „Heimat für Kreative“ der Metropolregion, das mit den daraus abgeleiteten strategischen Zielen weiterhin als Leitplanke dient. Die Metropolregion versteht sich als Gegenentwurf zu den Megacities indem sie auf eine gleichge-

wichtige polyzentrale Entwicklung setzt: „Ein Netz mit starken Knoten“ bleibt das Zielbild.

Auf organisatorischer Ebene strebt die Metropolregion eine Stärkung der operativen Kräfte in den acht Fachforen an, in denen mehr als 400 Mitglieder aktiv sind, sowie mehr Vernetzung und interdisziplinäres Zusammenarbeiten. Forumsübergreifende Zusammenarbeit, wie in der Vergangenheit bereits bei den Themen Mobilität, Klimaschutz oder in der Kultur- und Kreativwirtschaft, sollen in Zukunft noch stärker forciert werden. Beispielhaft können die 3. Klimaschutzkonferenz und der 2. Mobilitätskongress der Metropolregion Nürnberg genannt werden, die 2020 gemeinsam von Forum Verkehr und Planung, Forum Klimaschutz und Nachhaltige Entwicklung und Forum Wirtschaft und Infrastruktur veranstaltet werden. Die dezentrale Arbeitsorganisation mit den Geschäftsstellen der Fachforen in den Rathäusern der Städte Nürnberg, Fürth, Bamberg, Bayreuth und Erlangen wird als sehr positiv bewertet.

Auch eine Stärkung der Ressourcen wird diskutiert. Derzeit finanziert sich die Metropolregion zum großen Teil aus kommunalen Mitteln sowie aus Mitteln der regionalen Wirtschaft und projektbezogen aus öffentlichen Fördermitteln unterschiedlicher Provenienz. Um große Themen wie Klimaschutz und Mobilität auf regionaler Ebene anpacken zu können, benötigt die regionale Allianz mehr Finanzmittel. Hier arbeitet die regionale Allianz auch dem Land Bayern zu und unterstützt bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen auf Landesebene. An einer engeren, fachlichen Kooperation und projektunabhängigen finanziellen Unterstützung wird deshalb gearbeitet. □

Wohn Gipfel in München:

Schnelles und günstiges Bauen erleichtern

Im Rahmen eines Wohngipfels berieten Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bauminister Dr. Hans Reichhart, Umweltminister Thorsten Glauber sowie Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände und der Bau- und Wohnungswirtschaft in der Staatskanzlei über einen Wohnungspakt. Themen des Gipfels waren die Schaffung von neuem Wohnraum in den Ballungsräumen, klimaschonendes Bauen und die Bezahlbarkeit des Wohnens.

Ergebnis ist eine gemeinsame Erklärung, unterzeichnet von den Staatsministern Reichhart und Glauber sowie Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Josef Pellkofer, Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, und Josef Steigenberger Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Gemeindetags.

Individuelle Bedarfe berücksichtigen

Die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände streben laut Erklärung eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung an, die die Bedarfe von Wohnungssuchenden, Arbeitssuchenden, Erholungssuchenden und Pendlern mit der Natur, der Pflanzen- und Tierwelt gerecht zum Ausgleich bringt. Bei der Baulandmobilisierung, besonders in Gebieten mit erhöhtem Wohnraumbedarf, könnten gerade die Grundstückseigentümer einen wichtigen Beitrag leisten.

„Der Freistaat Bayern schafft in der Bayerischen Bauordnung die verfahrensrechtlichen Rahmenbedingungen“, heißt es weiter. Die Bayerische Staatsregierung beabsichtigt im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden Bayerns die Bayerische Bauordnung, die bundesweiten Vorbildcharakter hat, weiter zu verbessern und zu vereinfachen. Durch digitale Genehmigungsverfahren sowie u.a. die Einführung der Typengenehmigung werde das Bauen beschleunigt. Erleichterungen bei Nutzungsänderungen und beim Ersatz von Bestandsgebäuden ermöglichen flächensparendes Bauen.

Darüber hinaus werde Bauen durch Vereinfachungen bei Dachgeschossausbauten günstiger. Erleichterungen beim Bauen mit Holz werden einen Beitrag zu nachhaltigem Bauen leisten. Der Freistaat Bayern wird sein Engagement zur Kostenreduzierung im Bereich der bautechnischen Normung zudem fortführen.

Im Rahmen der Expertenkom-

mission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ wurde nach Ansicht der Unterzeichner eine gute Basis für eine das Gemeinwesen betonende Baulandpolitik gelegt. Der Freistaat und die kommunalen Spitzenverbände setzen sich weiterhin für eine Stärkung der Mobilisierungsinstrumente der Städte und Gemeinden ein. Die Schaffung von Bauland soll dem Gemeinwohl dienen und die Eigentumsrechte privater Bauherren unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben angemessen berücksichtigen.

Für faires Mietrecht

Um die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern, bedarf es eines fairen Ausgleichs der Interessen von Vermietern und Mietern. Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen müssten sich das Wohnen auch künftig noch leisten können. Gleichzeitig müsse sichergestellt sein, dass Investitionen in den Wohnungsbau attraktiv bleiben. „Es ist Aufgabe der Politik, im Mietrecht für einen entsprechenden Interessenausgleich zu sorgen. Deshalb sollen Mieter nach dem Verkauf einer Wohnung für bis zu drei Jahre vor Mieterhöhungen geschützt werden.“ Die Staatsregierung wird sich zudem dafür einsetzen, die Hürden für die Bekämpfung von offensichtlichem Mietwucher zu senken, den Bußgeldrahmen für Verstöße zu erhöhen und so dafür Sorge zu tragen, dass überhöhte Mieten leichter und effekti-

ver gehandelt werden können.

Auch steuerliche Anreize können einen wichtigen Beitrag zu einem bedarfsgerechten Wohnungsbau leisten, heißt es weiter. Die Bayerische Staatsregierung befürwortet daher die befristete Einführung einer entsprechenden Sonderabschreibung, sieht aber darüber hinaus die Notwendigkeit, zeitnah eine Anschlussregelung zu verabschieden. Nur dann kann es zu einem für die nachhaltige Ausweitung der Bautätigkeit erforderlichen Kapazitätsaufbau in der Bauwirtschaft kommen.

Ein besonderes Augenmerk sei dabei auf Maßnahmen zu richten, die dazu beitragen, den Flächenverbrauch zu reduzieren, wie z.B. die Überbauung von Parkplätzen. Darüber hinaus bestehe die Notwendigkeit, wie von der Staatsregierung in einer Bundessatzinitiative gefordert, die Erschließung innerstädtischer Wohnraumpotenziale – etwa durch die Aufstockung bestehender Gebäude – steuerlich zu fördern. Eine bedarfsgerechte Wohnraumversorgung erfordere nicht zuletzt, bestehende Gebäude fit für die Zukunft zu machen. Daher macht sich die Bayerische Staatsregierung für eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung stark.

Die Bayerische Staatsregierung setzt sich außerdem für Maßnahmen zur Entspannung des freien Entsorgungsmarktes für Bauabfälle und Bodenaushub ein, die zu einer Reduzierung der Kosten führen. Hierzu gehört insbesondere die Fortschreibung des Verfüllleitfadens. Im Bundesratsverfahren für die Mantelverordnung fordert sie eine Länderöffnungsklausel, die es ermöglichen soll, den bewährten bayerischen Weg für die schadlose Verwertung von Bodenaushub weiter zu beschreiten.



Ab 2.v.l.: Michael Kral (Stadt Kempten), Rainer Böhme und Klement Anwander (beide Konstruktionsgruppe Bauen AG), Reiner Nagel (Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur). Bild: Susan Paufler

Deutscher Ingenieurpreis für Kemptner Tiefbauamt

Der „Deutsche Ingenieurpreis Straße und Verkehr“ geht in diesem Jahr für die Sanierung ihrer König-Ludwig-Brücke an die Stadt Kempten – Amt für Tiefbau und Verkehr. Die Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure lobt unter der Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministers Andreas Scheuer den Preis alle zwei Jahre aus.

Die Stadt erhielt die Auszeichnung in der Kategorie „Baukultur“. Damit wurde vor allem der Umgang mit der historischen Bausubstanz gewürdigt. Die Jury hob in ihrer Begründung die Originalität der Sanierung, die geleistete Ingenieurbauleistung sowie die Einbindung des Bauwerks in das Umfeld besonders hervor.

OB Thomas Kiechle sieht in der Verleihung sowohl eine Bestätigung für die richtigen Entscheidungen in der Stadtpolitik zum Erhalt des historischen Baudenkmal als auch für die Qualität der Sanierung. Jeder Euro habe sich gelohnt, um eine der weltweit ältesten Eisenbahnbrücken aus Holz für die Zukunft zu sichern.

„Die Auszeichnung mit dem Deutschen Ingenieurpreis 2019 ist für uns eine außerordentliche Wertschätzung unserer Arbeit“, so Tiefbauamtsleiter Markus Wiedemann. „Das kann nur mit einem leistungsfähigen Team erreicht werden. Ich bin besonders stolz auf meine Mitarbeiter, die mit Fachkompetenz, Einsatz und Herzblut die schwierige Aufgabe angepackt haben. Ebenso verdient die Arbeit aller Projektpartner hohe Anerkennung. Bereits im Jahr 2013 hat das Tiefbauamt der Stadt Kempten den Deutschen Ingenieurpreis erhalten, damals für den vorbildlichen Bürgerdialog bei der Planung zur Umgestaltung des Hildegardplatzes.“

Bauliche Rohdiamanten erhalten

Kulturausschuss des Bezirkstags Niederbayern genehmigt über 180.000 Euro für den Denkmalschutz

Mainkofen. „Niederbayern hat viele bauliche Rohdiamanten. Um diese zu bewahren, dazu leistet der Bezirk seinen Beitrag.“ So fasste es Bezirksheimatpfleger Dr. Max Seefelder zusammen, als er den Mitgliedern im Kultur-, Jugend- und Sportausschuss die Objekte vorstellte, die Fördermittel erhalten sollen. Diese waren sich einig, wie wertvoll die Baudenkmäler für das Gesicht Niederbayerns sind und genehmigten unter dem Vorsitz von Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl die insgesamt 184.000 Euro an Zuschüssen. Bereits im Frühjahr waren 400.000 Euro in die Denkmalpflege geflossen.

In die Stadt Landshut gehen 4.950 Euro für die Sanierung eines ehemaligen Handwerkerhauses aus dem 16./17. Jahrhundert. Im Landkreis Deggen-dorf werden zwei Maßnahmen mit 5.750 Euro unterstützt: Ein Wohn- und Geschäftshaus aus dem 18./19. Jahrhundert in Osterhofen und ein ehemaliges Gerichtsschreiber- und Kastenhaus von 1562 in Winzer.

Landkreis Dingolfing-Landau

Die Sanierung einer Hofanlage in der Gemeinde Reibach (Kreis Dingolfing-Landau) wird mit 14.750 Euro unterstützt, die eines Wohn- und Stallgebäudes in Jandelsbrunn (Kreis Freyung-Grafenau) mit 15.000 Euro. In den Landkreis Kelheim fließen 63.400 Euro für insgesamt fünf Maßnahmen: Die Friedhofsmauersanierung der Filialkirche St. Martin in Dünzling (Bad Abbach), die Turmsanierung der Filialkirche St. Benno in Herrnsaal (Kelheim), die Dachsicherung eines Bürgerhauses in Jurabauweise (Kelheim), den ehemaligen Pfarrhof in Pürkwang (Wildenberg) sowie die In-sensanierung der Frauenbergkapelle in Weltenburg.

Landshut

Vier Projekte im Landkreis Landshut bekommen gut 10.000 Euro: ein Dreiseithof in Achldorf (Vilsbiburg), die Filialkirche St. Stephanus in Griebenbach (Postau), die Wallfahrtskirche St. Wolfgang in Essenbach sowie die Filialkirche St. Stephan

in Wörnsdorf (Altfraunhofen). Gleich acht Denkmalschutzmaßnahmen stehen im Landkreis Passau auf der Förderliste, die 26.100 Euro teilen sich auf: ein ehemaliger Adelssitz in Aidenbach, das Wohnhaus eines Vierseithofs sowie der Stallstadel eines Vierseithofs und das Wohnhaus eines Dreiseithofs in Bergham, die Wohnhäuser von zwei Vierseithöfen in Ortenburg und in Hauzenberg; ein Wohnhaus aus dem Jahr 1818 in Ortenburg sowie eine neugotische Wegkapelle in Vordergalgenberg (Windorf).

Regen

Im Landkreis Regen wird die Sanierung eines Backhauses in Kollnburg mit 8.500 Euro gefördert. 16.300 Euro gehen an sechs Maßnahmen im Landkreis Rottal-Inn: die Fassadensanierung von Schloss Erling, ein ehemaliges Benefizienhaus in Gangkofen, ein Bauernhaus in Habach (Johanniskirchen), ein Rottaler Bauernhaus in Egglham, das Bauernhaus eines Vierseithofes in Dietersburg und einen Ständerbohlen-Bundwerkstadel in Bondling.

Straubing-Bogen

Für vier Maßnahmen im Landkreis Straubing-Bogen gibt es 19.300 Euro: Die Sanierung eines Einfirsthofes in Elisabethszell, ein Bauernhaus in Gaishausen, die Filialkirche St. Markus in Schwimmbach (Leiblfing) sowie ein Gasthaus aus dem Jahr 1636 in Straßkirchen.

Alles für HELDEN DER VERWALTUNG

Besuchen Sie uns auf der
KOMMUNALE
16. - 17. Oktober 2019 // Nürnberg
Halle 9 Stand 9-344

www.akdb.de/kommunale

Fachtreffen wider die Wohnungsnot

Kommunales Wohnungsbaugespräch im Canisiuskonvikt Ingolstadt

Der Bayerische Ziegelindustrie-Verband (BZV) und die Bauinnung Oberbayern haben im Canisiuskonvikt Ingolstadt ein Kommunales Wohnungsbaugespräch veranstaltet. Unter dem Motto „Bezahlbarer Wohnungsbau – nachhaltig, wohngesund und kosteneffizient“ diskutierten Thomas Schmid, Geschäftsführer der Bauinnung Oberbayern, Michael Binder, Obermeister der Bauinnung Ingolstadt/Pfaffenhofen, Peter Hülsen, BZV-Bereichsleiter Politik, Anton Knapp, Landrat des Landkreises Eichstätt, und Stadtrat Karl Spindler in Vertretung von Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel mit Vertretern aus Kommunen, Politik und Wirtschaft über die Lage auf dem Wohnungsmarkt und in der Bauwirtschaft. Zusätzlich informierten Bauexperten in kurzen Vorträgen darüber, wie Kommunen günstigen Wohnraum mit hoher Qualität schaffen können.

BZV-Vertreter Hülsen nannte den politischen Einfluss auf das Bauen immens. Die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus 2001 und der Eigenheimzulage 2006 hätten wesentlich zur aktuellen Krise auf dem Wohnungsmarkt beigetragen. „Darum sind wir froh, dass die Staats- und die Bundesregierung mittlerweile wieder erkannt haben, dass das gesellschaftliche Megathema Bauen nur mit Unterstützung der Politik gemeistert werden kann.“

Mehr Stabilität durch steuerliche Regelungen

Vor allem aus dem noch jungen bayerischen Bauministerium erhoffe man sich weitere Impulse. Mehr Stabilität für die Bauwirtschaft brächten zum Beispiel steuerliche Regelungen, die den Verkauf von Baugrund für Landwirte attraktiver machen. Außerdem solle den Bauherren die Entscheidung überlassen werden, mit welchen Technologien und Baustoffen die Energieeinsparvorgaben erreicht werden. „Das würde Genehmigungsverfahren beschleunigen, das Bauen günstiger ma-

chen und damit den angespannten Wohnungsmarkt zügiger entlasten.“

Als stark prosperierende Großstadt sei Ingolstadt in besonderer Weise mit dem Thema Wohnbau befasst, sagte Stadtrat Spindler: „Die Stadt wächst und braucht Wohnraum. Wir begegnen diesem Umstand mit einem umfassenden Maßnahmenpaket, an dessen Spitze das Sonderbauprogramm I steht. Unter anderem durch eine große Bauoffensive unserer Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft ist es gelungen, eine inzwischen deutlich spürbare Entspannung auf dem Immobilienmarkt zu erzielen.“ Der Anstieg der Preise sei weitgehend gestoppt. „Trotzdem – oder gerade deshalb – lassen wir jetzt nicht nach, sondern schließen ab dem Jahr 2020 nahtlos ein zweites Sonderbauprogramm an.“

Bis 2026 solle der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen auf ein bayerisches Spitzenniveau von elf Prozent steigen. Ein besonderes Augenmerk werde auch auf kleinere Apartments gelegt, etwa für Studenten und Singles. Durch die Ausweisung neuer

Baugebiete und Rekordzahlen bei den Baugenehmigungen habe die Stadt für junge Familien bereits viel geleistet. Um immer auch den Flächenverbrauch im Blick zu haben, sei ein Hochhaus-Programm aufgelegt worden. „Das Ziel aller Maßnahmen ist stets, jeder Bevölkerungsgruppe einen passenden und vor allem bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können.“

Grundlage für den erfolgreichen kommunalen Wohnungsbau ist laut dem Eichstätter Landrat Knapp die Flächenverfügbarkeit. „Der Gesetzgeber muss daher alles daransetzen, dass Städte und Gemeinden ohne Gängelung an das notwendige Bauland kommen.“ Das bedeute für ihn unter anderem: klare Vorkaufsrechte für die Kommunen und keine Ausgleichsflächen für die kommunale Bauleitplanung. „Auch Verwaltungsvereinfachungen sind meines Erachtens ein Schlüssel für erfolgreichen und bezahlbaren Wohnungsbau.“

Anstatt der von der Bundesregierung angepeilten 375.000 pro Jahr gebauten Wohnungen wurden zuletzt nur rund 236.000 Wohnungen errichtet, erklärte Oberbayerns Bauinnungsgeschäftsführer Schmid. „Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss vor allem der Bund gegensteuern. Er ist in der Pflicht, den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern, genossenschaftliches Wohnen besser zu unterstützen und das selbstgenutzte Wohneigentum zu stärken.“ Ein guter Schritt sei der Beschluss des Bundesrats für Sonderabschreibungen für Investoren im Mietwohnungsbau. Das bringe Geld-

gebern die nötige Planungssicherheit. „Aber auch die Kommunen müssen einiges tun, damit Bauprojekte überhaupt beginnen können. Besonders die Großstädte brauchen wirkungsvolle Baulandstrategien und Baulandmodelle.“ Der Ingolstädter Bauinnungsoberrmeister Binder sieht auch das energieeffiziente Bauen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: „Wir müssen Klimaschutz und bezahlbaren Wohnraum in Einklang bringen. Darum begrüßen wir die Anstrengungen der Baustoffindustrie in diese Richtung. Gerade hier zeigt die Massivbauweise wie mit Ziegel ihre Vorteile.“

Wie kommunales Bauen konkret günstig und sozial- und umweltfreundlich gestaltet werden kann, zeigten drei Bauexperten auf. Raimund Griebel, Inhaber des Ingenieurbüros Griebel, ging auf Nachhaltigkeit und Ökologie im Wohnungsbau ein. Dabei leistete gerade der Mauerziegel einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz: „Er wird aus regionalen Rohstoffen hergestellt und hat durch den geringen Energieverbrauch bei der Produktion eine Sonderrolle unter den Massivbaustoffen.“ Mit der guten CO₂-Bilanz bei der Herstellung, der Funktion als natürliche Klimaanlage und seiner langen Lebensdauer sei der Ziegel einer der klimafreundlichsten Baustoffe.

Massivbau-Praxisbeispiel Kindergarten Geisenfeld

Architekt Hans Finsterer machte deutlich, wie öffentliche Gebäude umweltfreundlich, preisbewusst und langlebig gebaut werden können: „Nachhaltigkeit beginnt bei einer vorausschauenden und flächensparenden Planung, setzt sich fort in der Wahl der Baumaterialien und endet in der langen Nutzbarkeit des Gebäudes.“ Am Beispiel eines Kindergartens in Geisenfeld im Landkreis Pfaffenhofen beschrieb er den positiven Einfluss der massiven Ziegelbauweise auf Raumklima, Wärmedämmung und Schallschutz. „Die Planung in dieser konventionellen Bauweise spart Bauherren auch Geld, weil die Handwerker ihren Aufwand auf der Baustelle so genauer kalkulieren können.“ Außerdem sei zum Beispiel keine Vorfertigungszeit wie bei Holzbauten nötig.

Schließlich sprach Doris Schmid-Hammer, Leiterin des Sachgebiets Wohnungswesen der Regierung von Oberbayern, über Fördermöglichkeiten im kommunalen Wohnungsbau durch den Freistaat Bayern. Auch in den eher ländlich geprägten Gegenden sei es inzwischen schwer, eine günstige Wohnung zu finden, sagte die Bauverwaltungsexpertin. „Darum gibt es ein Wohnungsbauförderprogramm speziell für Kommunen. Mit Zuschüssen und Darlehen unterstützt der Freistaat die Gemeinden dabei, selbst Wohnraum zu planen und zu bauen. Das Programm bietet bewusst große Gestaltungsspielräume, in denen Projekte je nach konkretem Bedarf umgesetzt werden können.“

600.000 Euro für Buch am Erlbach

Zuschuss aus Bund-Länder-Städtebauförderung für Neubau des Bürgersaals

Die Stärkung des Ortskerns von Buch am Erlbach wird in diesem Jahr mit 600.000 Euro gefördert. Wie der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner (CSU) mitteilt, fließt das Geld im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt in den Neubau des Bürgersaals und die Aufwertung des Rathausumfelds.

„Der Bund und der Freistaat stehen zu ihrer Verantwortung, die Kommunen bei der Weiterentwicklung ihrer Zentren zu unterstützen“, betont Oßner. Projekte wie das in Buch seien wichtig für die Städte und Gemeinden.

„Die Modernisierungen steigern die Wohn- und Lebensqualität, was ein entscheidender Standortfaktor für den ländlichen Raum ist. Außerdem tragen



Die Expertenrunde mit Peter Hülsen vom Bayerischen Ziegelindustrie-Verband, Thomas Batz von den Leipfinger-Bader Ziegelwerken, Landrat Anton Knapp, Doris Schmid-Hammer von der Regierung von Oberbayern, Stadtrat Karl Spindler, Bauingenieur Raimund Griebel und Architekt Hans Finsterer (von rechts).

Meisterhaft:

Das Siegel für nachgewiesene Fachkompetenz am Bau

Der Meistertitel hat durch die 2004 liberalisierte Handwerksordnung stark gelitten: Die Abschaffung der Meisterpflicht für 53 von 94 Handwerken hat dazu geführt, dass es immer mehr Handwerksbetriebe gibt, die von unzureichend qualifizierten Inhabern geführt werden. Die Altgesellenregelung und das Kleinunternehmergesetz verwässern die mit dem Meistertitel verbundenen Kompetenzvorsprünge. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob sich Angelernte innerhalb kürzester Zeit dieselben Kenntnisse aneignen können wie Betriebsinhaber mit Meistertitel.

Es ist deshalb gar nicht so einfach, unter den zahlreichen Handwerksunternehmen ein qualifiziertes zu finden. Auf der sicheren Seite ist der Bauinteressierte mit der Wahl eines Innungsbetriebs. Denn Innungsbetriebe sind solide geführte Familienunternehmen, die von ihrem guten Ruf vor Ort leben und langfristig wirtschaften. Gefunden werden können diese über das Online-Portal „Zimmermeister-Suche.de“: Einfach die eigene Postleitzahl eingeben und einem Suchradius auswählen – sofort erscheint eine Liste aller Innungsbetriebe in der Region mit Adresse, Telefonnummer und Homepage.

Kontinuierliche Weiterbildung

Ein weiteres Kompetenzmerkmal ist das Meisterhaft-Siegel der Deutschen Bauwirtschaft. Nur die Fachbetriebe der Innungen erhalten diese Auszeichnung für nachgewiesene Fachkompetenz am Bau. Die Initiative greift bundesweit vom Brunnenbauer bis zum Zimmerer und zeichnet die kontinuierliche Weiterbildung innerhalb eines Bauunternehmens aus. Dadurch dokumentieren sie, dass sie sich regelmäßig fachlich fortbilden, um dauerhaft fachgerechte Arbeit zu leisten.

Darüber hinaus muss das Unternehmen eine Meister- oder vergleichbare Qualifikation (z. B. Dipl.-Ing.) nachweisen und in die Handwerksrolle mit einem Vollhandwerk eingetragen sein. Dadurch ist sichergestellt, dass die Eintragungsvoraussetzungen nach § 1, § 7, § 7a bzw. § 8 der

Handwerksordnung erfüllt sind.

Das Zertifizierungssystem beinhaltet klare Vorgaben, welche Anforderungen ein Baubetrieb zu erfüllen hat. Dabei kann ein Betrieb verschiedene Sterne-Klassen erreichen:

- Betriebe der „Drei-Sterne-Klasse“ bilden sich regelmäßig auf besonderen Informationsveranstaltungen von Innung und Verband weiter. Dadurch sind sie immer auf dem neuesten Stand der Technik.

- Für die „Vier-Sterne-Klasse“ haben sich die Unternehmen darüber hinaus zur ständigen Fortbildung und betrieblichen Eigenüberwachung verpflichtet. Sie besuchen Tagesseminare, um betriebliche Schwerpunkte gezielt zu vertiefen.
- Die „Fünf-Sterne-Klasse“ setzt zusätzlich eine externe Fremdüberwachung durch unabhängige Prüfinstitute voraus.

Alle zwei Jahre werden die Aktualität von Status und Sternen der Meisterhaft-Betriebe überprüft. Überwacht wird das Zertifizierungsverfahren durch die Zertifizierung Bau GmbH, eine der führenden unabhängigen Zertifizierungsstellen im Bauwesen mit Sitz in Berlin.

In Bayern beteiligen sich deutlich mehr als 600 Zimmerer- und Holzbaubetriebe an der Initiative Meisterhaft. Davon tragen 320 Betriebe das Drei-Sterne-Zeichen, rund 250 Betriebe sind mit vier Sternen ausgezeichnet und fast 90 Betriebe führen fünf Sterne. Die Anzahl der Sterne ist im Meisterhaft-Logo abgebildet.

Der Bau-Guide ist 2019 bereits in 3. Auflage erschienen und richtet sich an private, gewerbliche und öffentliche Bauherren, Architekten und Baufinanzierungsinstitute. Auf 44 Seiten sind die aktuellen Meisterhaft-Betriebe zu finden, um diese bei der Ausschreibung von Bauleistungen und Bauvergabe besonders berücksichtigen zu können.

Der Bau-Guide lag Ausgabe 18/2019 der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Weitere Exemplare können kostenfrei angefordert werden bei: Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks, Eisenacher Straße 17, 80804 München, Telefon: +49 (89) 36085-0, Fax: +49 (89) 36085-100, E-Mail: jassenbeck@zimmerer-bayern.com

Betriebe und Sachverständige vor Ort können auch über <https://www.zimmerer-bayern.de/betriebe-und-sachverstaendige-vor-ort.html> gefunden werden.

Meisterhaft

MIT UNS BAUEN SIE BESSER



Bau-Guide

3. Ausgabe



Das Siegel für nachgewiesene Fachkompetenz am Bau

„Mein Leben findet Innen statt“

Aktionswoche Innenorte mit gemeinsamer Ratssitzung der Allianz Aurach-Zenn

Stieß schon der Start der „Aktionswoche Innenorte“ unter dem Motto „Mein Leben findet Innen statt“ auf reges Interesse, so war auch die gemeinsame Sitzung der sieben Ratsgremien der Allianz Aurach-Zenn „ein Novum und gleich ein voller Erfolg“, so Sprecherin Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin von Markt Erlbach (Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim). Prominentester Gast war Christian Schmidt, Wahlkreisabgeordneter im Deutschen Bundestag und als ehemaliger Landwirtschaftsminister auch für „gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land“ mit zuständig.

Die Allianz Aurach-Zenn besteht aus den Märkten Emskirchen, Markt Erlbach, Neuhaus a.d. Zenn und Oberzenn sowie den Gemeinden Hagenbüchach, Trautskirchen und Wilhelmsdorf. Ein dickes Lob erfuhren deren Aktivitäten mit dem Ziel, durch gemeindeübergreifende Konzepte und verstärkter kommunaler Zusammenarbeit die Standortpotenziale auszubauen. Im Rahmen des „Integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes“ (ILEK) sollen dabei die ländlichen Räume als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum weiterentwickelt werden. Christian Schmidt: „Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürgermeistern, Gemeinderäten und Behörden hat hierbei schon enorm viel erreicht“, was die sieben Allianz-Bürgermeister übereinstimmend bei der Vorstellung ihrer umgesetzten und geplanten Projekte bekräftigten.

Für den früheren Bundesminister heißt „gleichwertig nicht gleich, denn keine Gemeinde und kein Vorhaben ist mit anderen direkt vergleichbar“. Schmidt legte Wert darauf, dass „nach dem heutigen Verständnis der Raumordnung bei allen Maßnahmen das Land nicht gegen die Städte ausgespielt werden darf“. Der ländliche Raum müsse aber Siedlungsgebiet bleiben und „nicht nur zur Erholung der Stadtleute“ dienen. „Respekt, was die bayerische Landesentwicklung hier macht“, so Schmidt mit Verweis auf die zahlreichen Initiativen.

In den zehn Jahren ihres Bestehens habe die Allianz Aurach-Zenn schon zahlreiche Fördertöpfe angezapft, „und das geht halt nur im Verbund und gemeinsam“, so Bürgermeisterin Birgit Kreß bei ihrer Begrüßung. Landrat Helmut Weiß, bei der Gründung damals als Bürgermeister von Oberzenn erster Sprecher der Allianz, brachte seine Wertschätzung „für die tolle Arbeit“ zum Ausdruck. „Wir müssen gemeinsam das Bewusstsein für gutes Leben in Ortskernen schärfen und damit gegen das drohende Ausbluten mancher Innenorte vorsorgen“.

Nachverdichtung ist auch Neuentwicklung

In Fachvorträgen wurde die Verzahnung der beteiligten Behörden deutlich. Professor Dr. Mark Michaeli, Inhaber des Lehrstuhls für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land der Technischen Universität München, plädierte dafür, die Infrastruktur in der Fläche zu belassen bzw. auszubauen und Zentralisierungstendenzen entgegenzuwirken. Er outete sich als „Fan vieler bayerischer Ideen“ für die ländliche Entwicklung, als Schweizer zeigte er aber auch manche nach seiner Meinung vorbildliche Vorgehensweise in seiner Heimat auf. Auf der Grundlage einer noch nicht veröffentlichten Studie beleuchtete er die demografische Entwicklung und richtete an Beispielen für „neue Wohnformen und ganzheitliches Bauen“

den Blick in die Zukunft.

Nach seiner Meinung bieten Veränderungsprozesse auch Chancen und Perspektiven für künftige Entwicklungen. An allen Planungen sollten die Bürger frühzeitig beteiligt werden und es müsse verdeutlicht werden, dass „Nachverdichtung auch Neuentwicklung bedeuten kann“. Professor Michaeli appellierte an die etwa 100 Kommunalpolitiker, sich in ihren Kommunen rechtzeitig Gedanken über die Strukturen, die weitere Entwicklung und die Mobilität zu machen, am besten im Benehmen mit Nachbargemeinden. Erstaunt waren die Räte über ein Ergebnis der Studie, wonach oftmals die Vorstädte in der Nähe von Großstädten schlechter versorgt seien, als der ländliche Raum.

Über verschiedene Fördermöglichkeiten informierte Diplomingenieur Gerhard Jörg, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung in Mittelfranken. Derzeit seien im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim 43 Verfahren am Laufen und allein in 2018 seien hierfür mehr als sechs Millionen Euro an Zuschüssen ausgereicht worden. Für Jörg ist das auch „eine Stärkung des heimischen Handwerks“, zumal fast ausschließlich Betriebe aus der Region zum Zuge kämen. Attraktive Wohnquartiere mit Grünflächen würden lebendige Ortskerne generieren und Flächen im Außenbereich schonen.

Interkommunale Zusammenarbeit fördern

Der immer wieder beschriebene Flächenverbrauch muss nach Ansicht des Stimmkreisabgeordneten im Bayerischen Landtag, Hans Herold, neu und mehr an Fakten orientiert definiert werden. Unterschiedliche Berechnungsmethoden führten zu Verunsicherungen, denn vielfach würden als Flächen-

verbrauch auch Gärten in Neubaugebieten, Sportanlagen oder Friedhöfe mit eingerechnet.

Vom bei der Regierung von Mittelfranken angesiedelten Referat für Städtebauförderung berichtete auch Ralf Spyrä über die verschiedenen Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit sah er auch „Möglichkeiten zur Anpassung von Strukturen“, was bei den Kommunalpolitikern zu hörbarem Raunen führte, weil eine „neue Gebietsreform“ wohl auf wenig Gegenliebe stößt. Nach Spyras Meinung könnten aber beispielsweise mit einer gewissen Aufgabenverteilung Kräfte gebündelt und Ressourcen geschont werden. Und mit gemeinsamem Flächenmanagement könnte der Run auf so genannte „Ausgleichsflächen“, die für Neubaugebiete ausgewiesen werden müssen, kanalisiert werden.

Bei der Innenentwicklung geht es einerseits um die Reduzierung des Flächenverbrauchs durch die Nutzung von Leerständen und Baulücken, andererseits aber auch um die Verbesserung der Lebensqualität in Kernorten. „Ohne Mitwirkung der Bevölkerung geht das aber nicht“, so unisono die Redner, die sich von den Aktionstagen entsprechende Impulse erhoffen. Die Aktionstage Innenentwicklung gab es mit unterschiedlichen Akzenten auch in anderen Gemeinden des Landkreises Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. So zum Beispiel in Scheinfeld und Offenheim mit Ortsrundgängen zu verschiedenen Objekten, einer historischen Wanderung in Gutenstetten, einem „kulinarischen Spaziergang“ in Diespeck und in Weigenheim wurde anhand gelungener Beispiele gezeigt, wie ehemals landwirtschaftliche Anwesen sinnvoll umgenutzt werden können. □



Von links: Bundesminister a.D. Christian Schmidt, Professor Mark Michaeli, Bürgermeisterin Dr. Birgit Kreß und Landrat Helmut Weiß.

Text und Bild: pmw

Fünftes staatliches Gymnasium für Landkreis Dachau

Im Landkreis Dachau soll ein fünftes staatliches Gymnasium neu errichtet werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat haben ihre Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag des Schulaufwandsträgers Landkreis Dachau erteilt.

„Bayern investiert kräftig in die Bildung: Rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens steht weiterhin für die Bildung zur Verfügung“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Mit der Zustimmung zur Errichtung des neuen Gymnasiums werde der Bedarfslage im Landkreis Dachau Rechnung getragen. „Der Neubau des Gymnasiums kann im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gefördert werden“, kündigte Füracker an. Die staatliche Investitionsförderung von öffentlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen nimmt im kommunalen Finanzausgleich einen hohen Stellenwert ein und trägt wesentlich

dazu bei, dass diese Gebäude im notwendigen Umfang bereitgestellt werden können.

Große Nachfrage in der Region

„Mit dem neuen Gymnasium bieten wir unseren jungen Menschen im Landkreis weitere interessante Bildungsmöglichkeiten und begegnen aktiv der großen Nachfrage in der Region. Damit haben wir auch im Blick, dass die bestehenden umliegenden Gymnasien bereits gut ausgelastet sind und die Zahl der Jugendlichen im Gymnasialalter im Landkreis Dachau nach Prognosen weiter ansteigen wird“, ergänzte Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo. □

Interkommunale Allianz Oberes Werntal:

So gelingt dörfliche Innenentwicklung

Um den Flächenverbrauch einzudämmen, setzt Bayern seit Jahren verstärkt auf die Innenentwicklung der Kommunen. Dass dieses Konzept zur Belebung der Ortskerne wirksam und erfolgreich ist, belegt eine aktuelle Studie, die Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber vorgestellt hat.

Für die Untersuchung wurde die Entwicklung der zehn Gemeinden der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal (Landkreis Schweinfurt) zwischen 2008 und 2017 wissenschaftlich begleitet und ihre Anstrengungen zur flächensparenden Innenentwicklung ausgewertet. Die Kommunen hatten sich verpflichtet, vorrangig die Ortskerne zu entwickeln, die Potenziale flächendeckend mit der Flächenmanagement-Datenbank und dem Vitalitäts-Check (Flächenutzung, Bevölkerungsentwicklung, Versorgung oder Arbeitsmarkt etc.) zu erfassen sowie leerstehende Gebäude und Baulücken konsequent zu nutzen. Begleitet und unterstützt wurde die Entwicklung durch das Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken.

Das Ergebnis: Allein in diesen Kommunen wurden die Neuausweisung von 50 Hektar Land und 270 Leerstände vermieden. Zudem wurden den Bürgern insgesamt über vier Mio. Euro für Straßen, Kanalisation, Stromleitungen und Wasserleitungen erspart.

Im Einzelnen zeigt die Bilanzierung im Zeitraum 2008 bis 2017, dass besonders hohe Aktivierungsraten bei den Wohngebäudeleerständen (59 %) anzutreffen sind. 102 von 173 Leerständen sind wieder bewohnt. 40 % der leerstehenden Hofstellen sind wieder in Nutzung gebracht (61 von 152 Hofstellen) sowie rund 33 % bzw. 31 % der Hofstellen mit Restnutzung (178 von 543) und der Hofstellen ohne Hofnachfol-

ger (17 von 54). Bei der Aktivierung der Hofstellen ist besonders ins Blickfeld zu rücken, dass die häufigste Nachnutzung Wohnen häufig mit „nur“ einer Wohneinheit anzurechnen ist, gleichzeitig jedoch die Hofstellen große Teile der Ortskernbereiche einnehmen und deren Wiedernutzung – verbunden mit Sanierung, Pflege und Belebung – „weiträumig“ zur Aufwertung im Ortskern führt.

Wirksames Konzept

545 Grundstücke konnten einer Bebauung zugeführt werden (30 % von 1.814 Baulücken 2008). Von den 2008 vergleichsweise wenigen erfassten Gewerbebrachen mit Restnutzung konnte mehr als die Hälfte wiedergenutzt werden (6 von 11). Die im Vergleich insgesamt höchste Aktivierungsquote an innerörtlichen Potenzialen liegt bei 48 % der 2008 erfassten Potenziale. Bemerkenswert ist, dass alle Kommunen mindestens ein Viertel ihrer Potenzialflächen 2008 (wieder) in Nutzung haben.

Die seit 2008 neu entstandenen Innenentwicklungspotenziale halten sich in Grenzen (insgesamt 357 Potenziale), zumal fast die Hälfte dieser Flächen von einer Kommune rückgemeldet wurden und es sich um Leerstandrisiken handelt, d. h. Wohngebäude, bei denen aufgrund des Alters der Bewohner ein Generationswechsel ansteht, der jedoch nicht zwingend in einen Leerstand führen muss. Allerdings deuten 80 neu hinzugekommene

ne Wohngebäudeleerstände auf einen Handlungsbedarf hin, der auch in Zukunft bestehen bleibt.

Die Bilanz der Innenentwicklung im Vergleich 2008 zu 2017 zeigt jedoch auch, dass noch in großem Umfang Innenentwicklungspotenziale vorhanden sind. Insgesamt stehen rechnerisch in der interkommunalen Allianz noch 2.221 Potenzialflächen oder Gebäude „zur Verfügung“ (rund 201 Hektar), wenn auch Eigentumsinteressen und sonstige Rahmenbedingungen in vielen Fällen einer kurzfristigen Verfügbarkeit im Sinne von Verkauf oder Eigennutzung entgegenstehen. Beispielhaft sei hier auf die nach wie vor 1.269 vorhandenen Baulücken verwiesen.

Wichtig für die Beurteilung der Siedlungsentwicklung in der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal ist zudem, in welchem Umfang Neubaugebiete am Siedlungsrand entwickelt wurden. Hier sind seit 2008 in insgesamt acht Gemeinden bzw. deren Teilorten Neubaugebiete erschlossen worden, in denen von der Größenordnung her Baugebiete zwischen 2 und 32 Bauplätzen entstanden sind. In zwei Kommunen wurden 2 bis 5 Bauplätze bereitgestellt. Überschlägig ermittelt wurden so 141 Bauplätze angeboten, von denen der Großteil der Bauplätze (94) bereits bebaut ist.

„Diese Studie belegt eindeutig, welches Potenzial in der Innenentwicklung und der Ortskernbelebung stecken. Wenn, wie hier, alle an einem Strang ziehen und konsequent das Ziel Flächensparen verfolgen, kann sehr viel erreicht werden“, hob Ministerin Kaniber hervor. Dieses Engagement sei beispielgebend für den ländlichen Raum. DK



Wir machen uns stark für die Kommunen.

Intelligente Lösungen für Kommunkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ▶ www.bayernlb.de/oeffentliche_hand

Neues Leistungsbild der BayernGrund

GZ-Interview mit Geschäftsführer Franz Schonlau

Die Einstellung des bewährten Finanzierungsmodells auf der Basis von Geschäftsbesorgungsverträgen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat nicht nur bei BayernGrund, sondern auch in zahlreichen bayerischen Kommunen zu einer deutlichen Zäsur geführt. Diesen Einschnitt hat die Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungs-GmbH als Chance begriffen und mit neuen Produkten ihr Dienstleistungsangebot für die bayerischen Kommunen ausgeweitet und damit auch neue Finanzierungslösungen geschaffen, wie Geschäftsführer Franz Schonlau im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

GZ: Die BayernGrund hat ihr Produktportfolio runderneuert und sich noch stärker als Dienstleister ausgerichtet. Was ist der Hintergrund für diese Neuausrichtung?

Schonlau: Wir haben bereits seit längerem beobachtet, dass die Ressourcen der Kommunalverwaltungen kaum mehr ausreichen, neben der Vielzahl von Aufgaben auch noch zusätzliche Projekte zu bearbeiten. Die Beendigung der alten Finanzierungsverträge durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat dann den entscheidenden Impuls gegeben. Aufbauend auf den Erfahrungen

aus vielen Projektbetreuungen als Sanierungs- und Entwicklungsträger sowie den Erschließungsträgerschaften wurde insbesondere das kommunale Baumodell entwickelt. Auch für den direkten Grundstückserwerb durch die Kommune wurde eine neue Lösung gefunden. Insgesamt können für alle wegfallenden Finanzierungslösungen mindestens gleichwertige Alternativen angeboten werden.

GZ: Wie sieht dann das Leistungsbild der BayernGrund aus?

Schonlau: BayernGrund bietet ein Paket rund um die kommunale Immobilienentwicklung an. Im Bereich des Grunderwerbs

unterstützt BayernGrund mit zwei Modellen, einmal für den Zwischenerwerb (z.B. für Baulandentwicklung) mit einer umfangreichen Dienstleistungspalette und einmal für den Direkt-erwerb durch die Kommune. Der Bereich Städtebauliches Pro-



Franz Schonlau.

jektmanagement bietet neben der umfangreichen städtebaulichen Entwicklung von Satzungsgebieten nach BauGB (Sanierungs- und Entwicklungsträger) die Entwicklung von Brach- und

Konversionsflächen sowie umfangreiche Dienstleistungen bei der Bauland- und Projektentwicklung. Als Erschließungsträger entwickelt BayernGrund Flächen unterschiedlicher Größen und Investitionsvolumen.

Mit dem neuen Baumodell übernimmt BayernGrund für die Kommune die Umset-

zung von kommunalen Baumaßnahmen (Bauamt auf Zeit). Dabei handelt es sich um Hochbaumaßnahmen vom Kindergarten bis zum kommunalen Wohnungsbau, aber auch um Sanierung/Neubau von Abwasserleitungen und Kläranlagen.

GZ: Wie war die Reaktion der Verwaltungen und Bürgermeister?

Schonlau: Kommunen sind froh, das „Bauamt auf Zeit“ zur Umsetzung von Projekten nutzen zu können, die trotz vorhandener Finanzierungsmittel aufgrund knapper personeller Ressourcen

nicht realisiert werden könnten, aber auch zur Überwindung von Engpässen im Haushalt dient.

GZ: Wie sieht Ihre Dienstleistung im Baumodell konkret aus?

Schonlau: Die BayernGrund



Das BayernGrund-Leistungsbild.

schlüpft in die Bauherrenrolle der Kommune und übernimmt Aufgaben der Bauverwaltung. BayernGrund führt die notwendigen Vergabeverfahren durch, beauftragt Planungs- und Bauleistungen und steuert das Gesamtprojekt. Die Vorfinanzierung über ein kreditähnliches Rechtsgeschäft nach Art. 72 BayGO ist inkl. einer Stundung jederzeit möglich.

Ganz wichtig: Die Kommune bleibt immer „Herr des Verfahrens“ und bestimmt Qualität und Quantität der Bauausführung.

Kommunale Hochbaumaßnahmen:

Fast 10 Millionen Euro für Landkreis Günzburg

Auch in diesem Jahr unterstützt der Freistaat Bayern wieder kommunale Hochbaumaßnahmen im Landkreis Günzburg. Der Landkreis Günzburg, die Städte Günzburg und Krumbach, die Märkte Jettingen-Schepach und Offingen, die Gemeinden Aletshausen, Bibertal, Kammeltal, Kötz und Röfingen sowie der Schulverband Thannhausen erhalten Zuweisungen nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) für kommunale Hochbaumaßnahmen in Höhe von insgesamt 9.787.000 Euro. Dies teilt der Landtagsabgeordnete Alfred Sauter mit.

2,54 Millionen Euro erhält der Landkreis Günzburg für die Generalsanierung und den Umbau des Sempert-Kraemer-Gymnasiums in Krumbach. 2,18 Millionen Euro dienen der Erweiterung und Sanierung des Dossenberger-Gymnasiums in Günzburg. Weitere 2,65 Millionen Euro werden für den Ersatzneubau der Staatlichen Fachoberschule und Berufshochschule in Krumbach bereitgestellt.

Mit einem Baukostenzuschuss in Höhe von 40.000 Euro unterstützt der Freistaat Bayern die Stadt Günzburg bei der Errichtung von Kindergartenplätzen durch das Bezirksklinikum Günzburg. 142.000 Euro bekommt die Stadt Günzburg für die Generalsanierung der Herrenwaldhalle Reisenburg (Sporthalle der Grundschule) sowie einen Baukostenzuschuss von 50.000 Euro für den Umbau und die Erweiterung des evangelischen Reggio-Kinderhauses. Die Stadt Krumbach kann sich über 495.000 Euro für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Billenhausen sowie über 50.000 Euro für die Generalsanierung der Freisportanlagen am Schul- und Sportzentrum Krumbach freuen.

Der Markt Jettingen-Schepach wird mit 117.000 Euro für die Erweiterung des Kindergartens St. Ulrich in Schepach unterstützt. Eine Förderung in Höhe von 96.000 Euro erhält der Markt Offingen für den Ersatzneubau der Kindertagesstätte in Offingen.

Die Gemeinde Aletshausen bekommt für den Umbau und die Erweiterung des Kindergartens 180.000 Euro, die Gemeinde Bibertal für die Erweiterung des Kinderhauses St. Mauritius in Kissendorf 70.000 Euro. Für die Sanierung und die Erweiterung des Kindergartens Sebastian Kneipp im Kloster Wethausen erhält die Gemeinde Kammeltal eine Förderung in Höhe von 250.000 Euro. Der Gemeinde

GZ: Welche Projekte übernehmen Sie im neuen Baumodell?

Schonlau: Aktuell errichten wir mehrere Kindergärten und -tagesstätten, begleiten kommunale Wohnungsbauprojekte und bauen ein Kanalnetz. Gemeinsam mit einem renommierten Projektsteuerungsbüro setzen wir Neubau und Sanierung von Kläranlagen sowie des angeschlossenen Druckleitungssystems um.

GZ: Ein sehr breites Spektrum. Wie steht es um den Einsatz von Fördermitteln?

Schonlau: Fördermittel stellen einen wichtigen Baustein bei der Realisierung von kommunalen Baumaßnahmen dar. Wir haben im Vorfeld mit den zuständigen Fördermittelstellen in den Ministerien unser Modell im Hinblick auf Fördermittelkonformität abgestimmt. Ich kann Ihnen bestätigen, dass die Beauftragung der BayernGrund ohne Auswirkung auf die Förderfähigkeit der Maßnahme möglich ist.

GZ: Wie ist Ihr Ausblick auf die nächsten Monate?

Schonlau: Wir nehmen ein großes Interesse und Bedarf an Dienstleistungen bei der Realisierung kommunaler Baumaßnahmen wahr. Unsere Repräsentanten unterbreiten gerne individuelle Angebote und stehen für Detailfragen zur Verfügung. Auch auf der Kommunale 2019 in Nürnberg stehen wir gerne für ein Gespräch und Informationen zur Verfügung.

Regionaler Planungsverband München:

Plädoyer für Flächennutzung mit Maß und Ziel

Eine Reihe von Forderungen für eine nachhaltige und zielgerichtete Flächeninanspruchnahme in Bayern hat der Regionale Planungsverband München (RPV) in seiner Planungsausschusssitzung in der Gemeinde Oberhaching unter der Leitung von RPV-Verbandsvorsitzendem und Erstem Bürgermeister Stefan Schelle beschlossen. Zudem wurde die Staatsregierung in einer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes gebeten, die im Forderungskatalog enthaltenen Vorschläge für eine nachhaltige Flächennutzung zu berücksichtigen.

Eine staatlich verordnete Flächenverbrauchsobergrenze mit Flächenzuweisungen an die Gemeinden wurde vom RPV bereits in der Planungsausschusssitzung vom Juni 2019 abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass sie den unterschiedlichen Bedarfen der Städte und Gemeinden nicht gerecht wird und gegen die kommunale Planungshoheit verstößt. Laut RPV wird in der Region München bereits mit besonderer Verantwortung flächensparend Stadt-, Orts- und Regionalentwicklung betrieben. Im neuen Regionalplan sei ein entsprechender effizienter und nachhaltiger Umgang mit Flächen normiert.

Der Umgang mit Flächennut-

zung dürfe nicht mittels eines einzigen Kriteriums, scheinbar einfach, geregelt werden. Ökologische Festlegungen, wirtschaftliche Bedarfe und soziale Aspekte seien gleichrangig und müssten in eine Regelung zur Flächennutzung auch gleichgewichtig eingehen.

Versiegelte Fläche als Maßstab

Um die Flächennutzung sinnvoll zu steuern, sei als Maßstab von der tatsächlich versiegelten Fläche auszugehen. Dafür sprächen auch Aspekte wie Hochwasserschutz, Auswirkungen des Klimawandels und Biodiversität. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche eig-

ne sich nicht dafür. Sie enthalte Freiflächen wie Parks und Grünanlagen; dazu zähle beispielsweise der Englische Garten in München.

„Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nicht das, was wir als Betonflut sehen, das ist viel Freifläche, auch die Streuobstwiese, die als Ausgleichsfläche, für den Kindergarten angelegt wurde“, erläuterte RPV-Verbandsvorsitzender Schelle. „Der Druck auf diese Grünflächen innerhalb bestehender Bebauung wird dann immer stärker.“ In Bayern sind lediglich 50 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche versiegelt. „Wir regen an zu prüfen, ob für die Definition und Erfassung einer versiegelten Fläche die satellitengestützte Erfassung der Bodenversiegelung in Bayern, wie sie das Bayerische Landesamt für Umwelt in Zusammenarbeit mit der DLR erarbeitet hat (zuletzt 2017), geeignet ist“, heißt es weiter.

Wie der RPV zudem beschloss, darf die Inanspruchnahme von Flächen mit einer entsprechenden Versiegelung, auf die die kommu-

nale Planung keinen bestimmten Einfluss hat, nicht den Kommunen und auf mögliche Kontingente angerechnet werden. Begrenzungen von Flächeninanspruchnahme gelten aus Sicht des Verbandes nicht für Siedlungs- und Verkehrsflächen in rechtswirksamen Flächennutzungsplänen. Die Kommunen hätten ihre Flächennutzungspläne im Rahmen ihrer Planungshoheit nach aufwändigen Anhörungen und intensiven Bürgerbeteiligungsverfahren beschlossen. Sie seien vom Freistaat Bayern genehmigt worden. Die Gemeinden müssten unbedingt für diese langfristig angelegten Zukunftsperspektiven einen Vertrauensschutz bekommen.

Kommunale Planungshoheit im Visier

Wie Stefan Schelle ausführte, sei die kommunale Planungshoheit sehr wichtig, weshalb den Kommunen nur die Planungen auf mögliche Kontingente angerechnet werden sollen, die sie tatsächlich verantworten. Außen vor bleiben müssten staatliche Planungen wie etwa Staatsstraßen, Schieneninfrastruktur, weiterführende Schulen oder privilegierte Vorhaben nach § 35 Baugesetzbuch wie Windräder oder Aussiedlerhöfe. Andernfalls stünden den Gemeinden zu geringe Flächenverbrauchskontingente zur Verfügung.

Bei der künftigen Versiegelung von Flächen spricht sich der Planungsausschuss für eine Gewichtung aus, damit öffentliche Aufgaben und die Sicherheit gewährleistet sind. Für Gemeindebedarfsflächen wie etwa Kitas, Schulen, Radwege, den Nahverkehr oder Feuerwehreinrichtungen müsse ein niedrigerer Faktor gelten als etwa für den geförderten oder den allgemeinen Wohnungsbau. Den höchsten Faktor fordert der RPV für Gewerbeflächen. Zudem seien die städtebaulichen Strukturen der unterschiedlichen Kommunen zu beachten.

„Die genannten Bausteine müssen in einer einfachen Struktur umsetzbar gestaltet werden“, heißt es im Forderungskatalog. Dabei sei für Gemeinden ein Zeitfenster zur flexiblen Entwicklung komplementärer Flächennutzungen außerhalb ihrer bestehenden Flächennutzungspläne von mindestens fünf Jahren vorzusehen. **DK**

Ein Dach, das tut, was es soll

Richtfest für den Schulcampus in Unterföhring

Das Dach des neuen Schulcampus in Unterföhring tue, was es solle, lobte Landrat Christoph Göbel mit einem Augenzwinkern in Richtung Architekt und Bauarbeiter. Die Gäste waren darüber heilfroh, denn pünktlich zum Richtfest eines der größten und teuersten kommunalen Bauprojekte im Landkreis München hatte Petrus seine Schleusen weit geöffnet.

Gut 149 Mio. Euro wird die „Schule 4.0“, wie der Schulcampus gerne auch genannt wird, kosten. 70 Prozent der förderfähigen Kosten übernimmt der Landkreis. Eine Investition, die weit

über die Landkreisgrenzen von sich reden mache, wie der Landrat in seinem Grußwort zu berichten wusste. Allerdings auch eine „hervorragend angelegte Investition, wenn der Landkreis seine

wirtschaftliche Lokomotivfunktion behalten möchte“, so Göbel weiter. Damit hier pünktlich zum Schuljahr 2020/2021 Schüler und Lehrer ihre Arbeit aufnehmen können, werden zukünftig bis zu 600 Bauleute an der Fertigstellung des Schulcampus mitwirken.

Mit dem Schulcampus entsteht derzeit eine der modernsten Bildungseinrichtungen Bayerns für 1.400 Schüler, deren Konzept auf Jahrzehnte hinaus wegweisend sein soll. Das fünfzügige und neunstufige Gymnasium zeichnet sich u. a. aus durch große Klassenräume, Aufenthaltsräume zum eigenständigen Lernen und für Pausen sowie Schwerpunkt-Lernbereiche, die mit Innenhöfen thematisch zusammengefasst sind. Der Schulcampus ist barrierefrei konzipiert und inklusiv ausgerichtet: Schüler mit Einschränkungen im Hörvermögen können dort gemeinsam mit anderen Schülern lernen. Neben dem Gymnasium und der Grundschule sind auf dem Schulcampus noch ein Hort, eine Mittagsbetreuung und zwei Hausmeisterwohnungen untergebracht. **DK**



v.l.: Landrat Christoph Göbel, Unterföhrings 3. Bürgermeister Johann Zehetmair, 2. Bürgermeisterin und designierte Schulleiterin des neuen Gymnasiums Betina Mäusel, der Ministerialbeauftragte für die Gymnasien in Oberbayern-Ost Richard Rühl, sowie Architekt Manfred Felix. **DK**

Ein Quadratmeter Qualität

Umweltminister Thorsten Glauber im Münchner Presseclub
Diskussion mit Architekten und Landschaftsplanern

Neben Flächenfraß und Zersiedelung stellt der Klimawandel Architekten und Stadtplaner vor die Herausforderung: wie wandeln sie Städte zu Frischluftpendern und welche politische Unterstützung brauchen die Kommunen? Über Sozial- und Wirtschaftsstrukturen und die Frage nach einer bewusst gestalteten Umwelt diskutierte im Münchner Presseclub Bayerns Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber mit Architekten und Landschaftsplanern.

„Stellen Sie sich vor, Sie entnehmen der Erde einen Quadratmeter und dann bebauen Sie ihn mit Qualität!“ Diese Aufforderung bekam Thorsten Glauber zu Beginn seines Architekturstudiums von seinem Professor. Inzwischen ist er Umwelt- und Verbraucherminister und es liegt mit in seiner Verantwortung, diesen einstigen Appell mit Leben zu füllen. „Ich halte es für enorm wichtig, dass Planer und Architekten nicht nur im Feuilleton erscheinen, sondern in der Tagespresse – weil wir Bestandteil einer Qualitätsgesellschaft sind. Doch der Wettlauf der Kommunen untereinander um Flächen führt immer öfter zu seelenlosen Landschaften und Ortseingänge und nicht zu Qualität“, bedauerte Glauber. Als Kabinettsmitglied wirbt er deshalb für das Thema Flächenverbrauch und Landesentwicklung im politischen Diskurs.

Anregungen, wie Städte und Dörfer „vom Seelenlosen zu mehr Qualität“ gelangen, bietet seiner

Meinung nach das Buch „Kein schöner Land? Ein Diskurs zur Landesentwicklung“ zu dessen Autoren, Architekten und Stadtplaner gehören. Sie seien geradezu prädestiniert, die Landesplanung und Raumentwicklung mitzugestalten. Denn was diesen noch immer fehlt, gehört in der Architektur und im Städtebau seit Jahrzehnten zur Planungskultur: klare Regeln für den Bestandsschutz, gestalterische und ökologische Evaluationen, Bürgerbeteiligung und der Trend zu mehr Dichte anstelle eines größeren Flächenverbrauchs. „Dabei muss sich die Politik am Bestand orientieren und Flächen vor innen heraus neu entwickeln ohne sich hinter baurechtlichen Vorgaben zu verstecken“, appellierte Glauber.

Die Kommunalparlamente müsse man dabei an die Hand nehmen und motivieren. Dazu zählte der Verbraucherminister die 60 bis 90 Prozent hohen Förderquoten für die Sanierung der Ortskerne.

Hinzu kommen Entsiegelungsprämien für den Rückbau von Brachflächen, übergroßen Verkehrsflächen oder mindergenutzten Gebäuden.

„Kein schöner Land?“

Die Bayerische Landesentwicklung ist schon länger auf der Tagesordnung des Bundes Deutscher Architekten BDA Bayern. Es ist der Initiative der Architekten Michael Leidl und Dr. Jörg Heiler zu verdanken, dass mit dem Symposium „Kein schöner Land?“ bereits im Mai 2018 Experten zusammen kamen, um auch politisch – zum Beispiel mit der Einflussnahme auf das Landesentwicklungsprogramm LEP – aktiv zu werden. Ein Jahr später, Anfang Juni 2019, ist daraufhin die Buchpublikation „Kein schöner Land? Ein Diskurs zur Landesentwicklung“ erschienen. Sie dokumentiert das gleichnamige Symposium, das der BDA Landesverband Bayern in Kooperation mit der Bundesstiftung Baukultur und dem BDA Kreisverband Regensburg-Niederbayern-Oberpfalz 2018 in Landshut veranstaltete. Denn gebaute Realität und idealisierte Bildlandschaften bewegen sich zusehends auseinander. Für eine attraktive Entwick-

lungsperspektive müssen sich verantwortungsbewusste Akteure daher vor allem mit der Frage der Qualitäten der schon entstandenen und weiter entstehenden Räume in Städten, Dörfern und Kulturlandschaften auseinandersetzen.

So werden beispielsweise in der Landeshauptstadt München keine Einfamilienhausneubauten mehr gebaut, denn dort ist der Boden teuer – aber ist er auch wirklich wertvoller als in der Region? Gerade dieser Hitzesommer lässt Städter spüren, was der Klimawandel für das Leben und Wohnen in der Stadt bedeutet. In Kahl am Main wurden 40,4 Grad registriert, an 15 Orten fielen Rekordmarken – nach vorläufigen Messungen des Deutschen Wetterdienstes war es in Bayern so heiß wie nie seit Beginn der Aufzeichnungen.

Hilfe gegen Hitze: Fassadengrün

Die Anzahl der Hitzetage – in diesem Sommer waren es 30 – wird sich voraussichtlich in den kommenden 25 Jahren verdoppeln. Städte wie München brauchen also Konzepte wie Begrünung, doch Lösungen wie diese, können sich horizontal kaum noch ausbreiten. Und so wächst Stadtgrün mehr und mehr auch in die Höhe: Beranke Fassaden, gewaltige Elemente mit hängenden Gärten, mobile und platzsparende Mooswände. Vertikale Begrünung ist dabei keine Notlösung, sondern könnte die Lösung aus den Nöten der Städte sein. Denn Pflanzen geben bei der Fotosynthese Feuchtigkeit ab und kühlen sich sowie die Umgebung. Zugleich spenden sie Schatten. Eine bewachsene Fassade kann bis zu zehn Grad kühler sein als eine nicht bewachsene. Zudem reinigen Pflanzen die Luft und sie däm-

men Verkehrslärm. Ein Nachteil ist jedoch der zusätzliche Aufwand, denn Fassadengrün muss gepflegt werden.

Um solche Initiativen zu fördern, existiert in München bereits seit 1977 ein Programm. Zuschüsse gibt es beispielsweise für „eine Neugestaltung von Innenhöfen und Vorgärten, für die Begrünung von Dächern und Fassaden, die Entsigelung von Flächen sowie für eine naturnahe Begrünung von Firmengeländen“. Der Umfang des Förderprogramms nimmt laut Baureferat zu. Im Jahr 2017 lag die Fördersumme deutlich über 100.000 Euro. Zwei Jahre zuvor waren es nur knapp 40.000 Euro.

Keine Funktionstrennung

In der Diskussion deutete Landschaftsarchitekt Prof. Dr. Sören Schöbel beim Thema Stadtentwicklung auf die Bedeutung hin, neue Bauwerke in bestehende Strukturen einzufügen, so dass keine Retortenstädte entstehen. Fotograf und Urbanist Markus Lanz lenkte den Blick auf Räume, die sich aus ihrem Alltagsgebrauch ergeben und immer wieder bestätigt werden. Als Beispiel nannte er die Familie, die am Sonntagabend ins Fastfoodrestaurant an der Tankstelle einkehrt. Für ihn sei dies ein Hinweis darauf, dass auch solche Räume in der Peripherie Potential haben und es an der Gesellschaft läge, sie aufzugreifen und zu gestalten. Wichtig sei dabei der Austausch mit den Landräten, aber auch mit der kommunalen Ebene.

Architekt Jakob Oberpriller drängte bereits auf dem Symposium im vergangenen Jahr auf eine Reform des Flächennutzungsplans, um gemischte Nutzungen zukünftig zu ermöglichen. Für ihn liegt das Kernproblem in der Funk-

tionstrennung von Stadt und ländlichem Raum. „Nachdem in den Dörfern immer mehr Gastronomen keine Zukunft mehr für ihre Betriebe sehen, sind es jetzt die Landwirte. So bleibt Dörfern als einzige Funktion das Wohnen“, bedauerte er. Als mögliche Lösung schlug er vor, die Landwirtschaft zu privilegieren, beispielsweise indem landwirtschaftliche Betriebe in einer Art Gewerbegebiet zusammengefasst werden.

Der Flächenverbrauch in Bayern soll bis spätestens 2030 auf fünf Hektar pro Tag reduziert werden. Das sieht ein Maßnahmenkatalog vor, den die Landesregierung aus CSU und Freien Wählern (FW) Ende Juli 2019 beschlossen hat und den sie im Landesplanungsgesetz verankern will. „Die Verbindlichkeit halte ich für wichtig, dabei darf aber nicht nur Siedlungs- und Verkehrsfläche betrachtet werden, sondern 100 Prozent der Landschaften. Auf freien, un bebauten Flächen müssen wir zum Beispiel den Einsatz von Glyphosat diskutieren“, sagte Architekt Jörg Heiler.

Abschließend ging Glauber auf das Thema Straßenplanung ein. „Hier sind wir im Zuge des Flächenverbrauches mehr denn je auch auf Bundesebene gefordert neue Denkmalsätze anzustoßen“, sagte er. „Statt Jahrzehnte um eine Bundesstraße zu ringen, die nie gebaut wird, sollten wir über ortsnahe Lösungen auf Bestandsstraßen nachdenken“, schlug Glauber vor. Eine Anlaufstelle für Interessierte zum Thema Begrünungsmaßnahmen bietet zudem das „Begrünungsbüro“ des Vereins Green City. Eigentümer erfahren dort z.B., wie sie ihre Immobilien naturnäher gestalten können und welche technischen Möglichkeiten es auf Dächern oder an Fassaden gibt.

Anja Schuchardt

Tag des offenen Denkmals 2019:

Spiegel unserer Identität

Rund 800 Denkmäler in ganz Bayern konnten interessierte Besucher am Tag des offenen Denkmals besichtigen. Eröffnet wurde der jährlich stattfindende deutschlandweite Aktionstag von Kunstminister Bernd Sibler in Hengersberg, Landkreis Deggendorf. Das diesjährige Motto „Modern(e): Umbrüche in Kunst und Architektur“ griff das 100-jährige Jubiläum des Bauhauses auf.

„Denkmäler tragen einen Teil unseres kulturellen Erbes in sich. Sie sind ein Spiegel unserer Identität und machen unsere Geschichte und Vergangenheit im Hier und Heute präsent. Der Tag des offenen Denkmals ist eine wunderbare Möglichkeit, um diesen oftmals kaum bekannten oder wenig beachteten Schätzen in der eigenen Region nachzuspüren und sie zu entdecken“, betonte Sibler.

Zum Tag des offenen Denkmals wurden im Landkreis Deggendorf zwei Kirchenbauten aus den 1950er Jahren ausgewählt, die evangelische Friedenskirche in Hengersberg und die katholische Pfarrkirche St. Johannes der Täufer in Schöllnach. Die Funktionalität der Gebäude geht meist mit einem offenen und freien Grundriss einher und resultiert auch aus den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der damaligen Zeit. Relativ aufwändig hingegen war die Erweiterung der Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt in Außernzell in den frühen 1970er Jahren, bei der man bewusst eine Symbiose aus der gotischen Bausubstanz und den beiden seitlichen Anbauten geschaffen hat. Besichtigt werden konnten zudem das Kulturviertel der Stadt Deggendorf und das Museum Quintana in Künzing.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLFD) öffnete unter anderem seine Dienststelle in Thierhaupten. Dort konnte man bei Führungen das Bauarchiv kennen lernen, dessen Herzstück eine umfangreiche wie sehenswerte Sammlung historischer Bauteile ist. Deren Bandbreite reicht von Fragmenten römischer Gebäude bis zu Bauteilen des Münchner Olympiastadions. Darüber hinaus lud die Sonderausstellung „Energetische Ertüchtigung von Bestandsfenstern am Denkmal“ zu einem Rundgang ein.

Auf dem Programm stand zudem ein Blick auf 10 Jahre erlebte Geschichte im Bajuwarenhaus Burgweinting, Landkreis Regensburg. Im Jahr 2009 eröffnete das Bajuwarenhaus nach mehrjähri-

ger Bauzeit, die auch mit Rückschlägen verbunden war. Es ist der Versuch, frühmittelalterliche Siedlungskultur erlebbar zu machen. In Kooperation mit der Stadt Regensburg und der Veranstaltungsagentur Culthea fand nun ein umfangreicher Aktionstag statt.

In Treuchtlingen-Graben, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, wurden während einer kurzen Wanderung über die Dämme des Karlsgrabens neueste Forschungsergebnisse vorgestellt sowie Flora und Fauna erklärt, die sich seit dem Kanalbau im 8. Jahrhundert angesiedelt hat. Beim Karlsgraben, der Fossa Carolina, handelt es sich um eines der größten Wasserbauwerke des frühen Mittelalters nördlich der Alpen. Im Jahr 792/793 ließ Karl der Große diesen etwa 3 km langen Kanal errichten. Er sollte die schwäbische Rezat mit der Altmühl und damit die Flusssysteme des Rheins und der Donau miteinander verbinden. Das Denkmal ist eindrucksvoll erhalten.

Tradition und Moderne

Das Bezirksklinikum Kutzenberg im Landkreis Lichtenfels ist nicht nur ein modernes Fachkrankenhaus der Region Obermain, sondern auch ein Baudenkmal, dessen Geschichte bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreicht. In der Auftaktveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals in Oberfranken beleuchteten Vertreter des Bezirks Oberfranken und des Landkreises Lichtenfels sowie Akteure vor Ort dieses Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Mitarbeiter des BLFD gaben mit ihrem Beitrag zum Kommunalen Denkmalkonzept Kutzenberg einen Ausblick auf die herausfordernde Aufgabe der konzeptionellen Weiterentwicklung des historischen Ensembles.

Die unterschiedlichen Bau- und Kunststile im Nürnberger Stadtbild wurden am Tag des offenen Denkmals bei sieben Veranstaltungen gezeigt und erläutert: Schulgebäude in der Altstadt, vom Barock

bis zur Neuzeit, gaben Aufschluss über Lehr- und Lernmethoden, mit denen Kindern und Jugendlichen das Wissen für ihren Lebensweg vermittelt oder auch „eingetrichtert“ wurde. In einem Teil des ehemaligen Dominikanerklosters, wo einst Mönche beteten und arbeiteten, entstehen nun schicke Altstadtwohnungen. Nicht weit davon entfernt errichtete man auf den alten Grundmauern eines weltberühmten Patrizierwohnhauses einen seinerzeit hochmodernen „Archivalienturm“.

Ob in den Kirchen, Stadtpalästen oder Villen, ob auf Rundgängen oder Radtouren: Fachkundige Führer informierten auch in München engagiert über die Geschichte der Bauwerke, über Bewohner und Architekten, die Bedeutung und die heutige Nutzung. In der Landeshauptstadt nahmen über 30 Gebäude am Denkmaltag teil, so z. B. die Alte Münze (Altstadt), Hauptsitz des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, zudem die katholische Pfarrkirche St. Johannes von Capistran (Bogenhausen), ein kreisrunder Sichtsitzgelbau aus der Nachkriegszeit, das von 1715 bis 1718 errichtete Schloss Suresnes (Schwabing), das heute als Tagungshaus für die Katholische Akademie in Bayern dient, die Mohr-Villa (Freimann), die in einer Ausstellung historische Wohnbauten in Freimann wie sie früher einmal waren und wie sie heute sind präsentierte, sowie das Olympische Dorf (Milbertshofen), seit 1973 Wohnstätte für 8.000 Menschen im Olympiapark, der als Gesamtensemble seit 1998 unter Denkmalschutz steht.

Der Tag des offenen Denkmals findet seit 1993 jährlich am zweiten Sonntag im September statt und wird in Deutschland von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz koordiniert. Er ist der deutsche Beitrag zu den European Heritage Days, die unter der Schirmherrschaft des Europarats stehen und in allen europäischen Ländern von August bis Oktober stattfinden. An diesem Aktionstag können auch Kulturschätze, die üblicherweise nicht zugänglich sind, besucht werden. Damit wird auf die reiche Denkmallandschaft Deutschlands und die wertvolle Arbeit des Denkmalschutzes aufmerksam gemacht. DK



Willkommen in Halle 9, Stand 339
Kommunale 2019 in Nürnberg
16. - 17. Oktober 2019

Sanieren Sie auch denkmalgeschützte Gebäude mit 0% Zinsen!

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Wir unterstützen Sie bei der Finanzierung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit und ohne Denkmalschutz und dem energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre plus Tilgungszuschüssen (Stand 01.10.2019).

Informieren Sie sich jetzt unter ► bayernlabo.de.

Das Förderinstitut der BayernLB

► Bayern Labo



Das Holzgebäude wurde auf die Industriebrache einer alten Zementfabrik gebaut.

Bild: Erich Spahn/Kühnlein Architektur

Prämierte Architektur für einen Bauhof

Neubau eines Bauhofes in massiver Holzbauweise

Vor allem in der Baubranche wird Holz immer beliebter. In den vergangenen 25 Jahren hat sich der Anteil der in Holzbauweise errichteten Gebäude nahezu verdreifacht. Lag der Anteil früher nur bei sechs Prozent, entstehen heute etwa 18 Prozent aller Neubauten in Holzbauweise. Immer interessanter wird diese Bauweise auch für den kommunalen Sektor. Beispielhaft hierfür steht der im Jahr 2017 eröffnete und 2018 mit dem Bundespreis „Holzbau Plus“ ausgezeichnete Bauhof Sengenthal.

Der im Zuge der Internationalen Grünen Woche in Berlin gewürdigte Betriebshof für nachhaltige Architektur befindet sich im oberpfälzischen Landkreis Neumarkt. Ausgezeichnet wurde das Holzgebäude im Bereich „Gewerbliches Bauen – Neubau“.

Eine Vergrößerung und Modernisierung des alten Bauhofes war nötig geworden. Die Ge-

meinde Sengenthal hatte sich daher für einen modernen und nachhaltigen Neubau entschieden. So entstand 2017 ein ebenerdiges Gebäude, dessen abgestuftes Dach eine offene Lagerbühne sowie die durch Trennwände unterteilten Nutzräume beherbergt. Im Verwaltungsbereich wurden die Büros und Sozialräume der Mitarbeiter un-



V.l.: Tiefbau-Chef Jörg Roth, Helmut Pfister (Firmengruppe Göbel), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Baureferent Benjamin Schneider. Links das Rathausgebäude, rechts der Rathausplatz. Bild: Claudia Lothar

Ein Rathaus über Wasser gebaut

Brücke über den Würzburger Heigelsbach wird saniert

Eine Stahlbetonplatte überspannt seit 1956 den Heigelsbach, der in seinem gemauerten Bett meist ruhig durch Heidingsfeld strömt, sich bei Starkregen aber auch zu einem ungestümen Fluss entwickeln kann. Neben den Wehrgängen Döle und Speierloch ist dieser umgedrehte Trog der dritte Übergang über das auch Zwischengemäuerbach genannte Gewässer. Darauf steht das 1960 gebaute, sogenannte Rathausgebäude. Wer die Stadtteilbücherei oder die Sparkasse darin besucht, steht also im Grunde über Wasser.

Im Zuge der Neugestaltung des Rathausplatzes wird derzeit auch dieses flach gegründete Brückenbauwerk über den Heigelsbach saniert. „Wir erneuern den Belag, die über 60 Jahre alte Abdichtung und Asphaltenschutzschicht und lokale Betonschäden an dem Überbau“, erklärt Tiefbau-Chef Jörg Roth. Als neuer Brückenbelag ist ein aufgehellter Asphalt vorgesehen und die bislang vorhandenen Hochborde werden entfallen. Saniert werde auch der Beton direkt unter dem Rathaus. Dies ist notwendig aufgrund des bei Starkregen anschwellenden Baches unterhalb des flachen geschnittenen Rahmenbauwerks.

Zur Baumaßnahme gehört auch die Erneuerung des Straßenbelags vor dem Rathaus unter den Arkaden. Der Fußgängerverkehr wird dazu abschnittsweise durch die Arkaden geleitet, damit der Rathauseingang frei bleibt. Die Arbeiten werden voraussichtlich im Oktober abge-

schlossen sein. Kostete die Herstellung der Brücke in ihrem Baujahr 1956 noch 89.000 DM, liegen die voraussichtlichen Sanierungskosten heute bei etwa 476.000 Euro, hinzukommen die Arbeiten unter und an den Arkaden. „Wir gehen von 1,2 Millionen Euro Gesamt aus“, rechnet Baureferent Benjamin Schneider.

Das Rathaus über dem Zwischengemäuerbach entstand vermutlich in den Jahren nach 1367. In diesem tagte der Rat der Stadt Heidingsfeld bis zur Eingemeindung 1930. Das heutige Gebäude entstand erst 1960. Der Heigelsbach entsteht aus dem Fuchsstadter und Reichenberger Bach und mündet in Heidingsfeld in den Main. Historisch trennte der Heigelsbach Heidingsfeld in Unter- und Oberstadt und durchbrach im Süden und Norden die Stadtbefestigung. Zur Absicherung der Gebäude vor Hochwasser wurde er an beiden Seiten in ein zusätzliches Mauerbett gelegt. □

tergebracht. Für die betrieblichen Relevanzen entstanden im weiteren Gebäudetrakt eine Fahrzeughalle für Spezialfahrzeuge, Werkstätten, Technikraum und Magazine sowie das überdachte Lager, welches gleichzeitig zur direkten Durchfahrt dient. Im hinteren Gebäudeteil wurde zusätzlich ein Streusalzdepot erstellt.

Verknüpfung von Funktionalität und interessanter Architektur

Die Dachkonstruktion ist ein schlankes Rippentragwerk, das mit einer darunter montierten Mehrschichtplatte verbunden ist. Durch das sich zum Hang hin erhöhende Dach, passt sich der Komplex in seiner Form optimal in die umliegende Umgebung ein. Diese spannende Optik entspringt den Plänen von Architekt Michael Kühnlein Junior aus Berching. Das ausführende Unternehmen, die Hecker Holzsystembau GmbH aus Berching ist Mitglied in der seit knapp 30 Jahren deutschlandweit aktiven Gruppe ZimmerMeisterHaus®.

Das überspannende Dach des Bauhofes hat eine Tragweite von insgesamt 25 Metern. Das Tragsystem aus Holzrippen wurde im Verbund mit Mehrschichtplatten entwickelt, was die statische Trägerhöhe auf 30 cm reduziert. Auf diese Weise entstand eine durchgängig wirtschaftliche Konstruktion. Bis auf die integrierte Waschkabine wurde der gesamte Bauhof Sengenthal in massiver Holzständerbauweise errichtet.

Zukunftsorientiert großzügig gebaut

Der rechteckige Baukörper wurde nicht unterkellert, sondern auf einer Stahlbetonbodenplatte errichtet. Er misst über seine gesamte Gebäudefläche etwa 67 x 20 Meter. Hinzu kommt das topografisch bedingt versetzte Streugutlager, welches eine Gesamthöhe von 11,15 Metern erreicht. Das Bauhofgebäude selbst schafft es im höchsten Bereich auf ca. 5,7 Meter Höhe. Im Inneren, über dem Verwaltungstrakt gelegen, befinden sich eine offene Lagerbühne sowie der Technikraum, welcher über eine interne Treppe erreichbar ist.

Ästhetisch hoher Anspruch mit zeitloser Ausstrahlung

Die Außenhaut des Bauhofes in Sengenthal wurde mit Kanthölzern in Lärche von 8 x 8 cm beplankt. Durch diese Fassadenverkleidung aus kräftigen, unbehandelten Lärchenhölzern ergibt sich ein angenehmes Erscheinungsbild in die Landschaft.

Die tragende Wandkonstruktion besteht aus 12 cm starken 5-lagigen Massivholzelementen der heimischen Fichte, die in weiten Teilen des Gebäudes komplett sichtbar bleiben.

Die mögliche Vorfertigung der Holzkonstruktion erlaubte eine rasche und witterungsunabhängige Montage. Bei der in weiten Teilen sichtbaren Rohbaukon-

struktion aus Betonwänden und Decken aus Brettsperrholz wurde auch im Inneren ein Schwerpunkt auf Ästhetik gelegt. Die großflächigen Verglasungen der Fahrzeughalle tragen durch viel Lichteinfall ebenfalls zum Wohlbefinden der Bauhofmitarbeiter bei.

Um eine große Menge an Kunststoffen zu vermeiden, wurden für die Dämmung unter der Bodenplatte Holz, Holzdämmstoffe und Glasschaumstoff gewählt. Dadurch, sowie durch die Holzbauteile selbst als CO₂-Speicher konnte eine temperierte Fahrzeughalle entstehen.

25 Meter Spannweite

Die Experten der ZimmermeisterHaus-Manufaktur Hecker Holzsystembau sind in der Lage, Tragwerkskonstruktionen für große Spannweiten herzustellen. So entstehen – wie hier – sehr wirtschaftliche Hallen in hoher Perfektion – vielfach ganz ohne störende Stützen und Pfeiler. Dabei punkten nicht nur die energetischen Vorzüge – auch die Nachhaltigkeit und Recyclingfähigkeit überzeugen.

Beim Bauhof Sengenthal erhielt die Konstruktion des leichten Satteldaches mit seiner Tragwerks-spannweite von 25 Metern eine Hinterlüftungsebene. Die vorelementierten Rippenprofile messen 2,50 x 25 Meter. Insgesamt 23 Elemente aus Brettschichtholzträger und Furnierschichtholzplatte wurden gefertigt und mit einer Schraubpressverleimung zusammengefügt. Die Höhe der Trägerelemente kommt auf 30-70 cm. Eingedeckt wurde die Dachkonstruktion mit einer verschweißten Flachdachfolie. So ist die riesige Dachfläche bestens vorbereitet, um in Zukunft mit Photovoltaikmodulen zur regenerativen Stromgewinnung bestückt zu werden.

Vorgefertigt wurden auch die Rippenprofile aus Furnierschichtplatten (Kerto-Q) für die Salzhalle in der Produktion der ZimmermeisterHaus-Manufaktur Hecker. Sie dienen mit den zwei in Schraubpressverleimung verbundenen Randstegen als Grundelemente des Tragwerks aus Wänden, innerer Hülle und dem Dach. Eine Hauptanforderung an das Holztragwerk war es, ohne jegliche metallische Verbindungsmittel auszukommen. Aus diesem Grund wurde eine Holzverbindung mit 20 mm starken Eichenholznägeln gewählt.

Die Untersicht der fertigen sichtbaren Deckenkonstruktion wurde umfassend mit Energie einsparender LED Beleuchtung im Innen- und im Außenbereich ausgestattet. Aber auch sonst ist man langfristig energetisch gut aufgestellt.

Energierelavant errichtet: Auf lange Sicht sinnvoll für die Gemeinde

Um energierelevante Projekte umzusetzen, lassen sich die Experten von Kühnlein Architektur eine Menge einfallen – auch bei einem Bauhof. Der Boden der Fahrzeughalle wurde mit Glasschaum-Granulat als Dämmung ausgestattet – das Material ist tragfähig, formstabil, resistent gegen chemische Einflüsse sowie lastabtragend – und dennoch sehr leicht. Für die benötigte Wärme sorgt eine Fußbodenheizung – die durch eine Luft-Wärmepumpe betrieben wird.

Die große Fahrzeughalle wurde mit Sektionalstoren ausgestattet. Diese doppelwandigen Tore sind im Hinblick auf die Wärmedämmung keine Schwachstelle mehr – im Gegenteil: Sie bieten erhebliche Vorteile durch ihre Robustheit, den Einbruchschutz und die guten Dämmwerte. Hinzu kommt u.a. die natürliche Belichtung

Das fünf Meter ausragende

GZ-Interview mit Bürgermeister Werner Brandenburger:

Ein Bauhof aus Holz – Mehrwert für Sengenthal

GZ: Herr Brandenburger, Sie haben mit der Entscheidung für den neuen Bauhof in Sengenthal ein besonderes Bauvorhaben geschaffen. Was ging diesem Schritt voraus?

Brandenburger: Wir legen großen Wert darauf, dass die Aufgaben für die Beschäftigten des Bauhofes sinnvoll und praktikabel erledigt werden können. Die Gemeinde besteht aus 5 größeren Ortsteilen und insgesamt 15 Mühlen und Weiler.



Werner Brandenburger, Erster Bürgermeister der Gemeinde Sengenthal im Landkreis Neumarkt. □

Die sich daraus ergebenden vielseitigen Aufgaben des Bauhofes wie die Pflege der Grünanlagen, der Unterhalt der Wasser- und Kanalarversorgung, des gemeindlichen Straßennetzes und der Friedhöfe sowie der gemeindlichen Liegenschaften (Kindergärten, Schule) erforderten diese große Investition, um zeitgemäße und moderne Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die räumliche und technische Ausstattung des alten Bauhofes mitten im Hauptort Sengenthal war zudem auch nicht mehr auf dem heute notwendigen Stand. Mit dem Holzgebäude haben wir einen Arbeitsraum geschaffen, der die heutigen, modernen Anforderungen an einen gemeindlichen Bauhof bestens erfüllt. Die optisch leichte Bauweise mit den transparenten Türen lässt das Tageslicht nahezu uneingeschränkt in die Fahrzeughalle fallen.

Der Bauhof wurde auch zukunftsfähig gestaltet, sowohl hinsichtlich einer möglichen Zunahme der Beschäftigten, als auch der Möglichkeit, zukünftig Damen am Bauhof zu beschäftigen, da entsprechende Sozialräume wie Umkleide und Duschen sowohl für die Herren als auch für Damen vorgesehen sind.

Darüber hinaus wurde die Fahrzeughalle so dimensioniert, dass auch bei Bedarf der Fuhrpark noch erweitert werden kann, ohne dass Gerätschaften im Freien stehen und der Witterung ausgesetzt sind.

GZ: Was hat Sie bewogen, Holz als Baustoff zu wählen?

Brandenburger: Mich persönlich überzeugt Holz als Baumaterial für zukunftsfähige Bauten und insbesondere mit den vorgefertigten Holzbauelementen und der intelligenten Bautechnik kann man ein solches Gebäude schnell, sicher und wirtschaftlich aufbauen. Wir haben hier überaus sinnvoll in die Zukunft investiert. Auch die Tatsache, dass Holz ein nachwachsender Rohstoff ist, und die herkömmlichen Baustoffe endlich sind, spielte eine Rolle.

Und natürlich ist die Gemeinde auch Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde und sollte beispielgebend und ressourcenschonend bauen.

GZ: Wie kommt der neue Bauhof bei den Benutzern und Besuchern an?

Brandenburger: Bislang haben wir nur positive Rückmeldungen. Das Gebäude ist für unsere Gemeinde ein optischer und wirtschaftlicher Gewinn. Die Verlegung des Standorts von der Ortsmitte an die Alte Bundesstraße 299, unmittelbar zwischen zwei Ortsteile, ist sicher auch ein Vorteil, den die Bürger zu schätzen wissen. Insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass der Wertstoffhof sowie die Altkleider- und Glascontainer ebenfalls am neuen Bauhof angesiedelt wurden und somit erheblich zentraler für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind. Wir sind zum Glück bei diesem Bauvorhaben sehr zielgerichtet im Kostenrahmen geblieben, viele regionale Unternehmen wurden beschäftigt und haben ihren wertvollen Teil dazu beigetragen.

Funktionalität und attraktive Architektur gehen hier einher. Nicht zuletzt deshalb wurde das Bauvorhaben preisgekrönt.

GZ: Haben Sie weitere Vorhaben in Holzbauweise geplant?

Brandenburger: Ob in Zukunft weitere Hochbauprojekte, die ich noch auf meiner Agenda stehen habe, ebenfalls in Holzbauweise gebaut werden, wird man sehen. Der Erfolg und das Konzept unseres Bauhofes sprechen jedenfalls dafür, auch zukünftig mit heimischem Holz zu bauen. An mir wird es sicher nicht scheitern.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch. □

Vordach an der Südseite verhindert eine sommerliche Überhitzung der Innenräume. Zusätzlich hat man mit einer Zisterne die Regenwassernutzung für die Waschkabine, Reinigung der Fahrzeuge und Geräte gesichert.

Beim Bau wurde ausschließlich mit regionalen Firmen zusammengearbeitet (im Umkreis von 15 km). Durch die gute Belichtung der Halle, Beheizung, Dämmung und ordentliche Rettungsweggestaltung wären auch andere Nutzungen möglich.

Die Energieeinsparverordnung, der Energiestandard nach EnEV 2016, wurde bei diesem Projekt spielend erfüllt. Dennoch wurde für das Flachdach die Aufrüstung einer PV-Anlage geplant.

„Das Raumklima in einem Holzbau ist einfach herausragend. Auch für Gewerbebauten wird der Baustoff inzwischen sehr nachgefragt“, begeistert sich auch Zimmermeister Johann Hecker.

„Mit Holz zu bauen, ist für mich ohnehin eine Lebenseinstellung. Das Material vermittelt ein Gefühl von Wärme und Gemütlichkeit, ist pflegeleicht und 100 % ökologisch und nachhaltig. Der Vorteil von Holz liegt klar auf der Hand: Es bietet gesundes Raumklima, ist ein nachwachsender Rohstoff und äußerst flexibel.“

Berching liegt zwischen Nürnberg und Ingolstadt – hier fertigt die ZimmermeisterHaus-Manufaktur Hecker seit mehr als 25 Jahren. Die Mitarbeiter des Unternehmens kommen größtenteils aus der Region. Auf ca. 5.000 Quadratmetern Produktions- und Lagerflächen, sowie Maschinen mit modernster Technik, CNC-gesteuerte Abund- und Zuschnittmaschinen werden anspruchsvolle Produkte produziert. Mehr Informationen gibt es unter www.zmh.com und www.hecker-hsb.de

Eva Mittner

3. Bayerische Nachhaltigkeitstagung in Fürth:

Handeln für den Wandel

Vielfältige Aktivitäten vernetzen, Erfahrungsaustausch ermöglichen, weitere Handlungsbedarfe von und mit beteiligten Akteuren identifizieren und diskutieren und dabei auch neue Lösungsansätze entwickeln: Zum dritten Mal luden das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern, RENN.süd und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern zu einer bayernweiten Nachhaltigkeitstagung nach Fürth ein.

„Wir im Fürther Rathaus verstehen unter dem Begriff Nachhaltigkeit die Bereiche Soziales, Bildung, Betreuung, Umwelt und Finanzen so auszustatten und zu entwickeln, dass sie über Jahre hinaus verlässliche Grundlagen für die jeweiligen Lebenssituationen unserer Bürgerinnen und Bürger und die nachfolgenden Generationen bieten“, unterstrich Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung in seinem Grußwort. Dazu zählten etwa die konsequente energetische Sanierung städtischer Gebäude, die stetige Erhöhung des Baumbestandes, die Ausweitung des Radwegenetzes oder der kontinuierliche Ausbau der Kinderbetreuung.

Klimaziele definieren

Wichtig sei es, sich Ziele zu setzen, so Jung. „Unser Klimaschutzziel, innerhalb von 30 Jahren 23 Prozent CO₂ bis 2020 einzusparen, werden wir in der Kleeblattstadt erreichen. Wir setzen auf E-Busse im ÖPNV, bauen die Ladeinfrastruktur in diesem Bereich aus und fördern mit großem Erfolg Lastenräder für private und gewerbliche Nutzer.“

Auch die Bereiche Fairtrade und Regionalität nähmen immer mehr Raum ein. Der neue Fürther Markt etwa sei ganz auf Nachhaltigkeit ausgelegt, ebenso der faire „Kleeblatt“ im Bereich Sport und auch das Welthaus Fürth sei ein voller Erfolg. Nachhaltig ist es aus OB-Sicht aber schließlich auch, „dass wir konsequent Schulden abbauen und somit für Generationengerechtigkeit sorgen“.

Auf der Bayerischen Nachhaltigkeitstagung boten neben spannenden Impulsdialogen Fachforen, ein Wandelplenum und ein Zukunftsmarkt Informationen und Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch rund um die Frage, wie eine nachhaltige Gesellschaft mitgestaltet werden kann. So beschäftigte sich das von Annette Turmann (SKEW) geleitete Fachforum mit der Rolle kommunaler Gremien bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030. Zudem wurden die Themen „Von Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Nachhaltigkeit“, „Klimaschutz und grüne Infrastruktur in der Stadt“, „Junge Menschen: betroffen – beteiligt – begeistert!“

Erfolgsfaktoren für Jugendbeteiligung“, „Lebenswerte Gebäude – nachhaltige Beschaffung in der Bauvergabe“, „Kommune als Aktionsraum für zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsinitiativen – von der Agenda 21 zur Agenda 2030“ sowie „S4Future: Scientist/Student and Activist?“ eingehend erörtert.

Kennenlernen, Diskutieren

Auf dem Zukunftsmarkt offerierten Infostände die Möglichkeit, Akteure und ihre Aktivitäten kennenzulernen. Im Wandelplenum standen wiederum gemeinsames Diskutieren, das Entwickeln von Lösungsansätzen sowie das Werben von Mitstreitern im Fokus. Zu den Stationen zählten ub:ikul „Umweltbildung: ganz einfach interkulturell. Mit einer anderen Form der Umweltkommunikation Menschen mit Migrationsbezug leichter erreichen“ (ANU Bayern e.V. & finep); „SDGs go local“ (Bluepingu e.V.); Vorstellung der Nachhaltigkeitsschätzung für Beschlussvorlagen im Stadtrat – im Sinne einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung (Stadt Augsburg); Wie kann eine Stadtverwaltung die SDGs konkret umsetzen? (Stadt Nürnberg); Bayern summt! Wir tun was für Wildbienen & Co. (Stiftung für Mensch und Umwelt); Der begehbare ökologische Fußabdruck (Jugendbildungsstätte Königsdorf); Der Escaperoom zum The-

ma Nachhaltigkeit (Jugendsiedlung Hochland) und Das Ernährungsprojekt „natürlich2“ (Kreisjugendring München-Stadt).

„Projekt Nachhaltigkeit“

Am Vorabend der Tagung wurden die Preisträger des Wettbewerbs „Projekt Nachhaltigkeit“ gefeiert. Ausgezeichnet wurden zehn Projekte und Initiativen aus Bayern und Baden-Württemberg, die sich innovativ und vielfältig für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Die Gewinner erhalten jeweils 1.000 Euro Förderung, um ihre Projekte weiter voranzutreiben. Des Weiteren können die ausgezeichneten Projekte verschiedene Angebote der RENN nutzen, um sie regional und bundesweit weiter zu vernetzen.

Fünf Preisträger aus Bayern

Zu den fünf Preisträgern aus dem Freistaat zählt das Forum Plastikfreies Augsburg – Wege in ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Leben, eine Gruppe von Transition Town Augsburg. Das Forum hat sich zum Ziel gesetzt, das Müllaufkommen in der Fuggerstadt und in der Region zu reduzieren, indem es sich für ressourcenschonende alltagstaugliche Systeme im täglichen Leben einsetzt. Um gemeinsam effektiv gegen die Müllproblematik vorzugehen, schloss sich das Organisationsteam des Forums mit interessierten lokalen Akteuren wie Bäckereien zu einem Netzwerk zusammen. Mit dem Projekt „Bring's mit“ können Betriebe signalisieren, dass Verbraucher dort verpackungsfrei einkaufen können.

Azadi bedeutet Freiheit und das spiegelt die gleichnamige ökofaire Modemarke wider. Die Kleidungsstücke werden vom Fürther

Modeladen Farcap vertrieben. Jährlich wechselnde Kollektionen werden in Kooperation mit den Modeschulen Nürnberg und NIFT-TEA/Südindien entworfen. Somit werden zukünftige Entscheidungsträger in der Modebranche schon in der Ausbildung für öko-faire Handelswege sensibilisiert. Denn die Produktion findet in Indien statt – von jungen Frauen, die Opfer von Zwangsprostitution waren oder von Schneiderinnen, die in Armenvierteln von Delhi leben. Das Projekt stärkt die Rechte von Frauen und leistet damit einen Beitrag zum nachhaltigen Konsum und zur sozialen Gerechtigkeit.

Mode und Kultur

Die Initiative Kultür Regensburg e.V. als weiterer Preisträger ermöglicht Menschen mit geringem oder keinem Einkommen einen niedrigschwelligen Zugang zur Kultur, in dem Eintrittskarten aus unterschiedlichsten Veranstaltungsbereichen kostenlos an Interessenten, den „Kultür-Gästen“, vermittelt werden. Seit 2018 initiiert Kultür auch interdisziplinäre Projekte, bei denen die Gäste aktiv zum Mitmachen und Mitgestalten eingebunden werden. Mit der Kombination aus Teilhabe durch Kulturenleben und Aktivierung durch Projektarbeit fördert Kultür eine nachhaltige soziale Integration.

Gemeinsam stark

Die Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) ist ein Zusammenschluss aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen und Gruppen mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit in München und der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie. MIN bezieht sich auf die vom Stadtrat beschlossene

Resolution des Deutschen Städtetags die Agenda 2030 in München umzusetzen und die Zivilgesellschaft an diesem Prozess zu beteiligen. Durch das Projekt fand zuletzt der 1. Münchner Nachhaltigkeitskongress SUSTAIN statt, bei dem Zivilgesellschaft und Politik zusammentrafen und an der Ausarbeitung von Strategien gewirkt haben.

Schüler reparieren

Die Rudolf-Steiner-Schule in München-Schwabing hat das Projekt „Reparieren macht Schule“ ins Leben gerufen und eine Schüler-Reparaturwerkstatt für Elektrogeräte geschaffen. Hier reparieren die Schüler defekte Geräte und lernen an realen Kundenaufträgen. Sie entwickeln so ein Bewusstsein für den Wert von Ressourcen und ein ausgeprägtes Nachhaltigkeitsbewusstsein. Der Reparaturunterricht ist ein innovativer Ansatz zur Öffnung der Schule. Gefördert wird darüber hinaus ein generationenübergreifendes Lernen durch Einbezug von ehrenamtlichen Reparaturleitern.

Als bundesweites Netzwerk von 20 Nachhaltigkeitsakteuren fördert RENN die lokale und länderübergreifende Vernetzung von Akteuren zu Fragen einer nachhaltigen Entwicklung. Die diesjährigen Schwerpunkthemen waren Mobilität, Quartiersentwicklung, Konsum, Stadtland/Ländlicher Raum.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde erstmals im April 2001 von der Bundesregierung berufen. Insgesamt 10 Gewinner aus Bayern und Baden-Württemberg wurden mit 1.000 Euro Preisgeld für ihr Engagement belohnt. Über 500 Einreichungen und 123 Projekte hatten sich im Vorfeld beworben. **DK**

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt:

Neumarkt ist „Hauptstadt des Fairen Handels“

Kongress der Ideen und Taten in Köln

Beim bislang größten interaktiven Kongress für den Fairen Handel trafen sich in Köln 1.000 Speaker und internationale Gäste aus Zivilgesellschaft, Kommunalverwaltung und Wissenschaft, Start-up-Gründer, Schul- und Studierendengruppen zum „Kongress der Ideen und Taten“. Veranstalter waren TransFair und Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Global denken und lokal handeln sind für Michael Marwede von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt entscheidend: „Globale Verantwortung und die Umsetzung der Agenda 2030 gelingt – oder scheitert – in Kommunen“, stellte Marwede fest. „Mit dem, was durch die Fair-Handels-Bewegung insbesondere auch in Kommunen erreicht wurde, ist ein richtiger und solider Weg beschritten. Ich wünsche mir, dass die Teilnehmenden am Kongress, mit einem Füllhorn an Möglichkeiten und Kontakten für ihre Aktivitäten im Fairen Handel zurückfahren und besonders stark motiviert sind, noch mutiger vor Ort zu sein!“

Gesellschaft denkt um

Gesellschaftliches Umdenken sei dringend nötig, gab Wirtschaftsökonom Niko Paech auf dem Kongress zu bedenken: „Die Menschen waren nie reicher, freier, gebildeter und gaben sich problembewusster – während sie zugleich nie ökologisch verantwortungloser lebten.“ Paech forderte einen Wandel, weg vom Wachstumsparadigma, hin zu bewusstem, fairem Konsum mit Rücksicht auf die endlichen Ressourcen unseres Planeten.

In einer Vielfalt interaktiver Sessions wie Coachings, Speed Datings und Kreativ-Werkstätten diskutierten die Teilnehmenden mögliche Wege dorthin und entwickelten Aktivitäten für Klimafairness und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Schulgruppen trafen auf Start-up-Gründerinnen und -Gründer, engagierte Akteure aus Kommu-

nunalverwaltung und Zivilgesellschaft vernetzten sich untereinander für globale Gerechtigkeit auf lokaler Ebene und Kaffeebäuerinnen aus Honduras und Ruanda tauschten sich mit Gästen aus Wissenschaft und Wirtschaft aus.

Ein Grund zum Feiern

Neben Diskussion und Austausch bot der Kongress auch den idealen Rahmen zum Feiern: Zur „Hauptstadt des Fairen Handels“ wurde Neumarkt in der Oberpfalz gekürt und konnte sich gegen 99 Kommunen und Städte durchsetzen. Damit gewann zum ersten Mal eine Kommune aus Bayern den Titel.

Freude auch in Nürnberg: Die Norisstadt belegte den dritten Platz und rangierte damit hinter den Städten Bad Säckingen und Münster, die beide auf Platz 2 kamen. Für den Schirmherrn des Wettbewerbs, Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, überreichte sein Abteilungsleiter Dr. Bernhard Felmburg die Preise.

Zum zweiten Mal nach 2009 und der damaligen Siegerstadt Marburg gewann mit Neumarkt eine Mittelstadt. Dass auch solche Kommunen mit einer Einwohnerzahl von 20.000 bis 100.000 viel bewegen können, zeigt Neumarkt eindrucklich: Die Stadt überzeugte die Jury unter anderem mit ihrem starken und breit aufgestellten gesellschaftspolitischen Engagement und der festen, strategischen Verankerung des Gedankens des Fairen Handels in der bayerischen Kommune. Als preiswürdig erachtete die Jury auch die tiefe, regi-

onale wie thematische Vernetzung der Kommune mit anderen Akteuren.

Ausgezeichnet wurden zudem die Kontinuität der Arbeit und die Vielfältigkeit der eingereichten Projekte, darunter etwa die Vergabe von Mikrokrediten in den Globalen Süden durch Neumarkt selbst. Die sehr gute Qualität der Projekte hält müheles den Vergleich mit größeren Kommunen stand. Außergewöhnlich gelungen ist auch die Verbindung der Idee des Fairen Handels mit anderen Querschnittsthemen wie Klima und Umwelt, so die Jury, die heuer aus zehn Experten aus dem Bereich Fairer Handel und kommunale Beschaffung bestand.

Nürnberg wiederum in vielen als Stadt der Menschenrechte und der Spielzeugmesse bekannt. Ihre Bewerbung fasste beide Aspekte zusammen, vor allem in Form der Fair-Toys-Foundation und des Nürnberger Fair Toys Bündnisses.

Netzwerk ist das A und O

In der Laudatio hieß es: „Daneben registrierte die Jury die sehr gute regionale Vernetzung, ein breites Themenspektrum mit Projekten zu Gold oder Milch, innovative Ansätze, gute Strukturen vor Ort und eine prominente Verortung des Themas fairer Handel und faire Beschaffung im Rathaus und in der Stadtspitze bei Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.“

„Wir können uns über diesen Erfolg sehr freuen, nehmen ihn aber sicher auch als Ansporn, um den Gedanken des fairen Handels noch weiter zu verbreiten“, betonte Dr. Peter Pluschke, Referent für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg. Dann werde bestimmt auch einmal der erste Preis zu gewinnen sein, zeigte sich Pluschke zuversichtlich. **DK**

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG HAT DIE WELT VOR AUGEN

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

KOMMUNAL GLOBAL ENGAGIERT

Globale Entwicklungsziele kommunal umsetzen

Die 17 globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030 bieten Anlass und unzählige Möglichkeiten, eine lebenswerte und zukunftsfähige Kommune für kommende Generationen zu gestalten. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Landkreise, Städte und Gemeinden auf diesem Weg.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer **ENGAGEMENT GLOBAL** Service für Entwicklungsinitiativen

Im Auftrag des **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

GAB-/ITVA-Altlastensymposium 2019:

Sanierungsverfahren und Stoffstrommanagement

Gemeinsam mit dem Ingenieurtechnischen Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling (ITVA) veranstaltete die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) in Aschaffenburg das dritte gemeinsame Altlastensymposium. Auf der Agenda standen die Themen Rechtsfragen, PFC-Belastungen, Sanierung in der Praxis, Einsatz innovativer Sanierungsverfahren, Stoffstrommanagement und Probenahme.

Michael Kremer, Geschäftsführer der GAB, und Prof. Harald Burmeier, Erster Vorsitzender des ITVA, begrüßten zum Auftakt die rund 600 Teilnehmer, ehe Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamts für Umwelt und ehemals Geschäftsführer der GAB, das Symposium eröffnete.

In seinem Beitrag zum Thema „Grundstück kontaminiert – wer haftet?“ erläuterte Rechtsanwalt Moritz-Mathis Felder (Gaßner, Groth, Siederer & Coll.) die zivilrechtliche Haftung für Kontaminationen im Verhältnis zwischen Verkäufer – Käufer, Verursacher/Zustandsstörer und betroffener Grundstückseigentümer. Die Praxisprobleme wurden modellhaft anhand von PFC-Schadenfällen erläutert. Als Arbeitshilfe für die Praxis stellte Felder eine Checkliste für die Altlastenklauseln vor.

Schadenfälle in Bayern

PFC-Schadenfälle in Bayern präsentierte Dr. Gernot Huber, Bayerisches Landesamt für Umwelt. Um einen Überblick über vorliegende Belastungen und die Relevanz verschiedener Eintragspfade für die Praxis stellte Huber eine Checkliste für die Altlastenklauseln vor.

PFC-Schadenfälle in Bayern präsentierte Dr. Gernot Huber, Bayerisches Landesamt für Umwelt. Um einen Überblick über vorliegende Belastungen und die Relevanz verschiedener Eintragspfade für die Praxis stellte Huber eine Checkliste für die Altlastenklauseln vor.

Huber zeigte sich überzeugt,

dass die vielfältigen, teilweise noch offenen Fragestellungen und Herausforderungen, die mit der „neuen“ Schadstoffgruppe PFC und den hierdurch bedingten Schadensfällen in Bezug auf Erhebung, Gefährdungsabschätzung und Sanierung verbunden sind, eine sehr hohe Fachkompetenz, eine enge Kooperation und ein produktives, sich ergänzendes Zusammenwirken aller Beteiligten erfordern. Seiner Ansicht nach werden in Zukunft im Zuge der toxikologischen Neubewertung der PFC die Prüfwerte hierfür eher noch niedriger ausfallen als bisher.

Altstandorte

Über Altstandorte der Bleikristallglasindustrie in der Nördlichen Oberpfalz, dem ehemaligen „Bleiglaszentrum Europas“ informierten Helga Rupp und Roland Heberl, rupp.bodenschutz GmbH. Ihren Angaben zufolge nehmen die Altstandorte eine Fläche von insgesamt ca. 26 Hektar ein und weisen alle ein ähnlich typisches Schadstoffspektrum im Untergrund auf. Die Hauptschadstoffe sind Blei, Arsen und Fluorid. Zudem findet man punktuell und untergeordnet MKW, Phenole und LHKW sowie weitere Metalle.

Bodenaushub nicht ausreichend

Als standortspezifische Herausforderung sei hier zu nennen, dass zwar für Arsen stoffspezifische Verfahren zur Abreinigung bzw. Fixierung vorliegen, für Fluorid im Grundwasser jedoch keine geeigneten Verfahren bekannt bzw. marktreif sind. Des Weiteren sei auf den Standorten absehbar, dass ein Bodenaushub der Hot Spots nicht ausreicht. Die Hauptkosten der Altlastensanierung, so Rupp und Heberl, würden dabei die Entsorgungskosten sein. Die Grundstückspreise in dem ländlichen Bereich ließen jedoch keine „Luxussanierung“ zu. Eine Sanierung erfolge in erster Linie

zur Gefahrenabwehr. Eine Idee zur Kosteneinsparung sei im Fall des näher vorgestellten Standortes die Errichtung einer Monodeponie für drei Kommunen. Als Standort wäre eine bereits kontaminierte Industriebrache mit entsprechend hydrogeologischer Eignung denkbar.

Wirksamkeit der In-situ-Immobilisierung

Dr. Martin Biersack (LfU) stellte den aktuellen Kenntnisstand und offene Fragen zur Behandlung von STV(sprengstofftypi-

bvse-Jahrestagung in Bonn:

Mittelstand als Innovationsmotor

Ganz im Zeichen des 70-jährigen Bestehens des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) stand seine Jahrestagung in Bonn. Wie Präsident Bernhard Reiling deutlich machte, „vertritt niemand die Interessen des Mittelstandes, wenn es der Mittelstand nicht selbst übernimmt. Das ist die Lehre unserer 70-jährigen Verbandsgeschichte und das ist auch die Erfolgsgeschichte des bvse.“

Nach Reilings Worten wird das Thema „Wahrnehmung von Verantwortung“ in der Öffentlichkeit sehr intensiv in Bezug auf das Thema Kunststoffe erörtert. Dabei werde die Diskussion freilich oftmals auf Verbote von einigen Einweg-Artikeln verengt. „Für unsere Branche muss jedoch klar sein, dass es keinen Export von Kunststoffabfällen in Staaten geben kann, die nicht über die notwendigen Aufbereitungsanlagen verfügen. Das bedeutet für Deutschland und Europa, dass wir neue Recyclingkapazitäten aufbauen und die Modernisierung der vorhandenen Anlagen in Angriff nehmen müssen“, erläuterte der bvse-Präsident und führte weiter aus: „Für diese Investitionen müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Das bedeutet Vorfahrt für das Recycling, genehmigungsrechtlicher Flankenschutz und eine mittelstandsgerechte Investitionsförderung.“

Erschwerter Recyclingprozess

In Richtung Zentrale Stelle Verpackungsregister begrüßte Reiling ausdrücklich die Veröffentlichung von Mindeststandards für Verkaufsverpackungen, wies aber auch darauf hin, dass der bvse für weitere Verbesserungen eintreten werde: „Es ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar, warum die Restentleerbarkeit der Verpackungen nicht aufgenommen wurde.“ Dadurch würden Sortierung und auch der Recyclingprozess deutlich erschwert.

Mit Blick auf die Novellierung des Elektro-Gesetzes machte der Präsident darauf aufmerksam, dass absehbar die vorgeschriebene Elektro-Altgeräte Sammelmenge von 65 % in diesem Jahr nicht erreicht werde. „Wir fordern daher, dass auch die zertifizierten Erstbehandlungsanlagen neben den kommunalen Wertstoffhöfen als Annehmestellen zugelassen werden“, so Reiling. Enttäuscht zeigte er sich, dass die Kommunen diesem Vorschlag ablehnend gegenüberstehen.

Auch Bernhard Jehle, Vorsitzender des Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, sieht in der Einbindung der Erstbehandlungsanlagen eine sinnvolle Weiterentwicklung des Elektro-Gesetzes (ElektroG). Jehle wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Qualität der Sammlung bei kommunalen Wertstoffhöfen vielfach nicht ausreichend sei. Das betreffe sowohl die zer-

störungsfreie Altgeräte-Annahme und Weitergabe, wie auch das Lithiumbatterien-Problem. Er beklagte, dass die Unternehmen der Branche zunehmend mit Bränden zu kämpfen hätten, die aufgrund nicht sachgerechter Separierung der Lithiumbatterien bei der Erfassung entstehen. Der bvse fordert daher, dass in der Novelle des ElektroG eine Rückgemöglichkeit gegenüber Kommunen eingebaut werden soll, sofern die Altgeräte nicht rechtskonform bereitgestellt werden. Außerdem plädierte Jehle in Bonn dafür, dass batteriebetriebene Altgeräte in einer Gruppe zusammengefasst werden. Zusätzlich werde man gemeinsam mit anderen Verbänden einen Leitfaden zur sachgerechten Erfassung von Lithium-Batterien erarbeiten, der sich explizit an die Kommunen richten soll.

Über die Sanierung eines mit LHKW kontaminierten Standor-

tes berichtete Uwe Dannwolf, RiskCom GmbH. Auf dem Standort wurde ca. 20 Jahre lang eine Grundwassersanierung bzw. -sicherung mittels Pump & Treat ohne durchschlagenden Erfolg betrieben. Nach einer Kosten-Nutzen-Analyse möglicher alternativer Sanierungsvarianten entschied man sich für ein ISCO-Verfahren mittels i-SAV®. Dabei wurde am Standort mittels hydraulischer Stimulation das Sanierungsreagenz (hier Kaliumpermanganat und Guar als Trägermittel) in den kontaminierten Untergrund platziert. Das innovative i-SAV®-Verfahren reduzierte den sorbierten Schadstoff PCE erheblich.

ISCO-Verfahren

Beim Verfahren habe man in der Planungsphase geomechanische

standards in der Recycling- und Entsorgungsbranche hob auch Dr.-Ing. Christoph Epping, Unterabteilungsleiter im Bundesumweltministerium, hervor. Dabei lobte er den fachlichen Austausch zwischen Bundesumweltministerium und bvse. Laut Epping ist der Mittelstand ein wichtiger Innovationsmotor, der jedoch verlässliche Rahmenbedingungen benötige.

Epping stellte klar, dass das Bundesumweltministerium mehr Kreislaufwirtschaft als bisher organisieren will. In diesem Sinne sei auch die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu sehen, die die EU-Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht umsetzen soll. Er verwies dabei auf die neuen und deutlich verschärften Recyclingquoten bei gleichzeitiger Umstellung auf output-orientierte Berechnung. Epping machte aber auch deutlich, dass er bedauere, dass es kein europaweites Deponieverbot für Kunststoffabfälle gebe. Dies behindere ein faires „level playing field“.

„Auch auf die Mantelverordnung, speziell auf die Ersatzbaustoffverordnung, ging Epping in seinen Ausführungen ein. Nach wie vor gibt es seinen Ausführungen zufolge Besprechungsbedarf mit den Bundesländern. Man habe aber in den jüngsten Beratungen deutliche Fortschritte erzielt. Nun sei vereinbart worden, die Ersatzbaustoffverordnung zu überarbeiten.“ DK

Kempten erhält Leitmotiv für Klimaschutz

Das Klimaschutzmanagement der Stadt Kempten hat den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz in ihrer Sitzung ein neues Leitmotiv für den Klimaschutz in Kempten vorgestellt.

Die Wort-Bild-Marke „cambonatura“ soll das bisherige Klimaschutz-Signet „Klima schützen – Kempten handelt“ ablösen und vor allem einen Gedanken transportieren: Beim Klimaschutz ziehen alle an einem Strang. Der Ausschuss hat den Beschluss gefasst, das Leitmotiv künftig für verschiedene Klimaschutzmaßnahmen und -projekte zu nutzen.

„Nachhaltiger Klima- und Naturschutz gelingt nur, wenn wir alle, also die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, die Organisationen und Institutionen und die Stadtverwaltung miteinander in die Kommunikation und ins Handeln bringen, im Sinne einer nachhaltigen und naturbewussten Lebenshaltung“, erläutert Oberbürgermeister Thomas Kiechle die Idee hinter cambonatura. „Das Leitmotiv cambonatura soll möglichst viele Menschen zum Mitmachen und aktiven Handeln für den Klimaschutz begeistern“, so Kiechle weiter. Daher wird sich das cambonatura-Sig-

net künftig nicht nur bei allen Klimaschutzmaßnahmen und -projekten der Stadt Kempten, sondern auch an vielen Stellen in der ganzen Stadt wiederfinden, immer dort, wo Natur- und Klimaschutz aktiv gelebt wird.

Um das cambonatura-Leitmotiv öffentlich zu machen, sollen am 25. Oktober 2019 die ersten cambonatura-Plaketten vergeben werden: an vier ausgewählte Projekte, die für jeweils unterschiedliche Bereiche des Klimaschutzes stehen und gute Beispiele für freiwilliges Engagement für mehr Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt Kempten sind. Die Öffentlichkeit soll so für das Thema sensibilisiert und zur Durchführung ähnlicher Aktionen und Maßnahmen motiviert werden: umgesetzt entweder in Eigenregie und abgestimmt mit dem Klimaschutzmanagement, dem Umweltamt, dem Betriebshof, der Stadtgärtnerei, oder in Kooperation zwischen Bürgerschaft und Kommune. □

Im Laufe der vergangenen sechs Jahre konnte im Zuge zweier Forschungsprojekten gezeigt werden, dass das Düsenstrahlverfahren zur Sanierung von LHKW-Altlasten sowohl in Kombination mit Reduktionsmitteln wie auch mit Oxidationsmitteln anwendbar sei. Zuletzt noch offene Fragestellungen zur Entsorgung der anfallenden Rücklaufuspension seien technologisch und rechtlich geklärt und einem Einsatz für die Sanierung einer Altlast stehe nichts mehr im Wege.

Sanierungsprojekt in Ingolstadt

Eines der größten Sanierungsprojekte in Deutschland stellten schließlich Julian Baur, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, und Bernhard Volz, Züblin Umwelttechnik GmbH, vor. Ein ehemaliges Raffineriegelände in Ingolstadt mit ca. 75 Hektar wird bis voraussichtlich 2022 saniert. Auf einem Teil des Geländes wird anschließend ein Technologiezentrum errichtet. Mittels Air-Sparging werden insgesamt 115.000 qm mit leichtflüchtigen Schadstoffen belastete Bereiche In-situ saniert. Auf einer Fläche von rund 90.000 qm ist der Boden mit MKW und PFC verunreinigt. Letztere werden durch Bodenaustausch im offenen Aushub und die MKW durch Bodenaustausch mittels Wabenverfahren entfernt. Insgesamt müssen rund 500.000 Tonnen kontaminierter Boden ausgehoben und durch unbelastetes Verfüllmaterial ersetzt werden. Als geeignetes Dekontaminationsverfahren konnte aufgrund des vorhandenen Schadstoffinventars und der vorwiegend kiesigen Bodenbeschaffenheit der anstehenden Böden die Bodenwäsche ausgewählt werden. DK

KOMMUNALKONGRESS 2019

KOMMUNAL DIGITAL?

Samstag, 23.11.2019
11.00 bis 17.30 Uhr
NOVUM Businesscenter | Würzburg

Keynotes und Workshops u.a. mit:

- Benjamin Adjei, MdL | Sprecher für Digitalisierung
- Gudrun Aschenbrenner | Vorstandsmitglied der AKDB
- Johannes Becher, MdL | Sprecher für kommunale Fragen
- Jens Marco Scherf | Landrat des Landkreises Miltenberg
- Heidrun Wuttke | Projektleiterin „Dorf.Zukunft.Digital“, Kreis Höxter

Die Digitalisierung spielt im Alltag der Kommunen eine immer größere Rolle. Aber auch die Smart City und das Smart Rural Area soll zu mehr Lebensqualität für alle führen. Wie lassen sich die Chancen der Digitalisierung nutzen für mehr Bürgerbeteiligung, eine moderne Verwaltung, eine nachhaltigere Mobilität und den Klimaschutz? Diskutieren Sie mit uns.

Anmeldung und Infos unter:
www.gruene-fraktion-bayern.de/termine

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

„Die Natur räumt nicht auf“

Eine wildromantische Nacht im Zelt an der Isar? Ruhe tanken im Stadtwald, doch nervende Baumarbeiten? Treffen Stadt und Natur aufeinander, sind Förster und Naturschützer oftmals das vermittelnde Bindeglied. Das Team der Bayerischen Gemeindezeitung hat Förster Sebastian Schlenz im Wald und Isar-Ranger Bernhard März am Fluss bei ihrer Arbeit begleitet.

„Schauen Sie sich einmal hier um, was sehen Sie?“, fragt Schlenz in die Runde. Sein Hund scharrt im Humus, hoch über ihm hackt ein Specht seinen Schnabel immer wieder in die Baumrinde. „Es sieht hier aus wie auf einer Baustelle!“, lautet

die Waldbesitzer dem Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft des Bundes (Bundeswaldgesetz BWaldG) bzw. dem bayerischen Waldgesetz (BayWaldG). Landwirtschaftliche Flächen werden vielfach als Schutzberei-

„Lebendholz“ heißen, zumindest Biotopholz. Denn es ist die Grundlage für den Erhalt der Artenvielfalt und des Ökosystems im Wald. Und bei Biotopholz gilt der Satz: viel Holz hilft viel. Auch wenn ein Wald mit viel Biotopholz unaufgeräumt aussieht, ist er gut“, erklärt er. Stolz zeigt er auf einen Kirschbaum, gleich dahinter wächst ein Ahorn neben einer Eibe und einer Tanne. „Dass sich hier auf natürliche Weise so viele verschiedene Baumarten angesiedelt haben



Naturschutz und Waldbewirtschaftung gehen im Geretsrieder Stadtwald Hand in Hand. Unser Bild zeigt das GZ-Team mit Förster Sebastian Schlenz.

eine Antwort. „Ein richtiges Verhau, oder?“, pflichtet der Förster bei. „Also ich denke, das ist beabsichtigt, dass hier so viel Holz rumliegt. Das ist für die Tiere, Insekten und Pilze“, lautet eine andere Antwort aus der Gruppe. Schlenz grinst: „Es gibt nicht viele, die so denken wie Sie. Dabei stehen wir hier auf der wertvollsten Fläche im ganzen Geretsrieder Stadtwald, weil wir hier auf der Lichtung eine optimale Lichteinstrahlung haben. Wenn die Sonne auf das tote Holz scheint, ist das ein optimaler Nährboden für Insekten.“ Die Teilnehmer der Gruppe schauen sich etwas ungläubig um. Sie sind umringt von Baumstämmen, aufgetürmten Haufen aus Ästen, abgeholzten Baumstümpfen, Sägespänen und wildem Gestrüpp – nicht gerade eine wildromantische Stelle, die zum Picknicken einlädt.

Der Wald: Rückzugsort oder Einnahmequelle?

Genau in diesem Spannungsfeld zwischen Naherholung und Waldwirtschaft sehen sich Förster wie Schlenz. Er ist für das Wohl des 146 Quadratmeter großen Stadtwaldes in Geretsried verantwortlich. Mit den Kommunalwäldern erfüllen die bayerischen Städte und Gemeinden eine wichtige Aufgabe für das Gemeinwesen. Sie bieten einen Rückzugsort zum Kraft schöpfen, zur Erholung oder auch die Möglichkeit, mehr über das Zusammenspiel zwischen Mensch und Natur zu lernen. Diese Chance hat auch das Team der Bayerischen Gemeindezeitung genutzt und Förster Schlenz im Geretsrieder Stadtwald sowie Isar-Ranger Bernhard März am Flusslauf der Isar begleitet.

Fläche für das Hallenbad

Viele Kommunen verfügen wie Geretsried über eigenen Wald und eigene landwirtschaftliche Flächen, die sie entweder selbst bewirtschaften oder anderen zur Bewirtschaftung überlassen. Sie unterliegen ebenso wie private und staatli-

che vorgehalten, als Tauschflächen eingesetzt oder erworben, um zukünftiges Siedlungsland in kommunale Hände zu nehmen. So wurde beispielsweise für den Bau des neuen Hallenbads der Stadt Geretsried eine Fläche im Wald abgeholzt. Diese Maßnahme soll laut Bürgermeister Michael Müller aber eine Ausnahme bleiben. Auf der einen Seite werde zwar künftig dichter bebaut, auf der anderen Seite sollen aber auch Freiräume geschaffen werden. „Wir wollen die Hauptachsen durchgrünen“, kündigte Müller an.

„Tannen sind wie Pralinen“

Im Rahmen ihrer Vorbildfunktion sollten die Kommunen eine naturverträgliche Bewirtschaftung sicherstellen. Dazu zählen die schonende Bewirtschaftung, ohne dass sich der Boden verdichtet sowie eine natürliche Waldverjüngung. Der Förster muss also zum Beispiel dafür sorgen, dass auf bestimmte Flächen genügend Licht gelangt. Hinzu kommt ein angemessener Tierbestand.

Im Stadtwald in Geretsried wird nicht gejagt. Schlenz spricht trotzdem das Problem des Verbisses an, das in anderen Wäldern die Artenvielfalt bedroht. „Rehe lieben die jungen Triebe der Eichen und Tannen – die sind wie Pralinen für die Tiere. Stehen bleibt die Fichte. Doch auf diese Weise ist der Baumbestand der beiden wichtigsten Baumarten bedroht“, erklärt er. Hinzu kommt der Borkenkäfer. Er gedeiht unter der Rinde und ist gerade für Fichten ein gravierendes Problem. Die zunehmende Trockenheit führt zudem dazu, dass die Bäume weniger Harz produzieren, das normalerweise die Käfer abwehrt. Vom Borkenkäfer befallene Bäume müssen so schnell wie möglich aus dem Wald transportiert werden. Ansonsten können die Tiere auf gesunde Bäume überspringen.

Biotopholz für Artenvielfalt

Sonst ist Schlenz mit dem Abtransport von Totholz nicht so schnell. „Eigentlich müsste es

zeigt, dass wir den Naturschutz erfolgreich in die Bewirtschaftung des Waldes integriert haben.“

Ranger schlagen Brücke

Wie wichtig es ist, eine Brücke zwischen den Belangen der Natur und der Menschen zu schlagen – das erlebt Isar-Ranger Bernhard März auf seinen täglichen Inspektionen am Flusslauf der Isar. Unterstützt wird er zwischen den Landkreisen vor Wallgau und Schäftlarn von insgesamt elf Isar-Rangern. Die Zahl wurde von vier auf elf Ranger im Sommer 2019 aufgestockt. Sie klären die Ausflügler darüber auf, wie sensibel das Ökosystem an der Isar ist. Denn der Druck auf den Wildfluss wurde zuletzt so groß, dass seit April Regeln für private Nutzer an der Isar gelten. Beispielsweise ist das Kanufahren an bestimmten Streckenabschnitten vom 15. Oktober bis zum 1. Juni verboten.

Auf anderen Flüssen ist die Nutzung längst reglementiert und die Isar dadurch immer mehr zum Ausweichfluss geworden. Im Landkreis Weilheim-Schongau gilt zum Beispiel seit rund 25 Jahren die sogenannte Ammer-Verordnung, mit der etwa Schlauchboote grundsätzlich verboten wurden und Fahrten im Kajak vom 1. Mai bis zum 15. Oktober begrenzt sind.

Schutz für den Flussregenpfeifer

Verboten sind an der Isar jetzt auch Glasflaschen an Bord und es gilt eine 0,5-Promille-Grenze für Freizeitkapitäne. „Wir setzen auf ein höfliches Miteinander und Verständnis“, sagt März. Inzwischen wird er von einigen Isargängern mit „Hey Ranger“ begrüßt. Ein großes Problem sind beispielsweise die nächtlichen Ruhestörungen auf den Kiesbänken der Isar. März hat während der Brutzeit einen genauen Überblick darüber, wo zum Beispiel der Flussregenpfeifer im Nest auf seinen Eiern hockt. Wird er gestört und kehrt nicht mehr zum Nest zurück –

weil zum Beispiel in der Nähe ein Zelt aufgeschlagen wird –, ist der Nachwuchs gefährdet. März stellt daher Schilder zum Schutz auf oder weist Störenfriede auf die Nester hin. „Wenn wir gezielt schützen, ist auch die Akzeptanz in der Bevölkerung größer“, sagt er.

Geschenk für den Wald

Und auch an der Isar ist Biotopholz wie im Wald wichtig. Denn Fische benötigen Totholz zum Leichen. So kann sich beispielsweise auch der Huchen in der Isar ansiedeln. Das Tier erreicht bis zu 1,40 Meter Größe und ist mit dem Lachs verwandt. An anderen Stellen schafft März Gehölz dauerhaft weg, damit sich die Pflanzen auf freien Lichtungen besser entfalten können. Auch beim Pfeifengras passt der Ranger auf. „Wenn ich das Gras an bestimmten Stellen nicht einmal im Jahr zurückmähe, überwuchert es andere Gräser, Kräuter und Blumen zu stark und drängt sie zurück“, erklärt März. Noch besser sei es Flächen auf natürliche Weise mit Vieh abzuweiden, die sich das Grünzeug locker rauszupfen, das sie brauchen.

Zusammenhänge verstehen

Die Führungen haben gezeigt: Wer sowohl im Wald als auch am Fluss die Zusammenhänge in der Natur versteht und erkennt, verhält sich auch rücksichtsvoller. Förster Schlenz konnte zudem durch die Demonstration der wertvollsten Fläche im Geretsrieder Stadtwald zeigen: Viel totes Holz ist vielleicht optisch weniger ansprechend, aber ein Geschenk für den Wald.

Anja Schuchardt

„NaturWeiden Donaumoos“ gewinnt Deutschen Landschaftspflegepreis

Große Freude bei der „Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos e.V.“: Das Projekt „NaturWeiden Donaumoos“ wurde wegen seiner herausragenden Leistungen zum Erhalt und zur Entwicklung der Kulturlandschaft beim Deutschen Landschaftspflegepreis 2019 in Göttingen in der Kategorie „Innovative Projekte“ mit dem Deutschen Landschaftspflegepreis 2019 ausgezeichnet. Dr. Gabriele Andretta MdL, Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, und Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege, übergaben die Preise.

Die ARGE Donaumoos setzt sich seit langem erfolgreich für eine naturschutzkonforme Landnutzung ein, um ökologisch wertvolle Flächen nachhaltig zu schützen. Durch einen Zusammenschluss extensiver Weidflächen garantiert sie eine schonende Landnutzung von 234 ha Fläche und trägt damit maßgeblich zu einer enormen Artenvielfalt bei. Durch angepasste Bewirtschaftung wiedervernasteter Moorflächen wirken die Landwirte als Klimawirte der ersten Stunde und repräsentieren eine moderne multifunktionale Landwirtschaft in einem einzigartigen Biotopverbund – so die Begründung für die Preisverleihung.

Zum Schutz der Kulturlandschaft

Die Projektverantwortlichen Dr. Ulrich Mäck und Anja Schumann nahmen den Preis stellvertretend für alle Projektteilnehmer entgegen. „Mein Dank gilt insbesondere den Weidelandwirten, ohne deren aufopferungsvollen Einsatz das Projekt nicht hätte umgesetzt werden können“, hob Schumann hervor.

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hatte zu Beginn des Deutschen Landschaftspflegepreises gefordert, eine extensive Weidetierhaltung endlich angemessen zu honorieren, um diese multifunktionale Zukunftsfunktion der Landbewirtschaftung dauerhaft zu sichern. Schließlich sei Beweidung ein wichtiges Instrument für Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft.

Schlüsselinstrument

Während weltweit eine Million aller Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind, ermögliche extensive Beweidung als Schlüsselinstrument den Schutz der Artenvielfalt und des Klimas und garantiere damit die Entwicklung attraktiver Landschaften. „Um artenreiches Grünland zu bewahren und zu entwickeln, dürfen Weidetiere deshalb nicht weiterhin aus der Landschaft verschwinden!“, unterstrich DVL-Vorsitzender Josef Göppel und machte deutlich: „Landschaftspflegeverbände sind die erfahrensten und erfolgreichsten Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz!“ DK



Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk



Urnenerdgräber als Baumgräber

Bild: Hubert Schmitt



Urnengemeinschaftsgrabfeld (mittig) und Erdgrabgemeinschaftsfeld mit Systemen (außen) mit reduzierter Pflegefläche und gleicher Ruhezeit.

Bild: Hubert Schmitt



Gerne kombiniert, Urnenstelen und pflegefreie Urnenerdgräber mit Urnenrohren und Grabplatte.

Bild: Hubert Schmitt

Friedhof in Bayern:

Bessere Wirtschaftlichkeit durch erhöhte Attraktivität mit neuen Grabarten

Von Hubert Schmitt, Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V.

Fehlende Wirtschaftlichkeit verbunden mit zunehmender Bezuschussung aus den kommunalen Haushalten erhöht den Druck auf die Gebühren und die Suche nach zusätzlichen Einnahmen. Dabei lässt sich nicht alles mit einer Erhöhung der Gebühren lösen, die politisch nicht mehr vertretbar und nicht mehr gewollt ist. Der Friedhofsträger muss sich fragen, wie attraktiv, wie akzeptiert, wie konkurrenzfähig sein Friedhof noch ist? Wandern Sterbefälle und damit Gebühren ab, weil anderswo eine schöne, grüne, naturnahe Anlage lockt, weil es dort mehr Grabarten und damit mehr Bestattungsmöglichkeiten gibt, attraktivere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen? Der externe, aber auch der interkommunale Wettbewerb hat begonnen!

Betrachtet man nur einmal das Thema neue Grabarten. Welche Anforderungen spielen hier eine Rolle? Da ist die demographische Entwicklung. Sie hat Auswirkungen auf unsere Friedhöfe. So haben wir eine weiter steigende Sterberate von derzeit rund 1% der Bevölkerung auf 1,3%. Da ist weiter die Suche nach Orten der Ruhe, des Trauerns, des Abschiednehmens. Hier gewinnt der Friedhof wieder an Bedeutung, er bietet die besten Voraussetzungen hierzu.

Der Friedhof als Ruhe- und Trauerort sollte naturnah, grünflächig, parkähnlich sein und zum Verweilen einladen. Keine Steinwüste, wo die letzten Bäume gefällt wurden, weil im Herbst ein paar Blätter aufs danebenliegende Grab gefallen sind.

Welches Angebot erwarten die Bürgerinnen und Bürger

Welches Angebot an Grabarten kann oder will man zukünftig zur Verfügung stellen? Wichtig ist es, nicht nur Bürgerwünsche zu berücksichtigen, sondern auch zu analysieren, welche Grabarten auf dem Friedhof bereits angeboten werden. Vielleicht ist nur etwas zu ändern oder umzugestalten? Welche Grabarten könnte man neu installieren, passen zur

Friedhofsanlage, würden angenommen werden?

Wichtig ist auch die Festlegung von Flächen, die nicht für die Bestattung geeignet oder auch gewünscht sind, sondern sich für andere Aufgaben besser anbieten. Wo lassen sich größere, aufgelassene, zusammenhängende Flächen im Bestand entwickeln? In solchen Flächen dürfen keine Neubelegungen vorgenommen werden. Wo kann man mit den Grabnutzern über eine vorgezogene Auflösung oder Verlegung sprechen, weil nur noch wenige Gräber eine andere Nutzung blockieren?

Fehlinvestitionen vermeiden

Nicht jeden Grabart-Trend muss man mitmachen. Vielleicht bietet man den Bürgern einige Grabarten an, die dann – je nach Akzeptanz – erweitert oder modifiziert werden können. Damit werden auch Fehlinvestitionen verhindert.

Schon die gängigsten Urnenerdgrabvarianten bieten eine Vielzahl von Möglichkeiten in Gestaltung und Umsetzung. Das individuelle Urnenerdgrab mit noch kleiner Pflanzfläche, das gerne noch als Ersatz für das klassische Wahlgrab/Familiengrab (Sarggrab) genommen wird. Dann die pflegearmen bis

pflegefreien Urnenerdgräber, oft als Gemeinschaftsgräber im Rasenfeld oder naturnah am Heckenbereich oder als Baumgrab.

In einigen Regionen gibt es auch noch die anonymen bzw. halbanonymen „Streuweisen“, wobei festzustellen ist, dass die Anonymität aus trauerpsychologischen Gründen rückläufig ist. Baulich und oberirdisch werden Urnenwände, Urnenstelen oder Urnennischen errichtet. Falls vorhanden werden auch Indoor-Kolumbarien in nicht mehr genutzte Leichenhäuser eingebaut.

Steigende Kremationsrate

Verständlicherweise wird der Fokus bei den neuen Grabarten aufgrund der steigenden Kremationsrate vermehrt auf Urnengräber gelegt. Gerade bei den Urnengrabarten gibt es natürlich eine Vielzahl an Ausführungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Einige dieser Urnengrabarten lassen sich verhältnismäßig schnell und ohne großen Kostenaufwand errichten, bei anderen etwas flächenintensiveren Versionen muss auch entsprechend vorgeplant werden. Ist doch auf die vorhandene Infrastruktur, Nutzungs- und Ruhezeiten Rücksicht zu nehmen.

Es ist immer sinnvoll, ein Entwicklungs- und Betreuungskonzept für den ganzen Friedhof zu erstellen. Eine Grabart, nur alleine für sich betrachtet und angelegt, kann morgen schon nicht mehr nachgefragt oder an der falschen Stelle sein.

Zudem lassen sich Urnengräber, oberirdisch und unterirdisch, leichter in vorhandene Flächen integrieren. So werden

Urnenvandalen gerne noch vor der Friedhofsmauer oder an der Aussegnungshalle platziert und einzelne Urnenstelen oder Urnennischen auf aufgelassene Erdgräber gestellt. Dann gibt es noch Reserve-, Überhangs-, Erweiterungs- und Problemflächen, die auch sehr schnell für neue Urnengräber genutzt werden können. Mit Konzept hat dies oft wenig zu tun.

Folgen des Klimawandels:

Neue Herausforderungen in der Waldbewirtschaftung und im Naturschutz

Naturschutztag der Bayerischen Staatsforsten im Gramschatzer Wald des Forstbetriebs Arnstein

Rund 100 Experten und Interessierte trafen sich in diesem großen Waldgebiet vor den Toren Würzburgs. In Fachvorträgen und einer Exkursion wurden die drängenden Fragen zum Spannungsfeld Klimawandel, Wald und Naturschutz vor Ort diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Strategien der Waldbewirtschaftung die Belange des Klima- und Naturschutzes bestmöglich berücksichtigen.

Wenn die Bayerischen Staatsforsten zu ihrem siebten Naturschutztag laden, steht erneut eine naturschutzfachlich spannende Region im Mittelpunkt des Interesses. Der Forstbetrieb Arnstein hat als laubholz- und eichenreichster Betrieb der Bayerischen Staatsforsten mit seinen naturnahen Laubmischwäldern große Verantwortung für den Natur- und Artenschutz in Unterfranken. Hirschkäfer, Wildkatze, Halsbandschnäpper und viele Fledermausarten haben hier ebenso ihren Lebensraum wie seltene Pilz- und Pflanzenarten.

Klimawald braucht nachhaltiges Management

Zugleich liegen die Wälder in der mit am stärksten vom Klimawandel betroffenen Region Bayerns.

Doch auch die vorhandenen Erdgrab- (Sarggrab-) Varianten müssen analysiert und den Anforderungen entsprechend modifiziert und angepasst werden. Wir haben in großen Teilen Bayerns noch eine hohe Erdgrabrate. Diese Familiengräber müssen bei der Weiterentwicklung des Friedhofs mitgenommen werden. Wie die Urnengräber sollen sie pflegearm bis pflegefrei sein, nicht teuer und sie sollen die gleichen Ruhezeiten haben. Dass dies mit Systemgräbern machbar ist, haben schon viele Kommunen bewiesen.

Parkähnliche Atmosphäre

Zusammenfassend ist bei allen diesen Grabarten, unter-

irdisch oder oberirdisch, für Urne oder Sarg, darauf zu achten, dass sie in der Ausführung und Gestaltung, je nach Platz, Budget und planerischer Kompetenz zur Friedhofsanlage passen.

Eine optimale Einbindung in die Anlage, erhöht sicher die Attraktivität und damit auch die Akzeptanz beim Bürger. In einer gelungenen Kombination mit anderen Flächen und Gebäuden, eingebunden in einer parkähnlichen Atmosphäre, wird es dem Friedhof wirtschaftlich bald besser gehen. Wenn wir den derzeitigen durchschnittlichen Kostendeckungsgrad in Bayern von rund 50% nicht deutlich steigern, werden viele Friedhöfe langsam aber sicher sterben. ☐

halt. Vor diesem Hintergrund gewinnen integrative und dynamische Naturschutzstrategien, wie die regionalen Naturschutzkonzepte der Bayerischen Staatsforsten, und der Erhalt des Ökosystemverbunds durch Trittsteine natürlicher Waldentwicklung zunehmend an Bedeutung.

Erholung, Naturschutz und Forstwirtschaft im klimastabilen Mischwald

„In Arnstein wird bewiesen, dass es in naturnahen, klimastabilen Mischwäldern mit einem klugen Naturschutzkonzept gelingen kann, Naturschutz, Forstwirtschaft und die Erholungsfunktion in den Wäldern zu vereinen“, fasst Forstbetriebsleiter Christoph Riegert die Arbeit seines Teams zusammen. „Mit unserem neuen Naturschutzkonzept erhalten wir weiterhin strukturreiche, vernetzte Lebensräume für zahlreiche Arten und fördern die Biodiversität in einem sich wandelnden Ökosystem Wald.“ ☐

Vertrauen Sie bei Ihrer **Friedhofsgestaltung** den Partnern, deren Friedhofsysteme sich in den letzten 30 Jahren bestens in der Praxis bewährt haben.

Grabkammer Systeme

Urnenanlagen



Leuchtende Augen in Wurmansquick

Tag der offenen Tür bei Henne

Am 21. September öffnete die Henne Nutzfahrzeuge GmbH bei strahlendem Sonnenschein ihren Standort in Wurmansquick bei Eggenfelden, um Fans und Kunden einen Blick hinter die Kulissen zu ermöglichen.

Diesem Aufruf folgten fast 500 Gäste, die an diesem Tag bei Henne beinahe 30 Exponate kennenlernen und ausprobieren konnten. Dazu gehörten der Mercedes-Benz Unimog mit den verschiedensten kommunalen Anbaugeräten, Baumaschinen von JCB, Geräteträger von Hansa, Multihog und Lindner sowie leichte Nutzfahrzeuge wie der Streetscooter und der FUSO Canter. Sogar das Probesitzen in einem nagelneuen Actros war möglich.

Zwei Highlights sorgten bei großen und kleinen Besuchern ganz besonders für Herzklopfen und Staunen mit offenem Mund: Die spektakuläre Unimog-Rampenüberfahrt mit einer Steigung von 45 Grad sowie die Möglichkeit, unsere großen JCB Radlader und Kettenbagger in einer echten Kiesgrube auszuprobieren. Die gratis Hendl und Getränke pünktlich zum Wiesnstart rundeten das Erlebnis ab und besiegelten für viele einen spannenden und aufregenden Familientag bei Henne.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Zweite Sandsack-Abfüllanlage für Landkreis Passau:

Schnelle Hilfe im Hochwasserfall

Freistaat fördert rund 40 Prozent
Anlage wird in Pocking stationiert

Seit 2009 ist die Sandsack-Abfüllanlage des Landkreises Passau in Tiefenbach in Betrieb und hat sich in vergangenen Hochwasserfällen bestens bewährt.

Um künftig auch den südlichen Landkreis im Ernstfall schnell und flächendeckend mit Sandsäcken versorgen zu können, hat die Katastrophenschutzbehörde am Landratsamt Passau eine weitere Anlage angeschafft. Das neue, etwa 13.700 Euro teure Gerät wurde nun vom Hersteller geliefert.

Sandsäcke für südlichen Landkreis

Stationiert ist die neue Anlage im Bauhof Pocking, zugeordnet ist sie der Freiwilligen Feuerwehr Schönburg. Für die Anschaffung von Sandsack-Abfüllanlagen hat der Freistaat Bayern ein Förderprogramm aufgelegt. Die neue Anlage im Landkreis Passau ist die letzte, die von dem Förderprogramm noch berücksichtigt wurde. Deshalb steuert der Freistaat knapp 6.000 Euro bei. Den Restbetrag trägt der Landkreis Passau. Das Gerät verfügt über fünf Abfüllplätze. Damit können pro Stunde etwa 3.000 Sandsäcke abgefüllt werden.

Mehr Versorgungssicherheit

Landrat Franz Meyer freute sich bei der offiziellen Inbetriebnahme der Anlage, dass die An-

schaffung des Landkreises noch von dem staatlichen Förderprogramm abgedeckt wird. „Diese Anlage ist ein großes Plus für die Versorgungssicherheit im Hochwasserfall“, so Meyer. Für ihn sind gut ausgebildete Hilfskräfte und eine geeignete technische Ausstattung die Grundlage, um im Katastrophenfall Schäden abzuwenden oder so gering wie möglich zu halten.

Dank des Landrats an engagierte Mithelfer

Der Landrat dankte bei dem offiziellen Termin Kreisbrandrat Josef Ascher, dem örtlichen Kreisbrandinspektor Peter Högl, dem Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes Alois Fischl, der zweiten Bürgermeisterin der Stadt Pocking, Rosemarie Freudenstein, sowie den Kameraden der Feuerwehr Schönburg mit Kommandant Georg Rutzinger für die Bereitschaft, den Betrieb der Anlage zu übernehmen. Sein Dank galt darüber hinaus den Mitarbeitern der Katastrophenschutzbehörde, die mit dem Ausschreibungs- und Förderverfahren beschäftigt waren. „Sie alle sorgen dafür, dass unser Landkreis wieder ein Stück sicherer wird“, so Franz Meyer.

Maßnahmen zum Erhalt des Lebensraumes Wald:

15.000 Bäume für den Wald im Kreis

Runder Tisch mit Waldbesitzern, Förstern, Jägern und Naturschützern bei Landrat Johann Kalb

Der Landkreis Bamberg wird für jeden neugeborenen Bürger - aktuell mehr als 1000 pro Jahr - einen Baum pflanzen. Die Gemeinden sollen dem Beispiel folgen und für je zehn ihrer Einwohner der Natur einen Baum schenken. „Ich möchte mit unseren Gemeinden ein Zeichen setzen“, so Landrat Johann Kalb bei einem Treffen, zu dem er zwei Dutzend Vertreter aus Staatsforst und Privatwald, Jagd, Natur- und Vogelschutz und Verwaltung eingeladen hatte. Diese hatten sich mit einem Hilferuf an den Landkreischef gewandt.

Bei der Veranstaltung wurde die Idee eines Pilotprojektes des Leiters des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg, Hans-Rüdiger Schmittnägel, weiterentwickelt, bei dem wissenschaftlich begleitet - neuen Baumarten an verschiedenen Standorten getestet werden. Der Heiligenstädter Bürgermeister Helmut Krämer sicherte die nötigen Flächen zu. Flächen sollen die Gemeinden auch bereitstellen, um das Schadholz zwischenlagern zu können. Die Teilnehmer vereinbarten zudem, alle erforderlichen Schritte so unbürokratisch wie möglich anzugehen.

Aus den Statements der Teilnehmer war unisono zu entnehmen: Die Situation des Waldes ist dramatisch. Die langanhaltende Trockenheit und Schädlinge gefährden den Wald in seiner Existenz - nicht mehr nur die Kiefern, inzwischen sind auch die Buchen betroffen. Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geht davon aus, dass eine Fläche von 800 bis 900 Hektar neu aufgeforstet werden muss. Um den Lebensraum zu erhalten, ist nicht nur ein Schulterschluss von Förstern, Waldbesitzern, Jägern und Naturschützern nötig: Der Schutz des Waldes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

„Fast 40 Prozent der Fläche des Landkreises ist Wald, je zur Hälfte in privater und öffentlicher Hand“, steckte Landrat Johann Kalb die Dimension der Situation ab. Es gibt 13500 Privatwaldbesitzer, zwei Staatsforstbetriebe und fast 250 Jagdreviere.

Initiativen bündeln

In einem Pilotprojekt sollen Bäume, die Trockenheit und Wärme besser aushalten, gepflanzt und getestet werden, so Hans-Rüdiger Schmittnägel. Der Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, Helmut Krämer, erklärte sich bereit, in Heiligenstadt Flächen für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen.

Die Vorsitzende der Waldbauernvereinigung, Angelika Morgenroth, warb dafür, das Holz als Baustoff zu fördern. Wichtig sind aus ihrer Sicht dezentrale Hackenschnitzelanlagen. Für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen benötigen die Waldbesitzer nicht nur Lagerflächen für das Schadholz. Nachdem sie mit der Waldbewirtschaftung viel für die Gesellschaft tun, forderte sie staatliche Unterstützung.

„Das Ausmaß des Klimawandels hat auch uns überrascht“, räumte Erich Spranger, zweiter Vorsitzender des Bund Naturschutz, ein.

Es sei ein politischer Wandel nötig. Die begrüßenswerten Bemühungen im Landkreis, erneuerbare Energien zu fördern, müssten weiter verstärkt werden. Außerdem sei eine Naturverjüngung nötig. Hier pflichtete Ulrich Mergner vom Forstbetrieb Ebrach der Bayerischen Staatsforsten bei. Es sei fatal, wenn eine Pflanze vertrockne und die andere verbissen werde. Mergner plädierte dafür, in dieser Situation die Jagdbürokratie abzubauen und Bewegungsjagden zu erleichtern.

Klaus Teufel von der Kreisgruppe Bamberg des Bayerischen Jagdverbandes machte deutlich, dass durch die veränderte Walddnutzung „zu viel Unruhe im Wald“ sei. Das erschwere die Jagd, wemgleich die Jäger ihre Abschusspläne erfüllen. Er machte klar: „Ohne Zäune werden neue Baumarten nicht hochkommen.“ Die Teilnehmer vereinbarten, die Zusammenarbeit zu verstärken.

Beuthauser und Reform starten gemeinsam in die Zukunft:

Breites Spektrum an Service-Dienstleistungen

Nutzfahrzeugflotten müssen das ganze Jahr über mobil gehalten werden

Zum 1. September 2019 übernahm Beuthauser die Reform-Vertretung für alle Autobahndirektionen, Staatliche Bauämter, Wasserwirtschaftsämter und Schlösser-/Seenverwaltungen, sowie den Talsperren-Verwaltungen in ganz Bayern.

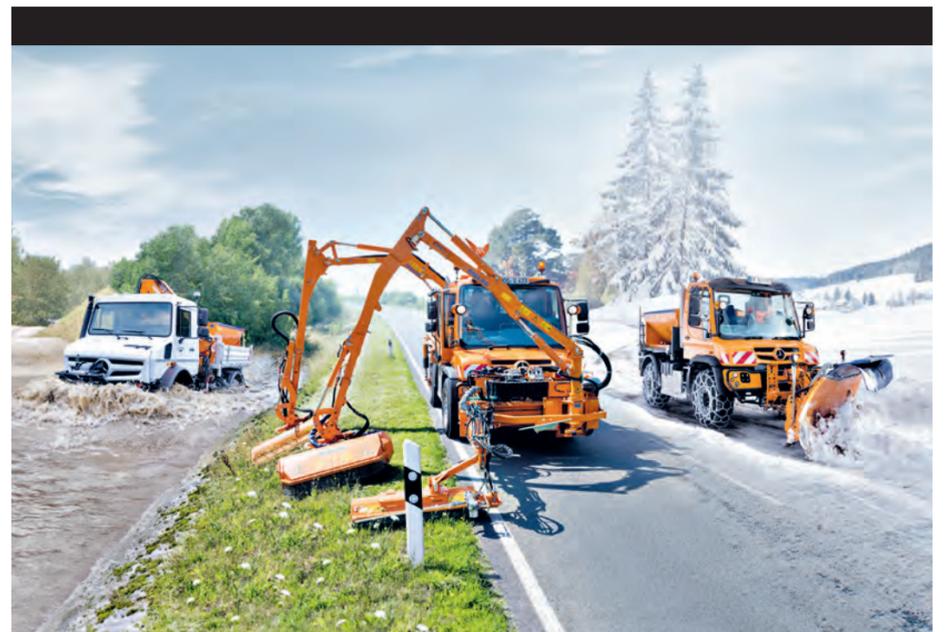
Als langjähriger Partner vieler namhafter Kommunalfahrzeug-Hersteller ist Beuthauser immer an der Seite von Kommunen, Dienstleistern, Versorgungsbetrieben und Lohnunternehmern. Bei Kauf, Leasing und Finanzierung von Fahrzeugen und den dazugehörigen Anbaugeräten steht Beratung an erster Stelle. Zusätzlich bietet Beuthauser ein breites Spektrum an Service-Dienstleistungen, die Nutzfahrzeugflotten das ganze Jahr über mobil halten.

Innovative Spezialfahrzeuge

Reform, ein international ausgerichteter und innovativer Hersteller von Spezialfahrzeugen für den Ganzjahreseinsatz in der Bergland- und Kommunaltechnik, ist für Beuthauser ein vielversprechender Partner in eine gemeinsame Zukunft. Zu den erfolgreichsten Produkten des österreichischen Familienunternehmens gehören die Geräteträger Metrac und Mounty, der Einachser Motech und der funkferngesteuerte Hybrid-Geräteträger Metron. Als Vertre-

terung für alle Autobahndirektionen, Staatliche Bauämter, Wasserwirtschaftsämter und Schlösser-/Seenverwaltungen, sowie den Talsperrenverwaltungen in ganz Bayern ist Beuthauser mit Claus Artmayer, Leiter des Geschäftsbereichs Kommunaltechnik und Produktspezialist Christian Walter erster Ansprechpartner.

An den beiden Kommunalstandorten in Hengersberg und Kulmbach befinden sich die Servicekompetenzzentren. Mit den beiden Werkstatteleitern Matthias Kapfhammer (Hengersberg) und Thomas Schoberth (Kulmbach) und deren Teams sind die Spezialfahrzeuge von Reform in den besten Händen. Alle regelmäßigen und auch alle unplanmäßigen Arbeiten können von den Experten sowohl in den Werkstätten, als auch vor Ort beim Kunden, schnell und kompetent durchgeführt werden. Durch direkte Werksanbindung ist nicht nur der Service durch das Beuthauser Fachpersonal gewährleistet, sondern auch die Ersatzteilversorgung in den Kompetenzzentren.



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen

Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Kommunaler Praxistag in Neumarkt

am 24. Oktober 2019 in der Jura-Halle, 92318 Neumarkt

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelestadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Bild: Landratsamt Passau

Tagung der niederbayerischen Landräte in Dingolfing:

Der Staat muss liefern

Die Landratsämter benötigen mehr Personal, um die Vielzahl staatlicher Aufgaben zu erfüllen, so der Tenor der niederbayerischen Landrätetagung in Dingolfing. Die Umsetzung des Artenschutz-Gesetzes und die Digitalisierung der Schulen stellten Herausforderungen dar, für die man dringend zusätzliche Stellen schaffen müsse. Die Bayerische Staatsregierung, so Landrat Franz Meyer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Bayerischen Landkreistag, müsse ihre Versprechen einhalten.

Um das Artenschutz-Gesetz zu vollziehen, sind aus Sicht der niederbayerischen Landkreischefs an den Naturschutzbehörden mindestens zwei zusätzliche Stellen erforderlich. Hinzu komme für jeden Landkreis mindestens ein Biodiversitätsbeauftragter.

Personeller Engpass

Wie Dr. Johann Keller, Präsidialmitglied im Bayerischen Landkreistag, erläuterte, beläuft sich das Defizit in den Landratsämtern in Bayern auf insgesamt 1.450 Stellen. Um staatliche Aufgaben zu erfüllen, müssten die Landkreise enorme Summen aus Kreismitteln entrichten. Laut Keller kostet die zusätzliche Belastung jeden Landkreis etwa zwei Millionen Euro pro Jahr.

Was die Digitalisierung der Schulen anbelangt, verwies der gastgebende Landrat Heinrich Trapp auf hilfreiche Förderprogramme zur technischen Ausstattung der Landkreisschulen, die somit auf den neuesten Stand gebracht worden seien.

Allerdings sei der laufende Unterhalt weitaus aufwändiger als die Anschaffungen, weshalb der Staat auch hier in der Pflicht sei.

Klare Vorgaben der Staatsregierung und des Bundes erhoffen sich die niederbayerischen Landräte auch bei der Frage, wie die Veterinärämter an den Landratsämtern bei Tiertransporten in Drittländer wie Usbekistan, Turkmenistan oder Kasachstan weiter verfahren sollen. Laut einem aktuellen Bericht von Amtstierärzten ist ein tierschutz- und rechtskonformer Transport von Rindern in diese Bestimmungsländer zur Zeit nicht möglich, da es in Russland keine Versorgungsmöglichkeiten für die Tiere entlang der bekannten Haupttransportrouten gibt.

Die Veterinärämter sind für die Ausstellung sog. Vorzeugnisse zuständig, die für eine Verbringung von Rindern zwischen der Hofstelle und einer Sammelstelle erforderlich sind. Die niederbayerischen Landkreischefs hatten auf Grundlage der aktuellen Informationen ihren Amtstierärzten den Rücken ge-

stärkt und die Vorzertifizierung solcher Transporte eingestellt.

Erfreuliche Nachrichten hatte schließlich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich im Gepäck: In den Landkreisen Freyung-Grafenau und Regen, in denen es kaum niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiatern gibt, entstehen demnächst sogenannte Institutsambulanz. Weitere seien in den Landkreisen Rottal-Inn und Kelheim geplant.

Institutsambulanzen in Waldkirchen und Zwiesel

Heinrich zufolge hat der Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern der Eröffnung einer Ambulanz der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Gesundheitszentrum Waldkirchen zugestimmt. „Ein entscheidender Schritt hin zu einer deutlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung in der Region“, freute sich Heinrich, der gleichzeitig deutlich machte, dass man damit den niedergelassenen Ärzten keinesfalls Konkurrenz machen wolle; vielmehr gehe es darum, Versorgungslücken zu schließen.

In einem Gesamtkonzept für Niederbayern hatte der Bezirkstagspräsident von Niederbayern auf Vorschlag des Bezirkstagspräsidenten bereits vor mehreren Jahren einstimmig beschlossen, in Waldkirchen eine „Psychiatri-

sche Institutsambulanz“ (PIA) zu eröffnen. Dort werden Ärzte und weitere medizinische Fachkräfte des Bezirks eine wohnortnahe Versorgung von Kindern und Jugendlichen anbieten.

Die umfangreichen Vorbereitungen sind nun so gut wie abgeschlossen. „Wir geben in wenigen Monaten den betroffenen Familien aus dem Landkreis die Möglichkeit, vor Ort behandelt zu werden. Bisher ist der Landkreis Freyung-Grafenau absolut unterversorgt“, erläuterte der Bezirkstagspräsident. Da gerade für junge Menschen lange Fahrzeiten zur Behandlung besonders belastbar seien, sei die nun bevorstehende Eröffnung der PIA „einfach nur wunderbar“.

Die Räumlichkeiten, die der Bezirk Niederbayern im Gesundheitszentrum Waldkirchen anmietet, sind seit längerem mit der Geschäftsführung definiert, der Mietvertrag kann in Kürze unterschrieben werden. In den kommenden Wochen gilt es, kleinere bauliche Anpassungen vorzunehmen, parallel wird der Bezirk sich um die Besetzung der neu zu schaffenden Arbeitsplätze bemühen. „Durch die Genehmigung des Zulassungsausschusses können wir nun sicher davon ausgehen, dass es in wenigen Monaten losgeht und Mitarbeiter einstellen“, teilte Heinrich mit.

Im Landkreis Regen wird die neue psychiatrische Institutsambulanz in Räumlichkeiten am Krankenhaus Zwiesel eingerichtet, die der Bezirk Niederbayern angemietet hat und der Landkreis für den neuen Zweck umbaut. Die Räume sollen schon Mitte Oktober bezogen werden. Ärzte und medizinische Fachkräfte des Bezirks werden dort eine wohnortnahe Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen und Krankheiten anbieten.

Zunächst sollen Patienten aus dem Landkreis Regen angenommen werden, die schon in der Deggendorfer Ambulanz in Behandlung sind. Ab November können dann auch neue Patienten angenommen werden. Die Ambulanz, so der Bezirkstagspräsident, wird keine Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzten, sondern schließt eine Versorgungslücke in der Region. **DK**

anschießend Bildungsexpertinnen und -experten für die Bereiche der frühkindlichen, der beruflichen und der kulturellen Bildung interessante Praxisansätze für gute Bildungssteuerung vor. Fachinputs kamen dabei u.a. von Landrat Andreas Meier aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab und Oberbürgermeister Norbert Tessmer aus Coburg sowie von der Siemens AG mit den dortigen Bildungsverantwortlichen Alexander Bach, Robert Jäger und Anja Täufer und aus der Wissenschaft von Prof. Dr. Vanessa-Isabelle Reinwand-Weiss sowie Judith Durand vom Deutschen Jugendinstitut in München.

Anschließend diskutierten die Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung und den Kammern zu lokalen und regionalen Strategi-

„Gütesiegel Heimatdorf“ für leuchtende Vorbilder

Die Gemeinden Kößlarn und Schalkham aus Niederbayern, Adelshofen und Buchbach aus Oberbayern sowie Gestratz und Wildpoldsried aus Schwaben wurden in München von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit dem „Gütesiegel Heimatdorf 2019“ ausgezeichnet. Die Gemeinden erhalten eine Geldprämie in Höhe von 50.000 Euro bzw. bei Lage im Raum mit besonderem Handlungsbedarf 60.000 Euro zur weiteren unmittelbaren Verbesserung der Lebensqualität vor Ort im Sinne des in der bayerischen Verfassung verankerten Grundsatzes der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“.

Mit der Umgestaltung des ehemaligen Klostergartens in zentraler Lage zu einer familienfreundlichen, generationsübergreifend nutzbaren Anlage will die Gemeinde Adelshofen den Dorfplatz aufwerten. Damit wird das ökologische, soziale und städtebauliche Potenzial der Fläche passend genutzt. Der Markt Buchbach wiederum beabsichtigt, die ungünstige Verkehrliche Situation für Rettungsdienste zu verbessern mit dem Aufbau und der Sicherstellung einer First-Responder-Einheit in einem Anbau an das Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Rannoldsbach.

Beispiel Markt Kößlarn

Vor allem für junge Familien möchte der Markt Kößlarn das örtliche Freizeitangebot attraktiver machen. So sollen auf dem Gelände der Grundschule ein Spiele- und Bewegungsparcours für alle Altersklassen, eine Fahrradübungsanlage für Grundschüler sowie ein Spielplatz errichtet werden. Die Gemeinde Schalkham verfügt bislang über kein Bade-/Schwimmangebot am Ort. Deshalb soll mit der Erschließung einer Wasserquelle in Johannesbrunn bei Berg eine Kneippanlage mit Naturbadeweiher entstehen. Ferner wird das Flussufer der „Leberskirchner Welle“ zugänglich gemacht mit Ruhezone und Bademöglichkeit. Damit entsteht ein naturnahes und mit anderen Angeboten vernetztes Freizeitgelände für alle Altersgruppen.

Mit dem Bau eines Dorfladens in der Ortsmitte beabsichtigt die Gemeinde Gestratz, die Deckung des täglichen Bedarfs im Ort zu ermöglichen. Zusätzlich sollen zwei Sozialwohnungen

entstehen. Die Gemeinde Wildpoldsried stärkt mit der Einrichtung des neuen Vereinsheims für den Musik- und Schützenverein am Sportgelände das Vereins- und Dorfleben. Mit der Prämie werden Inneneinrichtung und Technik finanziert.

Wie Staatsminister Füracker beim Festakt hervorhob, „stärkt der Freistaat seine Kommunen, fördert das bürgerschaftliche Engagement der Menschen vor Ort, investiert in Strukturen, Institutionen und Innovationen. Dabei sind unsere Heimatdörfer nicht nur strahlende Sieger, sondern auch leuchtende Vorbilder für den ganzen Freistaat.“ Von den bayernweit 150 Bewerbern wurden jeweils zwei Gemeinden je Regierungsbezirk von einer Jury, bestehend aus Regierungspräsident und Bezirksheimatpfleger des jeweiligen Regierungsbezirks sowie Heimatministerium in einem vierstufigen Bewerbungsverfahren ausgewählt. **DK**

Kommunen in Nordbayern:

Blick auf die Zukunft des lebenslangen Lernens

Weitreichende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zeigen, dass einmal erworbene Qualifikationen nicht mehr ausreichen, um die gesamte Erwerbsphase zu bewältigen und aktiv an der Gesellschaft zu partizipieren. Bildung wird zum Schlüsselthema der Region. Die erste regionale Bildungskonferenz im Haus der Kirche in Erlangen bot über 100 Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Politik und Verwaltung aus der Metropolregion Nürnberg und Nordbayern die Gelegenheit, sich zusammen mit Bildungsexperten über Bildungsherausforderungen der Zukunft auszutauschen und auszulegen, wie diesen auf regionaler Ebene begegnet werden kann.

Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, betont: „Die Kommunen in der Metropol-

Seit 2014 wurden unter dem Motto „Mehrwert durch Kooperation“ rund 28 Bildungsbüros in nordbayerischen Landkreisen

einige Bildungsländer einen Beitrag zur Steigerung der Standortattraktivität leisten und Teil der Regionalentwicklung werden können. 2019 sind vier neue Kommunen hinzugekommen, die vom bereits gewachsenen Netzwerk und dem Wissenstransfer über das Regionalbüro Nord der Transferagentur Bayern profitieren. Neben den Landkreisen Kitzingen und Neustadt an der Waldnaab sind dies auch die kreisfreien Städte Weiden und Würzburg.

Neue Bereiche erschließen

Blick nach vorne: Oberbürgermeister, Dr. Florian Janik, machte in seinem Grußwort deutlich: „Mit der regionalen Bildungskonferenz wird der Diskurs in der Politik und Verwaltung stärker darauf gelenkt, die zukünftigen Entwicklungen in der Bildung gemeinsam – eben auch auf regionaler Ebene – zu betrachten und noch stärker bei Lösungen zusammenzuarbeiten. Wenn man das lebenslange Lernen ernst nimmt, müssen wir unser eingespieltes Gefüge an Bildungseinrichtungen mittelfristig umbauen und neue Bereiche wie die kulturelle Bildung erschließen. Hinzu kommt die Veränderung unserer persönlichen Einstellungen zu Bildung und beruflichen Kompetenzen. Eine große Herausforderung, die wir in der Metropolregion in der ersten regionalen Bildungskonferenz gemeinsam diskutieren.“

Der Keynote-Vortrag von Prof. Dr. phil. Anne Sliwka von der Universität Heidelberg zum Thema „Strategie und Kollaboration – wie sich leistungsstarke Bildungssysteme für die Zukunft aufstellen“, thematisierte zukünftige Herausforderungen des Lernens im 21. Jahrhundert und richtete den Blick auf Entwicklungen in den Bildungssystemen in international vergleichender Perspektive.

In drei parallelen Foren stellten

en für eine funktionierende und attraktive Bildungslandschaft. Zentrale Fragenstellungen waren dabei beispielsweise: Welche Einflussmöglichkeiten kann die Kommune nutzen, um die Qualität des Angebots im frühkindlichen Bereich an neue Anforderungen anzupassen? Wie kann man vor Ort für die regionale Wirtschaft sicherstellen, dass passgenaue Bildungsangebote vorhanden sind? Wie können Städte und Landkreise kulturelle Angebote fördern und optimieren?

Weitere Informationen bot ein umfangreicher Thementisch mit den seit 2014 entstandenen Veröffentlichungen zum Thema Bildungsmonitoring und Bildungsberichterstattung aus den nordbayerischen Kommunen. **□**



Vertreter aus vier neuen Kommunen - v.l.: Achim Könneke (Kultur-, Schul- und Sportreferent der Stadt Würzburg), Landrat Andreas Meier (Landkreis Neustadt an der Waldnaab), Landrätin Tamara Bischof (Landkreis Kitzingen) und Bürgermeister Lothar Höher (Stadt Weiden) - wurden symbolisch mit einer Schultüte in das seit 2014 aufgebaute Bildungsnetzwerk der Metropolregion und Nordbayern aufgenommen.

Bild: Rudi Ott

gion Nürnberg stehen aktuell vor vielfältigen Herausforderungen – insbesondere durch den bestehenden Fachkräftebedarf und die digitale Transformation. Diese Dynamiken erfordern einen weitreichenden Wandel in allen Bildungsbereichen des lebenslangen Lernens, dem sich auch die kommunale Verwaltung und die Bildungseinrichtungen stellen müssen. Mit den bestehenden Bildungsbüros liegen bereits gute lokale Lösungsansätze und vielfältige Erfahrungen vor.“

und kreisfreien Städten eingerichtet. Finanzielle Unterstützung erhielten die Kommunen durch die bundesweite Transferinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Bisher sind in diesen Kommunen 48 Bildungskonferenzen und 30 Bildungsberichte bzw. Faktenchecks zu bildungspolitisch relevanten Themen durchgeführt bzw. veröffentlicht worden. Dieses neu entstandene Netzwerk für Bildung macht deutlich, dass weitere Investitionen in die re-

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der 39-jährige Polizeiinspektor Christian Keller (CSU) hat die Bürgermeisterwahl in Grafenrheinfeld (Landkreis Schweinfurt) mit 66,8 Prozent der Stimmen gewonnen. Mitbewerberin Ursula Weidinger (Aktive Grafenrheinfelder Bürger) erzielte 19,7 Prozent und Michael Niklaus (Freie Bürgerliste) 13,5 Prozent. Diese außerplanmäßige Wahl wurde erforderlich, weil die bisherige Amtsinhaberin Sabine Lutz (Rafelder mündige Bürger) aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Die Wahlbeteiligung betrug 74,15 Prozent.

Thomas Salzberger heißt der neue Rathauschef von Kaufeuring (Landkreis Landsberg). Der SPD-Kandidat siegte mit 55,4 % der Stimmen gegen Patrick Heißler von den Grünen, der auf 44,6 % kam. Der 53-jährige Salzberger war bisher Leiter der Vergabestelle der Stadt Landsberg. Die Wahl war notwendig geworden, weil Bürgermeisterin Bärbel Wagener-Bühler das Amt aus persönlichen Gründen nach eineinhalb Jahren aufgab. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Wege für nachhaltiges Handeln:

1. Fair Trade Gipfel der Metropolregion Nürnberg

37 Kommunen unterzeichnen in Bamberg Pakt zur nachhaltigen Beschaffung:

Ein starkes Signal für den Fairen Handel und die Nachhaltige Beschaffung: auf dem 1. Fair Trade Gipfel der Metropolregion Nürnberg wurde das bestehende Engagement bekräftigt und neue Wege und Lösungen für nachhaltiges Handeln in der Metropolregion entwickelt. Einer der Höhepunkte der Veranstaltung war die feierliche Unterzeichnung des „Paktes zur nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen der Europäischen Metropolregion Nürnberg“. „37 Kommunen richten ihre Beschaffung verstärkt nach Nachhaltigkeitskriterien aus – das ist ein starkes politisches Zeichen aus der Region.

Für den Ausbau des Fair Trade Engagements freuen wir uns auch über die Unterstützung des Bundes. Gelebte Nachhaltigkeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, sagte Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion und als Oberbürgermeister der Stadt Bamberg Gastgeber des Gipfels.

Mit auf den Weg gebracht hat den Pakt die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion, die seit 2018 Kommunen der Metropolregion in ihrem Fair Trade Engagement berät. Sie wird im Rahmen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Ein neuer Projektantrag ab 2020 wurde mit dem Fokus auf Nachhaltige Beschaffung gestellt.

Die Beschaffungspolitik öffentlicher Einrichtungen umfasst bun-

desweit 350 Milliarden Euro. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien ist dabei eine große ökonomische Aufgabe. Nur 28 Prozent der Kommunen in der Metropolregion beschaffen bislang faire Produkte und berücksichtigen Sozial- und Umweltstandards bei Anschaffungen. Das wollen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Paktes zur nachhaltigen Beschaffung ändern. Mit ihrer Unterschrift erklären sie sich bereit, Stadt-, Gemeinderats- und Kreistagsbeschlüsse sowie verbindliche Beschaffungsleitlinien für nachhaltige Produkte zu prüfen. Im Pakt ist außerdem festgelegt, dass 2020 acht Millionen Euro in die Beschaffung fairer Produkte fließen sollen.

Bislang stimmen dem Pakt zur nachhaltigen Beschaffung 37 Kommunen aus der Metropolregion zu – angefangen von kleinen Gemeinden bis hin zu großen Städten und Landkreisen. Weitere Kommunen sind eingeladen, den Pakt zu unterzeichnen. Die Unterstützung des Paktes ist weiterhin möglich. „Durch den Pakt fangen wir an, uns noch intensiver mit dem Thema nachhaltige Beschaffung auseinanderzusetzen und profitieren von der Expertise, die es bereits in der Region gibt. Über den Gipfel erhoffen wir uns praktische Tipps und weitere Informationen“, sagt Ilse Dölle, Bürgermeisterin vom Markt Eckental.

Fairer Handel als Chance

Thorsten Glauber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, sieht im 1. Fair Trade Gipfel eine große Chance für Fairen Handel und nachhaltige Beschaffung: „Hier werden Bürger und Entschei-

Inklusionspreise des Bezirks Unterfranken:

Mit Vielfalt zum Erfolg

Insgesamt fünf Sieger-Gruppen erhielten in Würzburg den mit insgesamt 12.500 Euro dotierten Unterfränkischen Inklusionspreis aus den Händen von Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel.

Bei dem heuer zum fünften Mal ausgetragenen Wettbewerb wurden Projekte ausgezeichnet, die nach Dotzels Worten „die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Alltag nachhaltig und konkret verbessern oder einen spürbaren Beitrag zu ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft leisten“.

Kooperationsprojekt Kaffeerösterei

In der Kategorie „Arbeit“ gewann das „Kooperationsprojekt Kaffeerösterei“ einen der mit jeweils 2.500 Euro dotierten Preise. Die Kaffeerösterei wird in Kooperation mit Bühners Rhön Kaffee im Klosterladen Maria Bildhausen betrieben. Die Jury überzeugte das Projekt, „weil hier Inklusion über einen privatwirtschaftlichen Anbieter über privatwirtschaftliches Risiko stark vorangetrieben wird“.

Bildung und Erziehung

Im Bereich „Bildung und Erziehung“ ging der Preis an die

der weiter für das Thema sensibilisiert. Denn nicht nur die Verbraucher sind gefordert. Auch die Kommunen können darauf hinwirken, dass Produkte unter umwelt- und sozialverträglichen Standards produziert werden.“

Der Gipfel in Bamberg wurde von vielen Fair Trade Akteuren mitgestaltet. Im Welt Café und bei Coachings wurde an sieben Stationen darüber diskutiert, wie der Dreiklang „bio-fair-regional“ gestärkt und kommunale Beschaffungsleitlinien in den Fairtrade Towns erreicht werden können. Der Landkreis Kulmbach stellte vor, wie er für seine Kampagne „Bio-Fair-Regio – Mach mit!“ mit Aktionen und Veranstaltungen mobilisiert hat. Die Stadt Neumarkt, die gerade den nationalen Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ gewonnen hat, zeigte auf, wie sie nachhaltige Beschaffung in der Verwaltung umsetzt.

Nachhaltigkeit kein Fremdwort

Mit Hans-Peter Beck von der GREIFF Mode GmbH & Co. KG war ein Vertreter eines Unternehmens der Metropolregion anwesend, das sich schon jetzt Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben hat. Das Unternehmen bietet faire Kollektionen für den Hotellerie- und Gastronomiebedarf an, aber auch faire Business Outfits für den Büroalltag. Der Bamberger BekleidungsHersteller arbeitet mit Produzenten zusammen, die sich für faire, sichere und wertschätzende Arbeitsbedingungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren.

In Kaffeepausen waren die Besucherinnen und Besucher des Fair Trade Gipfels übrigens Teil der „längsten fairen Kaffeetafel der Welt“. Der Fair Trade Gipfel beteiligt sich am „Coffee Fair Day“ von Fairtrade Deutschland. Die bundesweite Aktion lädt zu fairen Kaffeetafeln. Beiträge und Erfolge werden mit #MachKaffeeFair auf den sozialen Kanälen geteilt.

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Scheinbar haben jetzt alle Verantwortlichen ihre Hallo-Wach-Pillen brav geschluckt und gehen das Problem des Fachkräftemangels bei Pflege, in den Kindertageseinrichtungen und den Gesundheitsberufen endlich an.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte heute ein längeres Gespräch mit der Leitung unseres Krankenhauses.

Danach stellt sich die Situation so dar: Nachdem die Regierung in Berlin seit vielen Jahren quasi narkotisch abwartend bei der Neuordnung der meist schulischen Ausbildungen verschiedener Berufe im Bereich Pflege und Gesundheit agierte, ist sie nun in einen wahren Regulationsrausch verfallen: Neuordnung der Pflegeausbildung, der Ausbildung zur Hebamme (wobei gleich der schöne Begriff

wie lange manchmal beispielsweise Planfeststellungen für etwas anspruchsvollere Projekte dauern. Wenn also Bayern seinen Lehrplan im November fertig haben sollte: Chapeau!

Trotzdem kriegt das Kultusministerium jetzt Klaskendresche, weil die Zeit zu kurz ist, um auf dieser Grundlage im April mit der neuen Ausbildung zu beginnen. Falsch, sagt die Direktion unseres Krankenhauses.

Das Problem seien nicht die Lehrpläne oder sonstige schulische Vorgaben. Das Problem sei, dass die künftigen Pfleger in der Praxis sowohl im Krankenhaus, im Altersheim, als auch in Pflegeeinrichtungen für Kinder ausgebildet werden müssen. Da zum Beispiel ein kleines städtisches Krankenhaus wie unseres nicht alles unter einem Dach hat, müssen Kooperationen gesucht werden und das ist wegen mangelnder Vorbereitungszeit einfach schwierig.

Aber statt durch die heiße Nadel bei der Pflege gewarnt zu sein, hat man jetzt die Hebammenausbildung von der Schule an die Hochschule gegeben, im Beamtendeutsch vollakademisiert. Aus einem soliden Lehrberuf wird jetzt ein Beruf mit Bachelorsternen, weit weg von den wirklichen akademischen, nämlich medizinischen Weihen, und ohne Antwort auf die drei Grundfragen: Gehalt, Arbeitszeit, Haftung.

Das gilt dann für alle sozialen oder sozialpflegerischen Berufe: Wie hält die Gesellschaft es mit der Bezahlung und mit den Arbeitsbedingungen? Denn allein mit dem Drehen an der Ausbildung wird man junge Leute nicht zu einer Berufswahl bewegen können, die sich am Ende an der Kasse nicht auszahlt.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß um den Fachkräftemangel in den Kindergärten, im Krankenhaus, in den Behinderteneinrichtungen. Angehende Erzieher, Pfleger und Schüler in Gesundheitsberufen zahlen in Bayern kein Schulgeld mehr. Gut so. Aber der Kampf um die wenigen jungen Menschen, die im ausbildungsfähigen Alter sind, wird anhand der langfristigen Berufsperspektiven entschieden. Zitat an der Wand der Personalabteilung: „Who pays peanuts, gets monkeys“.

Berliner Regulationsrausch

des Entbindungspflegers wegrationalisiert wurde), für Physiotherapie, für operations- und anästhesietechnische sowie für pharmazeutisch-technische Assistenz. Keine Garantie für Vollständigkeit, während der Drucklegung des Textes können neue Referentenentwürfe auf den Markt kommen!

Die große Überschrift über allem: Schnell muss es gehen. Dabei weiß man doch eigentlich, dass Schnelligkeit der größte Feind der Gründlichkeit ist, die doch bei Ausbildungen für solch zentrale gesellschaftliche Berufe im Vordergrund stehen sollte. Beispiel Pflegeberufe: Da wird eine völlig neue Ausbildung erfunden, die die bisherigen Ausbildungen in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege in ein neues Berufsbild gießt. Eigentlich logisch, dass ein solcher Paradigmenwechsel erst mal Zeit zur Implementierung braucht. Schließlich soll die neue Pflegefachkraft vom kranken Einjährigen bis zur 95jährigen mit Demenz alle unterstützungsbedürftigen Menschen gleich kompetent pflegen können.

Tatsächlich aber wurde die Pflegeberufausbildungsverordnung des Bundes erst im Oktober 2018 veröffentlicht. Sodann mussten sich die Länder im ambitionierten Schweinsgalopp aufmachen, die Landeslehrpläne zu basteln. Ich verstehe nichts von Lehrplänen, aber ich weiß,

einem Reihenhaus leben zwei Menschen mit Behinderung mit zwei Menschen ohne Behinderung zusammen. Die beiden Personen mit Hilfebedarf werden von Mitarbeitern der Lebenshilfe unterstützt.

Vielfältiges Engagement für Inklusion

Schließlich konnten sich die Mitglieder des Jugendtanzes Würzburg über einen Sonderpreis für „vielfältiges Engagement für Inklusion“ freuen. In diesem Projekt üben behinderte und nicht behinderte Jugendliche ein gemeinsames Tanzstück ein, das im Theater tanz-Speicher aufgeführt wird. DK

Chor spendet Schule für Afrika

„Wahnsinn, ein Chor finanziert eine ganze Schule! Herzlichen Glückwunsch zum 40-jährigen Jubiläum des Monheimer Chors De Luminal“, postete Landrat Stefan Rößle am vergangenen Sonntag Nacht auf Facebook.

Gemeinsam mit seiner Dirigentin, der Komponistin Lydia Pfefferer, machte sich die geistlich ausgerichtete Chorgemeinschaft selbst ein besonderes Geschenk: Sie „ersang“ weit über 30.000 Euro. Mit diesen Spendengeldern wird eine ganze Schule in Madagaskar finanziert, einem der ärmsten Länder dieser Erde. □



Blumen für die Gäste (v.li.): Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Landrat Hermann Hübner, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Bezirkstagspräsident Henry Schramm, die Vizepräsidenten Alexander Hold und Markus Rinderspacher. Bild: Bezirk Oberfranken

Landtagspräsidium besucht Markgrafenschule

Das Präsidium des Bayerischen Landtags besuchte im Rahmen seines ersten Regionalbesuchs in der aktuellen Legislaturperiode die Markgrafenschule des Bezirks Oberfranken in Bayreuth. Landtagspräsidentin Ilse Aigner und ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Präsidium informierten sich über die Arbeit der Sprachheilschule und der angeschlossenen Tagesstätte.

Bezirkstagspräsident Henry Schramm begrüßte das Präsidium sowie einige oberfränkische Abgeordnete in der Schulaula. In kleine Gruppen aufgeteilt hospitierten die Landtagsabgeordneten in verschiedenen Klassen und Vorschulgruppen. Das Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt Sprache ist in Bayern die einzige derartige Einrichtung, deren Angebot für Kinder und Jugendliche von der ersten bis zur neunten Klasse reicht. „Es gibt Kinder, die brau-

Ihre Sabina

Heimleiter sorgen sich um das Fachkräftedefizit

Jahrestreffen der Einrichtungsleitungen der Alten- und Pflegeheime in Oberzell

Zum diesjährigen Treffen der Einrichtungsleitungen der stationären Altenhilfe im Landkreis Passau, konnte der Sprecher der „ARGE Heimleiter Passauer Land“ Michael Hisch (KWA Stift Rottal, Bad Griesbach), im Seniorenheim St. Josef in Oberzell, Heim- und Pflegedienstleiter aus 18 Einrichtungen begrüßen.

„Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Mit diesen einleitenden Worten begrüßte Landrat Franz Meyer die Teilnehmer des Treffens und zollte vor allem den Mitarbeitern der 25 Einrichtungen der stationären Altenhilfe im Landkreis Passau seinen großen Respekt. Er verwies ebenso auf die persönliche Kommuni-

kation in direkten, teils aber auch kurzfristig anberaumten Gesprächen mit den Einrichtungsleitungen, um im regelmäßigen Informationsaustausch zu sein.

Er dankte auch der Arbeitsgemeinschaft für deren Arbeit und den Austausch mit den Fachstellen des Landratsamts. Wie auch in den vergangenen Jahren wür-

den die Herausforderungen für die Heime in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Für deren Bewältigung brauche es den Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander und mit den Fachstellen des Landratsamts mehr denn je. Mit rund 2.200 vollstationären Pflegeplätzen verfüge der Landkreis über ein gut ausgebautes Netz an Pflegeplätzen.

Erstmals konnte sich Daniela Schalinski, als neue Leitung verantwortlich für die „Fachstelle Senioren“, der Runde vorstellen, wo sie unter anderem für die Überarbeitung des „Seniorenwegweisers“ und die Umsetzung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts verantwortlich zeichnet.

Auf einen Bevölkerungsanteil von ca. 30 % der über 60-jährigen Mitbürger im Landkreis Passau, wie im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept beschrieben, wurde seitens der begleitenden Abteilung im Landratsamt verwiesen. Über den geplanten Neubau ei-

ner vollstationären Pflegeeinrichtung in Vilshofen berichtete Katja Kerscher, Einrichtungsleitung der AWO Vilshofen. Sie verwies auf die weitere Verschärfung des Fachkräfteproblems bei einem möglichen Neubau von 108 zusätzlichen vollstationären Pflegeplätzen.

Verschärfung des Problems

ARGE-Sprecher Michael Hisch unterstrich die Darstellung Kerschers und untermauerte anhand aktuell erhobener Zahlen den im Landkreis vorherrschenden Fachkräftemangel in der vollstationären Pflege. Einer internen Umfrage der Heimleiter zufolge besteht ein Defizit an Pflegefachkräften in einem Umfang von rund 50 Vollkostenstellen. Zudem fehlen in den Akut-Häusern, den Reha-Einrichtungen und der ambulanten Pflege im Landkreis sicherlich mindestens nochmal so viele Fachkräfte.

Die Resultate lassen daher den Schluss zu, dass die angegebenen Platzzahlen aus dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept die tatsächlich vorhandenen Kapazitäten nicht widerspiegeln. Seitens der Vertreter der Heimaufsicht des Landratsamts (FQA), sei der Leerstand an Kapazitäten zum Jahresende 2018 bei etwa 12 % gelegen,

Beilagenhinweis

Wir bitten um freundliche Beachtung unserer Beilagen LfA-Magazin, Forum Verlag zum Thema „Spielplatzkontrolle“ und Einladung zum 7. Bayerischen BreitbandForum der Bayerischen Gemeindezeitung. □

was einer Nicht-Auslastung von etwa 250 Betten – verteilt über alle vollstationären Einrichtungen des Landkreises Passau – entspricht. Für das Gesamtjahr 2019 wird keine Verbesserung der Situation erwartet. Daher sei es auch absolut nachvollziehbar, dass die zahlreichen Anfragen für Kurzzeitpflegeplätze nicht annähernd erfüllt werden können.

Dementsprechend vertrat Hisch die Überzeugung, dass eine Evaluation des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts durch den nächsten Kreisrat erfolgen soll. Landrat Franz Meyer bestätigte diese Einschätzung und ergänzte, dies proaktiv einfordern zu wollen.

Erneut kritisch betrachtet wurde die Tatsache, dass hinsichtlich der generalistischen Pflegeausbildung weiterhin keine nennenswerten Informationen vorliegen und die Einrichtungen nach wie vor nicht wirklich voran planen können.

Angesichts insgesamt sinkender Ausbildungszahlen (über alle Ausbildungsbereiche hinweg), bleibe abzuwarten und kritisch zu begleiten ob sich der Fachkräftemangel durch die Generalistik entschärfen ließe.

Michael Hisch motivierte erneut alle Einrichtungen, sich weiter für die Ausbildung von Altenpflegefachkräften einzusetzen. Auch die Akademisierung sei aus Sicht des Sprechers nicht über zu bewerten. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland sei durchaus ein Erfolgsmodell.

Ulrich Buchberger (AWO Ortenburg) verwies auf die Petition der Bundes-AWO mit dem Ziel, den Eigenanteil der Heimbewohner einzufrieren. Der Eigenanteil steigt von Jahr zu Jahr, die Mehrkosten seien über den Pflegesatz nicht mehr refinanzierbar. Durch die Unterschriftenaktion soll nun ein Gesetzgebungsverfahren im Bund eingeleitet werden. □

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 24. Oktober 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunale Energiethemata
- Fachliteratur und Rechtsfragen für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.apsederrpfosten.com

Abzeichen

**FAHNEN
KOBURG**



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN
KOBURG**



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN
KÖSSINGER**
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL

Telefon 08171.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Infrastrukturanbieter



Am Gschwend 10 · 82467 Garmisch-Partenkirchen · www.langmatz.de
Telefon +49 8821 920-0 · Fax +49 8821 920-159 · info@langmatz.de

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunaler Datenschutz

insidas
Informationsrecht · Datenschutz · Beratung

Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:



Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

Clever investieren - doppelt sparen mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
UMWELT FAKTE BAYERN
Teilnehmer an:

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtslauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Veranstaltungsort

Stadhalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Termin

Donnerstag, 14. November 2019, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller

www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter

Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie die Stadhalle Gunzenhausen

Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Anfahrt können Sie direkt Ihre Route planen.

→ **ÖPNV:** Der Bahnhof Gunzenhausen ist ca. 1,5 km entfernt. Von dort aus erreichen Sie die Stadhalle per Bus oder zu Fuß.
→ **PKW:** Autobahn A9, Ausfahrt 57-Greding oder Autobahn A6, Ausfahrt 52-Ansbach
Für Besucher der Stadhalle stehen zahlreiche Parkmöglichkeiten zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und Behörden ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 7. Bayerischen BreitbandForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen Gemeindezeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische Gemeindezeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-12
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat



BAYERISCHE
GemeindeZeitung



7. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

mit Themenraum „Smart Regions Bayern“

Donnerstag, 14. November 2019
Einlass 9:00 Uhr
Stadhalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen
www.bayerisches-breitbandforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht.

Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-breitbandforum.de.

ab 09:00 Eintreffen / Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Anne-Marie von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Grußwort

Karl-Heinz Fitz | Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen

Videobotschaft

Staatsministerin Judith Gerlach, MdL

Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Breitbandförderung in Bayern – Stand und Ausblick

Regierungsdirektor Bernd Geisler |

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat

Klappt mit dem bewährten Fördermodell der flächendeckende Glasfaserausbau?

Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Lösungsansätze für den bayerischen 5G-Graben

Andreas Weber | REHAU AG + Co.

Daseinsvorsorge: Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand

Dr. Henrik Bremer | WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Woitag
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

GigaSpeed für Bayern – im Festnetz und mobil

Rolf-Peter Scharfe | Vodafone GmbH

Messtechnik für LWL und Netzwerk: Herausforderungen, Status Quo und Zukunft – ein Überblick

Dr. Andreas Hornsteiner | Laser Components GmbH

Erfolgsfaktoren beim Glasfaserausbau in den Kommunen

Dr. Martin Fornefeld | Micus Strategieberatung GmbH

Sichere Netzwerke mit Laser 2000

Michael Filsinger | Laser 2000 GmbH

Breitband-Netzplanung für Kommunen

Christoph Pfänder | AND Solution GmbH

Gemeinsam in Richtung Zukunft: Wenn sich Gemeinden zusammentun, um den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau in der Region zu realisieren.

Peter Reisinger | Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH

Eigenwirtschaftlicher Ausbau als Ausweg aus dem infrastrukturellen Flickenteppich

Peer Welling | Rödl & Partner GbR zusammen mit
Jürgen Schuster | Corwese GmbH

Digitalisierung beschleunigt Digitalisierung – Aktuelle Methoden der Netzplanung

Adrian Richter | MRK media AG

Innovativer Breitbandausbau – Synergien, Kooperationen und innovative Geschäftsmodelle

Johannes Bisping | bisping & bisping GmbH & Co. KG

Weitere Vorträge gibt es von:

M-Net GmbH

Telekom Deutschland

BKtel networks GmbH

ca. 17:00 Ende der Veranstaltung

Themenraum „Smart Regions Bayern“

Über konkrete bayerische Anwendungsbeispiele aus verschiedenen Smart Regions Handlungsfeldern berichten Referenten aus ihren Projekten:

Smart Regions Bayern: Aktivitäten der Themenplattform | Zentrum Digitalisierung.Bayern

Ein Netzwerk zur Unterstützung im Alltag | Dein Nachbar e.V.

Shuttle-Service für Freyung | Frey-Fahrt

Digitaler Zwilling der Stadt München und **Intelligente Lichtmasten der Stadt München** | Landeshauptstadt München

City-Dashboard | Urban Institut

Bayern virtuell und interaktiv erleben | Virtuelles Bayern gGmbH

Energienutzungsplan-Online | Eniano GmbH

Programmgestaltung: Zentrum Digitalisierung.Bayern



Anmeldung

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 10. November 2019 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 14.11.2019 am 7. Bayerischen BreitbandForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Tel.

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

Kommunal-/ Behördenvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€



Merching, im Oktober 2019

Alle wichtigen Sicherheitsanforderungen an Spielplatzgeräte schnell zur Hand!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie die notwendigen Inspektionen und Wartungsarbeiten an Spielplatzgeräten versäumen oder diese nicht korrekt dokumentieren, drohen bei einem Unfall Schadensersatzforderungen! Doch welche Kontrollen sind wann überhaupt erforderlich und welchen aktuellen Sicherheitsanforderungen müssen Spielplatzgeräte entsprechen?

Damit Sie alle Vorschriften vor Ort griffbereit haben und mit den regelmäßig vorgeschriebenen Kontrollen Ihr Haftungsrisiko minimieren, gibt es jetzt das Taschenbuch

Das 1x1 der Spielplatzkontrolle

Ihre Vorteile:

- **Erläuterungen zu den aktuellen DIN-Normen für Spielplätze:**
Sie erhalten die überarbeiteten sicherheitstechnischen Anforderungen der Normenreihe DIN EN 1176:2017-12 kompakt und verständlich kommentiert – zum schnellen und einfachen Nachschlagen.
- **Inspektions- und Wartungshinweise:**
In diesem handlichen Taschenbuch haben Sie alle wichtigen Informationen zu Inspektion und Wartung jederzeit vor Ort auf dem Spielplatz griffbereit.
- **Checklisten und Vorlagen:**
Mit den praktischen Arbeitshilfen in der Premium-Ausgabe sparen Sie sich bei Ihren Kontrollen Zeit und dokumentieren rechtssicher.

Hier haben Experten alles zusammengestellt, was Sie bei der Kontrolle von Spielplätzen beachten müssen. Bestellen Sie noch heute mit beiliegendem Fax-Antwortschein, per Telefon oder bequem online.

Mit freundlichen Grüßen

Larissa Faubel
Fachbereich Öffentliche Verwaltung

14876/1

PS: Kompaktes Wissen im praktischen Taschenformat – ideal für die Spielplatzkontrolle vor Ort!

Das 1x1 der Spielplatzkontrolle

Ja, ich bestelle und entscheide mich für: *(bitte ankreuzen)*

Premium-Ausgabe	Kombi-Ausgabe	Print-Ausgabe
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Buch im Taschenformat DIN A6 + E-Book als EPUB, PDF und Online-Ausgabe + Digitale Vorlagen zum Download – einsatzfertig und individuell anpassbar	Buch im Taschenformat DIN A6 + E-Book als EPUB, PDF und Online-Ausgabe	Buch im Taschenformat DIN A6, ca. 400 Seiten, flexibler, abwischbarer Einband
Bestell-Nr. 5553533/1-14876/1 Preis von 117,- EUR inkl. MwSt., zzgl. Versand	Bestell-Nr. 53533/1-14876/1 Preis: 98,- EUR inkl. MwSt., zzgl. Versand	Bestell-Nr. 3533/1-14876/1 Preis: 65,- EUR inkl. MwSt., zzgl. Versand

Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis

Sicherheit auf Spielplätzen

- Spielplatzmanagement
- Spielplatzbeschilderung
- Pflanzenverwendung auf Spielplätzen

DIN-Normen für Spielplätze

- DIN 18034 Spielplätze und Freiräume zum Spielen
- Die Normenreihe DIN EN 1176 (Sicherheitstechnische Anforderungen an Schaukeln, Rutschen, Karussells ...)
- DIN EN 1177 Stoßdämpfende Spielplatzböden
- Qualifizierung der Spielplatzprüfer (DIN 79161)
- ...

Besondere Spielplätze

- Barrierefreie Spielplätze und Spielplätze für Kleinkinder
- Altersgerechte Spielplätze und naturnahe Spielräume

Dokumentation der Kontrollen

- Dokumentationspflicht
- Möglichkeiten der Dokumentation
- Beurteilung von Gefährdungen und Schäden
- Unfallursachen auf Spielplätzen/Aufsichtspflicht
- Haftungsfragen und Versicherungsschutz
- ...



Nur in der Premium-Ausgabe:

- Checkliste zur Visuellen-Routine-Inspektion
- Checkliste Operative Inspektion
- Checkliste zur jährlichen Hauptuntersuchung
- Muster: Dienstanweisung zur Kontrolle der Verkehrssicherheit
- Muster: Vorgehen bei einem Unfall
- Vorlage: Spielplatzakte
- Prüfprotokoll: Spielplatzgerät
- Checkliste Schaukel
- Checkliste Rutsche
- ...

Absender:

Firma, Einrichtung

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Name, Vorname des Bestellers

Telefon

Telefax

@

Zur Auftragsbearbeitung bitte E-Mail-Adresse angeben.

Diese Angabe ist freiwillig. Sie können der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke jederzeit zu den ortsüblichen Basistarifen widersprechen.

Datum, Unterschrift und Stempel

DIE LfA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN · UNTERNEHMEN · PROJEKTE

HERBST//WINTER · 2019

HOCH HINAUS

SO GELINGT DIE GRÜNDUNG IHRES UNTERNEHMENS
UND DARAUF SOLLTEN SIE ACHTEN

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Entscheidung, etwas Eigenes auf die Beine zu stellen, will belohnt werden. Seit Jahren unterstützt Bayern Existenzgründer gezielt dabei, ihre Vorhaben Wirklichkeit werden zu lassen. Beratungen bei Kammern, Wirtschaftsförderungsstellen und weiteren Partnern helfen dabei, innovative Geschäftsideen auf den Weg zu bringen. Viele heute erfolgreiche Unternehmen sind so schon durchgestartet.

Die Initiative Gründerland Bayern des Bayerischen Wirtschaftsministeriums soll das Umfeld für Unternehmensgründungen nun noch attraktiver machen und unser Land für zukünftige Herausforderungen rüsten. Aber nicht nur technologieorientierte Start-ups, auch Gründungen im Handwerk, Handel sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe und der Freien Berufe werden aktiv unterstützt – denn sie sind und bleiben der Motor der bayerischen Wirtschaft.

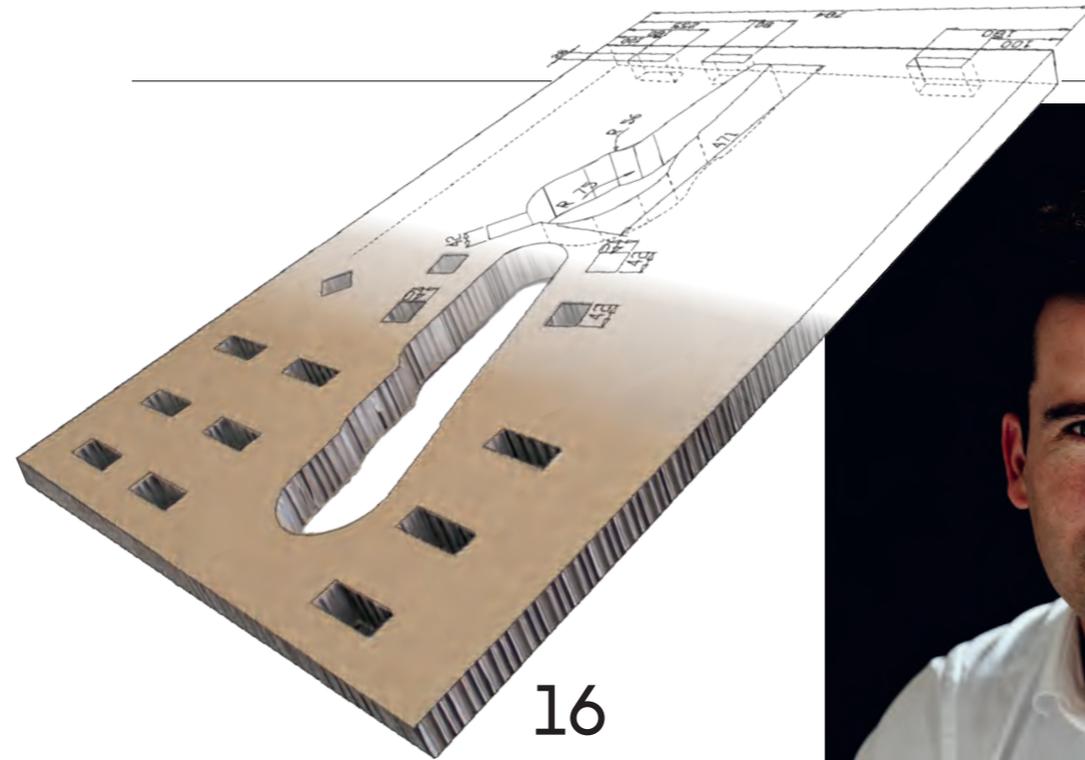
Der Start in eine selbstständige Karriere braucht neben einer guten Idee auch Durchhaltevermögen und Geld. Das gilt für Neugründungen genauso wie für die Übernahme bestehender Unternehmen. Mit der Gründungsförderung der LfA bieten wir Unternehmern die Chance, ihren Betrieb von Anfang an auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Eine Auswahl von uns geförderter Erfolgsgeschichten stellen wir in dieser Ausgabe vor. Sie reichen von geschmackvollem Kaffee (S. 8) über ein junges Restaurant im historischen Herzen Bambergs (S. 22) bis zu hippen elektrischen Zahnbürsten (S. 18). Zum Gründen motivieren möchte auch Felix Haas, Veranstalter von Deutschlands größter Gründerkonferenz Bits & Pretzels (Interview auf S. 4).

Auch wenn Sie (noch) nicht an ein eigenes Unternehmen denken: Lassen Sie sich inspirieren von den Machern in dieser Ausgabe.



Dr. Otto Beierl

Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern



16



04

04 „Machen, einfach machen“

Felix Haas, Veranstalter der Konferenz Bits & Pretzels, plädiert für einen neuen Gründergeist

08 Auf den Geschmack gekommen

... ist Industriemeister Alexander Gourguis. Mit der Rösterei Purschwarz hat er seine Leidenschaft zum Beruf gemacht

11 Kolumne

Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, will mehr gute Ideen in die Tat umsetzen

12 Der Wert einer Seilschaft

Mit seinem Bergsportgeschäft Eldorado zeigt Tobias Plail, worauf es bei Neugründungen im Handel wirklich ankommt

14 Start Me Up

Auf einen Blick: der Weg, der Gründer zum eigenen Unternehmen führt

16 Echt gut verpackt

Die Suche nach einer effizienten und grünen Verpackungslösung war die Initialzündung für Nextpack in Plattling

18 Denen geht's blendend

Mit ihren Happybrushs heben Stefan Walter und Florian Kiener elektrische Zahnbürsten auf ein neues Level

22 Alles im Fluss

Maximilian Beughold und Raffaele Colonna beleben mit ihrem Restaurant „Henrii“ die Sterzermühle in Bamberg neu

24 Meldungen

Businessplan Wettbewerbe | Bayerns Best 50 | Projekt JUNIOR | Personalie aus dem LfA-Vorstand | Halbjahresbilanz 2019 | Bayerischer Fernsehpreis | Bayerischer Gründerpreis

26 Service

Innovationskredit 4.0

27 Gesichter der LfA

Sylvia Weingart, Spezialistin Förderkredite | Bernd Frölich, Stabsstellenleiter Risiko-Controlling



Felsformationen wie Rock Hudson im Joshua Tree National Park in Kalifornien faszinieren Hobby-Fotograf Tobias Plail seit seiner Jugend. Der leidenschaftliche Kletterer ist seit 2018 Inhaber seines eigenen Bergsportgeschäfts (S. 12)

Fotos: PR; Nextpack; Hannes Rohrer; Björn Seitz; Manuel Nieberle Cover: Tobias Plail

INHALT



22



08

„MACHEN, EINFACH MACHEN“

FELIX HAAS KENNT SICH MIT DER GRÜNDUNG VON UNTERNEHMEN AUS. ALS GRÜNDER VON IDNOW, INVESTOR UND BUSINESS ANGEL – UND ALS VERANSTALTER VON DEUTSCHLANDS GRÖSSTER GRÜNDERKONFERENZ **BITS & PRETZELS**

FOTOS HANNES ROHRER | INTERVIEW STEFAN RUZAS

Wie gelingt die erfolgreiche Gründung eines Unternehmens, Herr Haas?

Mit einem guten Team, richtigem Timing, dem Glück des Tüchtigen und einem Blick für eine Marktlücke. Wenn sich zum Beispiel eine Industrie grundlegend verändert und durch neue Technologien Zugänge zum Kunden neu gestaltet werden und andere Produkte ermöglichen. Ohne das Smartphone gäbe es keine Firmen wie Uber, Lieferando oder Instagram.

An welchen Hürden und Defiziten scheitern Gründungen denn meistens?

Es sind so viele Leute gescheitert, weil sie mit dem richtigen Team und dem richtigen Kapital zu früh oder zu spät dran waren. Timing ist also immens wichtig. Manchmal ist ein Gründerteam auch nicht komplementär genug, um sich mit Fähigkeiten zu ergänzen. Außerdem gibt es in Deutschland die Tendenz, Ideen nicht ambitioniert genug zu finanzieren, also mit zu wenig Geld.

Was ist auf dem Weg in die Selbstständigkeit denn wichtiger: eine Chance zu erkennen oder den Mut zu haben, sie auch umzusetzen?

Der Mut zur Umsetzung. Eine Idee allein ist nichts wert. Deswegen macht es auch keinen Sinn, Ideen für sich zu behalten. Viele machen den Fehler, darüber nicht sprechen zu wollen. Meine Erfahrung ist: mit allen die Idee diskutieren, insbesondere mit möglichen Kunden.

Und wie schützt man sich vor Ideenklau?

Durch Umsetzung. Einer hat das Auto erfunden, trotzdem gibt es Dutzende Hersteller von Autos. Ausnahmen sind vielleicht spezielle, geheime Patente im Hightech-Bereich oder in der Biotechnologie. Aber 99 Prozent der Gründungen haben nun mal keine magischen Erfindungen. Da geht's ums Machen.

Welche Charaktereigenschaften braucht es, um sich als selbstständiger Unternehmer behaupten zu können?

Hartnäckigkeit. Die spannenden Sachen sind nämlich immer schwer. Das sind immer die, bei denen einem alle sagen, dass sie nicht funktionieren. Sachen, die einen an den Punkt bringen aufzugeben. Als Gründer bin ich im Management der Identitätsüberprüfungsplattform IDnow mit Sitz in München. Wir haben zwei Jahre gebraucht, bis wir die Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hatten. Genauso ging es uns als Veranstalter der Gründerkonferenz Bits & Pretzels. Zwei Jahre lang haben wir auf allen Kanälen versucht, Barack Obama als Redner zu engagieren. Ende Juni kam seine Zusage. Außerdem braucht's Überzeugung und Begeisterungsfähigkeit. Wie sonst überzeugt man die ersten Mitarbeiter, Verträge zu unterschreiben für ein Drittel des Gehalts, das es bei Siemens oder Google gibt? Eine gewisse Naivität, gepaart mit purer Neugier, schadet auch nicht.

Worauf sollten Unternehmensgründer bei der Finanzierung achten? In welcher Phase beginnt die Suche nach Wagniskapital und wann empfiehlt sich der Startkredit der LfA Förderbank Bayern? »





Unter sich Felix Haas erklärt Autor Stefan Ruzas, was es braucht, um erfolgreich zu gründen

diejenigen, die Fehler machen. Dadurch entsteht aber noch mehr Angst.

Nur jede fünfte Unternehmensgründung hat wirtschaftlich auch Relevanz, zumindest mit Blick auf Rechtsform und

Mitarbeiterzahl. Haben wir verlernt, groß zu denken?

Haben wir. Stellen Sie sich mal vor, die Herren Linde oder Siemens hätten nicht groß gedacht. Wir brauchen neue große Firmen wie Zalando. Wir brauchen einen Ruck. Wir brauchen das Große und Disruptive, um weltweit auch künftig eine Rolle zu spielen.

Wie kann denn die Politik Gründern am besten helfen? Die Staatsregierung in Bayern hat ja eine ganze Reihe von Initiativen gestartet: vom Digitalen Gründerzentrum in Günzburg über den Zukunftscampus in Ingolstadt bis zum Internet-Angebot Gründerland Bayern.

Der Einfluss der Politik ist, ehrlich gesagt, begrenzt. Keiner wird eine Firma gründen, nur weil Politiker das toll finden. Es gibt aber durchaus sinnvolle Maßnahmen, die wirklich helfen. Zum Beispiel Exist, ein Förderprogramm des Bundes für Existenzgründungen aus der Wissenschaft. Oder die BAFA-Zuschüsse für Business Angels. Aber auch da gilt: größer denken. Wenn es bei uns ein Förderprogramm für 50 Millionen Euro gibt, sind es in den USA gleich fünf Milliarden.

Welche Rolle spielt bei der Umsetzung einer Geschäftsidee denn die aktuelle Wirtschaftslage – vom Handelskrieg zwischen den USA und China bis zum Brexit?

Die Finanzierungslandschaft ist in Deutschland zum Glück ja mittlerweile ganz schön breit. Früher war das ein Trauerspiel, mit wenigen Venture-Capital-Firmen und einigen unerfahrenen Business Angels. Wir haben noch keine US-amerikanischen Verhältnisse, aber da hat sich schon viel getan. Auch bei öffentlichen Förderbanken wie der LfA. Gründer sollten nicht den Fehler machen, zu sehr auf die Bewertung zu spielen und da immer weiter zu optimieren – aus Angst, zu viel abzugeben. Entscheidend ist, den richtigen Partner an Bord zu haben. Lieber habe ich ein Prozent an Shell als 100 Prozent an einer Tankstelle.

Und der Partner? Wie kommt man auf den richtigen?

Gehen Sie auf Gründertreffen und informieren Sie sich. Sprechen Sie mit möglichst vielen Leuten, vor allem mit anderen Gründern, die gewisse Investoren haben, und bitten Sie um deren Erfahrung. Gründer helfen anderen Gründern meistens gerne, sie machen Türen auf, stellen Verbindungen her.

Wie findet man gerade in der Startphase tatsächlich die richtigen Mitarbeiter?

Meine Erfahrung zeigt: Gerade in dieser Phase sind Ehrgeiz und Ambition wichtiger als Erfahrung. Ich verspreche meinen Leuten, dass sie bei mir nach

fünf Jahren weiter sind als nach 30 Jahren in irgendeinem Konzern. Neugründungen sind Turbo-Erfahrungskanonen. Aber dafür braucht man auch Leute, die anpacken und brennen. Ruhephasen inklusive. Da geht es ja auch um den Mut, Neues zu wagen. Erfahrung kann so was eher verhindern.

Schon seit Jahren werden in Deutschland immer weniger Firmen gegründet. Laut Statistischem Bundesamt waren es 2018 bundesweit noch 542.500, also wieder ein Rückgang von 1,3 Prozent. Woran liegt das?

Wir sind kein Gründerland. Leider. Deswegen machen wir ja auch Bits & Pretzels. Wir wollen motivieren und inspirieren. Meiner Meinung nach haben wir hierzulande nämlich ein Motivationsproblem. Wir ruhen uns auf unserem Wohlstand aus, wir meckern, sind unzufrieden und versäumen es, Neues aufzubauen. Wann wurden denn die meisten Dax-Firmen gegründet? Doch nicht in den vergangenen 20 Jahren.

Wo soll die denn herkommen, die Motivation?

Andere Erfolgsgeschichten inspirieren. Wir haben ja kein Problem des Fachwissens oder der Möglichkeiten. Es geht um einen neuen Spirit und darum, uns die Angst vor Fehlern zu nehmen. Wir Deutschen suchen und finden gerne Fehler, und wir zeigen gerne auf

Die erfolgreichsten Firmen werden in Zeiten von Abschwung und Krise gegründet. In guten Zeiten kann das ja jeder, weil's cool oder modisch ist. Aber wer es in schwierigen Zeiten versucht, hat weniger Konkurrenz, kommt günstiger an Mitarbeiter und hat höhere Erfolgchancen.

Sie selbst denken ja gerne groß: Sie sind einer der Veranstalter von Bits & Pretzels, Deutschlands größter Gründerkonferenz, die seit 2015 parallel zum Oktoberfest in München stattfindet. 2019 dabei: der frühere US-Präsident Barack Obama und Hollywood-Star Jessica Alba. Wie hilft Ihre Konferenz Gründern?

Wir liefern drei Dinge. Erstens: Inspiration durch Erfolgsgeschichten. Zweitens: Networking mit vielen spannenden Leuten vor Ort. Drittens: Lernen auf unseren Sessions oder in unserer Academy. Da geht es dann 45 Minuten lang um wichtige Fragen wie: Wie finde ich einen CTO? Wie geht Online-Marketing?

Sprechen Sie alle Gründer an oder vor allem Start-ups?

Wir haben rund 5.000 Teilnehmer, von denen natürlich die meisten Gründer im Digitalbereich sind. Aber da sind wirklich alle – vom Studenten bis zum Flixbus- oder Zalando-Gründer. Die Mischung macht's.

Folgt die Gründung eines Start-ups denn anderen Gesetzen als die einer herkömmlichen Firma?

In meiner Definition ist ein Start-up eine Gründung, die auf starkes Wachstum in kurzer Zeit ausgerichtet ist. Das heißt aber keineswegs, dass ein Existenzgründer, der das Ziel hat, eine Firma ganz langsam aufzubauen, deswegen schlechter ist. Jeder Mut, jedes Risiko, jede Lust am Aufbau ist wunderbar!

Sie selbst haben – neben Ihrem Engagement als Investor – schon zwei Unternehmen erfolgreich gegründet: die

Event-Plattform Amiando und IDnow. Die erste haben Sie an Xing verkauft, bei IDnow sind Sie seit Mai nach einer Phase des Rückzugs wieder selbst an Bord. Sind Gründer schlussendlich doch die besten Manager ihrer eigenen Firmen?

Jein. Gründer haben den Vorteil der Gründer-Energie, diese oft unkonventionelle Art, Sachen aufzubauen, ohne allzu viele Normen und Standards. Der Nachteil ist das Unstrukturierte. Führungspersonen sind gut für Strukturen und Prozesse. Bei IDnow ist die Entwicklung einfach spannend. Wir haben

„NEUGRÜNDUNGEN
SIND TURBO-
ERFAHRUNGS-
KANONEN. ABER
DAFÜR BRAUCHT
MAN AUCH
LEUTE, DIE
ANPACKEN
UND BRENNEN“

neue Manager, wollen die Firma aber jetzt als Team richtig groß machen: mehr als 100 Millionen Euro Umsatz jährlich, mehr als eine Milliarde Menschen, deren Identität mit unserer Technologie verifiziert wird. Ob bei Banking, Gaming, dem Ausleihen von Autos oder E-Scootern oder anderswo. Wir wollen da die weltweit Besten werden. Idealerweise in Echtzeit. Am Ende muss dieser Identitätscheck so schnell gehen, dass es der Kunde gar nicht merkt.

Hatten Sie bei Ihren Gründungen eigentlich jemals Bedenken oder vielleicht sogar existenzielle Sorgen?

Natürlich lief nicht immer alles glatt. Von außen schaut vieles einfacher aus, als es ist. Es gab viele Momente und Rückschläge, in denen ich als Gründer

nicht wusste, ob es wirklich weitergeht. Wenn plötzlich ein wichtiger Mitarbeiter kündigt oder eine Investorenrunde zu platzen droht. Da hat mich dann halt zu Hause meine Frau in den Arm genommen. Existenziell waren die Sorgen nicht, weil ich ein abgeschlossenes Elektro- und Informationstechnik-Studium habe und bestimmt irgendwo einen Job gefunden hätte. Entscheidend ist, dann zu Höchstform aufzulaufen und als Team zusammenzubleiben. Wenn alles im Matsch ist, kann ein heftiger innerer Drang entstehen.

Was war Ihr größter Fehler, den Sie bei einer Gründung gemacht haben?

Amiando haben meine Kollegen und ich viel zu früh verkauft. Und bei manchen Mitarbeitern, die nicht die richtigen waren, war ich vielleicht nicht konsequent genug.

Gibt es in der Gründungsphase eigentlich einen entscheidenden Moment, in dem Sie spüren: Ja, das Konzept geht auf?

Wenn du in der Küche stehst und an deinem Handy rumspielst und plötzlich die Mail liest: „President Obama has accepted your invitation.“ Oder als die BaFin uns schrieb: „Hiermit bestätigen wir Ihnen die Konformität des IDnow-Videoident-Verfahrens.“ Das sind Momente, die sind einfach nur genial.

Mit welchem Satz oder welchem Tipp machen Sie Gründern am liebsten Mut?

Machen, einfach machen. ☐

FELIX HAAS

Die von ihm gegründete IDnow bietet die erste Online-Lösung für rechtskräftige Verifizierungen von Kunden und Vertragspartnern. Neben seinem Engagement bei der Gründerkonferenz Bits & Pretzels ist der Münchner Seed-Investor bei mehr als 50 Internet-Start-ups. Er war auch bereits Mitglied des Beirats Junge Digitale Wirtschaft der Bundesregierung.

☐ [Online unter: www.lfa.de/magazin](http://www.lfa.de/magazin)



AUF DEN GESCHMACK GEKOMMEN

„HERZBLUT“ HEISST EINE VON ALEXANDER GOURGUIS' KAFFEEMISCHUNGEN. WIE VIEL DAVON IN SEINER KLEINEN RÖSTEREI **PURSCHWARZ** IN WIGGENSBACH STECKT, KANN MAN SPÜREN – UND VOR ALLEM SCHMECKEN

FOTOS MANUEL NIEBERLE TEXT MARLENE IRAUSEK



Prozesse bestmöglich aufeinander abstimmen: Das mag Alexander Gourguis. Der gelernte Industriemeister war viele Jahre lang für das Optimieren von Arbeitsabläufen zuständig. Wie er seine Berufung dann doch im Kaffee fand? „Schuld“ daran waren seine Freundin Andrea und ein gemeinsamer Städtetrip nach Berlin 2013. Mit im Gepäck hatten die beiden einen Kaffeeführer für die Hauptstadt. Im ersten Frühstückslokal empfahl der Barista einen Kaffee aus Panama. Die Frage, wie er diesen denn zubereiten dürfe, überforderte Gourguis. „Bis zu diesem Moment habe ich einfach gern Kaffee getrunken, mehr aber auch nicht.“ Die Tasse, die man ihm vorsetzte, offenbarte ein völlig neues Geschmackserlebnis und inspirierte ihn dazu, tiefer in die Welt des Kaffees einzusteigen.

Ein Nebenjob in der Kaffeemanufaktur Weber in Kempten verhalf Gourguis anschließend zu ersten Erfahrungen mit dem Rösten. In seinem eigenen kleinen „Versuchslabor“ fing er an, verschiedene Zubereitungsarten zu testen, und fand immer mehr Spaß an der Sache. Im August 2016 kam dann eins zum anderen: Über die Vermittlung des Kaffee-Röstmaschinen-Services erwarb der Wiggensbacher einen gebrauchten Trommelröster, auf der Suche nach einem geeigneten Stellplatz dafür berichtete ihm ein Freund nur wenige Wochen später von einer Lagerhalle im örtlichen Gewerbegebiet. Mit dem Equipment wuchs auch der Wunsch, eine eigene Kaffeerösterei zu eröffnen, beständig. Schließlich setzte Gourguis alles auf eine Karte und machte sich selbstständig. Eine mutige Entscheidung, zumal er ein paar Monate zuvor Vater »

eines Sohnes geworden war. Doch Freundin und Familie stehen hinter ihm. „Anfangs hatte ich nichts außer dem Trommelröster, den ich von meinem privaten Geld gekauft hatte“, erzählt der 38-Jährige. Eine alte Kaffeemaschine mit zwei Mühlen erweiterte bald sein Inventar. „1.600 Euro habe ich dafür bezahlt, das weiß ich noch wie heute. Die musste ich komplett herrichten, aber ich konnte meinen Kaffee verkosten.“ Um die Sache ins Laufen zu bringen, waren jedoch noch mehr Zubehör und natürlich Rohkaffee nötig. Die erste Warenlieferung kostete knapp 9.000 Euro, da brauchte es Rücklagen. Der Allgäuer mit ägyptischen Wurzeln war schon immer gut vernetzt und so half auch diesmal ein Freund, der ihn zur Beratung der Raiffeisenbank vermittelte. Mit einem Businessplan in Händen und dem Ziel, seine eigene Rösterei aufzubauen, klar vor Augen, stellte Gourguis sein Vorhaben vor. „Der Bankberater merkte schnell, dass ich für meine Idee brenne, und leitete eine Förderung über die LfA in die Wege“, erinnert er sich.

Die Anfangszeit verlangte dem Unternehmer einiges ab, trug aber maßgeblich zu seiner Entwicklung bei: „Es ist wichtig, sich hohe Ziele zu stecken und daran zu arbeiten.“ Gourguis besuchte Fortbildungen bei Latte-Art-Weltmeister Christian Ullrich und dem österreichischen Kaffeemeister Goran Huber.



Geschmackserlebnis Die Kaffeesorten von Porschwarz überzeugen mit feinem Inhalt und vielversprechenden Namen



Kaffeeliebe Bei der Verarbeitung der Rohware steht das ursprüngliche Aroma der Kaffeebohnen im Vordergrund



„DER BANKBERATER MERKTE SCHNELL, DASS ICH FÜR MEINE IDEE BRENNE“

Er experimentierte weiter, testete unterschiedliche Rösttemperaturen und -zeiten, um den ursprünglichen Geschmack des Rohkaffees herauszuarbeiten. „Bei vielen Kaffeeanbietern wird Kaffee nur nach Preis gekauft. Was das für ein Kaffee ist und was er kann, ist egal. Er wird dunkel geröstet und fertig“, erklärt er. Damit sich jeder Kaffee perfekt entwickeln kann, röstet Gourguis sortenrein, erst dann wird gemischt. Der Vorgang ist zeitintensiver, belohnt aber mit außergewöhnlichen Aromen. Seine Mischungen erstellt er nach den Eigenschaften der Bohnen. Eine sehr säurearme zum Beispiel, mit Kaffee aus Brasilien und Indien, weil der von Natur aus wenig Säure

hat. Es entsteht ein Kaffee, der schokoladig und nussig schmeckt. Gourguis speichert all seine Röstungen in einem eigenen Programm, der Röst-Software „Cropster“. Anhand der Aufzeichnungen generiert er am Monatsende einen Produktionsbericht. Der zeigt ganz genau, wie viel Rohkaffee eingesetzt und wie viel gerösteter Kaffee in den vier Wochen produziert wurde. Im Moment sind es um die 800 Kilogramm. „Für die Kaffeesteuer muss ich monatlich 1.500 bis 2.000 Euro auf der Seite haben – 2,19 Euro pro geröstetes Kilo“, erklärt der Geschäftsmann. Geröstet wird immer nur so viel, wie tatsächlich gebraucht wird. Dafür hat er ein einfaches, aber effizientes System entwickelt. Pro Kaffeesorte sind zwölf Eimer in Umlauf. Ist einer davon leer, kommt das Etikett an die Magnettafel hinter der Röstmaschine. Befinden sich sechs Karten der gleichen Sorte am Produktionsboard, wird nachgeröstet. Aber nicht nur das Handwerk, auch die Wirkung nach außen muss stimmen. Dafür holte sich Gourguis Unterstützung von Marketing-Fachmann Matthias Hiller. Gemeinsam erarbeiteten sie ein stimmiges Konzept. Abgeleitet von Urschwarz – eine Wortschöpfung aus Ursprung und Schwarz –, entstand die Marke Porschwarz inklusive eigenem

Produktfotos: Porschwarz

Online-Shop. Anfang August 2017 ging dann die erste Packung Kaffee über die Verkaufstheke. Und findet Anklang.

In der Lagerhalle gibt es auch eine kleine Kaffeebar. Mittags bereitet entweder Gourguis selbst oder Freundin Andrea Kaffeespezialitäten zu. Die Herkunft und Qualität der Produkte spielen auch da eine große Rolle. Wo immer es möglich ist, setzt Porschwarz auf Regionalität, arbeitet mit ansässigen Marken wie dem Allgäuer Alpenwasser und der Allgäuer Hofmilch zusammen. Ein großer Wunsch ist es, den Kaffee in den nächsten Jahren ganz auf „Direct Trade“ umzustellen – also ohne Zwischenhändler und unabhängig vom Marktpreis gehandelt. Nur dann erhalten auch die Kaffeebauern einen fairen Preis für ihre Ware. „Ob ich das zu hundert Prozent erreiche, kann ich nicht sagen. Aber ich möchte darauf hinarbeiten“, so der Familienvater. Laufkundschaft ist im Gewerbegebiet zwar selten, aber wer Porschwarz-Kaffee schätzt, findet seinen Weg in die Rösterei. Bald soll auch eine Verkostung, ein „Open Cupping“, das Angebot für Kaffee-Interessierte erweitern. Im April hat Gourguis seinen ersten Mitarbeiter eingestellt. Der Australier Kai ist sozusagen seine rechte Hand, entlastet und vertritt ihn in allen Bereichen seines Unternehmens. Vervollständigt wird das kleine Team von Andreas' Vater, der tatkräftig im Lager und beim Versand assistiert. „Ich freue mich jeden Tag, dass ich die Möglichkeit hatte, meine Leidenschaft zum Beruf zu machen. Ich habe die Chance genutzt. Das kann ich jedem mitgeben, der vor dieser Entscheidung steht.“ □

FAKTEN

Finanzierung Startkredit
Gründung 2016
Standort Wiggensbach im Allgäu
Mitarbeiter 2
www.porschwarz.de
 □ **Online unter:**
www.lfa.de/magazin

„Gründerland Bayern“

Hubert Aiwanger

Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



Bayern ist Wirtschaftsmotor Deutschlands und hat das Potenzial, nun auch Gründerland Nummer eins in Europa zu werden. Gründer finden in Bayern ideale Bedingungen vor und können sich bestmöglich entfalten. Unser Motto ist „anpacken“, gute Ideen in die Tat umsetzen und damit die bayerische Wirtschaft voranbringen. Dafür steht „Gründerland Bayern“. Im Rahmen dieser Initiative haben wir bereits eine Vielzahl konkreter Maßnahmen angestoßen. Daran knüpfen wir nun mit weiteren Projekten an. Prominentes Beispiel ist der Aufbau der Digitalen Gründerzentren. Mit insgesamt 19 Digitalen Gründerzentren an 27 Standorten, mindestens zwei je Regierungsbezirk, gibt es in allen Regionen zentrale Anlaufpunkte für innovative Start-ups. Allein dafür nehmen wir 120 Millionen Euro in die Hand.

Start-ups brauchen aber nicht nur Ansprechpartner, sondern auch eine gute Finanzierung. Der Wachstumsfonds Bayern leistet hier bereits einen wertvollen Beitrag, genauso wie das umfassende Engagement der LfA Förderbank Bayern im Bereich Fondsinvestments für innovative Gründer. Erst im vergangenen Jahr wurde beispielsweise die LfA-EIF-Fazilität auf insgesamt 200 Millionen Euro aufgestockt. Dieser Fonds investiert seit 2009 in Venture-Capital-Fonds in Bayern, um das Wagniskapitalangebot im Freistaat für kleinere und mittlere Technologieunternehmen zu erweitern. Auf diese Weise verbessern wir die Finanzierungschancen unserer Start-ups und setzen gezielt Wachstumsimpulse für Bayern.

Egal, ob Gründerzentren, Finanzierung oder das gute Zusammenspiel mit Akteuren wie der LfA: Das Gründerland Bayern hat eine ganze Menge zu bieten. Diese Möglichkeiten wollen wir bekannter machen und Gründern eine bessere Orientierung geben. Hierzu starten wir Ende September eine neue Kommunikationskampagne – mit einer dann rundum überarbeiteten Website www.gruenderland.bayern als Herzstück sowie vielen spannenden Elementen. Marketing betreiben wir hier nicht zum Selbstzweck. Uns geht es um viel mehr: Wir wollen Gründer gezielt ansprechen und ihnen konkret weiterhelfen. Wir unterstützen alle Gründer: angefangen bei den Bereichen Kreativwirtschaft, Handel, Handwerk, Tourismus über die Freien Berufe bis hin zu innovativen, digitalen Start-ups. Wir wollen Mut machen, Potenziale zu erkennen, anzupacken und in eine erfolgreiche Gründung umzusetzen. Mich haben Sie dabei an Ihrer Seite!

Foto: Kilian Blees

DER WERT EINER SEILSCHAFT

EIN NEUES BERGSPORTGESCHÄFT IM STADTZENTRUM VON NÜRNBERG, NOCH DAZU OHNE JEDEN VERSAND VIA INTERNET. MIT SEINEM **ELDORADO** ZEIGT INHABER TOBIAS PLAIL, WIE SO WAS GUTGEHT UND WORAUF ES BEI NEUGRÜNDUNGEN IM HANDEL WIRKLICH ANKOMMT

TEXT STEFAN RUZAS

Fotos: Tobias Plail

Die Granitfelsen in der Nähe des Grimselpasses heißen nicht ohne Grund Eldorado. Unter Kletterern macht die vom Gletscher glatt geschliffene Plattenwand nun schon seit fast 40 Jahren Furore. Mit Touren, die wilde Namen tragen wie „Motörhead“ oder „Septumania“.

Im Berner Oberland ist die Idee mit dem Geschäft in der Nürnberger Schweiggerstraße entstanden. Weil Tobias Plail und sein Mitarbeiter und guter Freund Uwe Maier hier als Seilschaft gerne klettern.

Die beiden sind im besten Sinne bergsportverrückt. Plail kraxelt schon seit seinem zehnten Lebensjahr und hat Geografie studiert, um Zeit für Berge und Wände zu haben und quasi nebenbei ihre Beschaffenheit zu begreifen.

Am 16. März 2019 hat Plail sein Geschäft Eldorado Bergsport eröffnet. Die Einrichtung entstand in viel Eigenarbeit, das Holz von einem Teil der Regale stammt aus einer Scheune in der Fränkischen Schweiz, dem heimischen Kletterparadies.

Insgesamt knapp 400 Quadratmeter haben sie zur Verfügung, darunter 180 Quadratmeter angenehm helle Verkaufsfläche, 15 Quadratmeter für das Schuhlager und unten 100 Quadratmeter für die restliche Ware, die zum Start mehr als 150.000 Euro gekostet hat.

Plail und Maier haben die Gründung akribisch vorbereitet. Jahrelang haben sie im Bergsportladen von Toni Weiß gearbeitet. Als klar war, dass der in den Ruhestand gehen wollte, wurden sie auf ihrer Suche nach geeigneten Immobilien gleich auf der anderen Straßenseite fündig.

Ein ehemaliger Elektroladen, der vom Vermieter frisch renoviert werden

„Separate Reality“ ist eine Klettertour im Yosemite-Nationalpark in Kalifornien. Dort fotografierte Plail seinen Kollegen an der Schlüsselstelle der Route in einem Felsüberhang

sollte. Parkplätze und Platz für eine Hängevorrichtung und eine kleine Kletterwand zum Testen von Gurten und Schuhen inklusive.

Über die Sparkasse Nürnberg haben die Eldorados einen Startkredit bei der LfA Förderbank Bayern bekommen. Laufzeit: zehn Jahre. „Ich möchte das hier ein Leben lang machen. Auch wenn wir planen, nach bereits fünf Jahren alle Anlaufkosten abbezahlt zu haben“, sagt Plail.

Fragt man ihn, worauf es beim Neustart eines Unternehmens ankommt, muss er nicht lange überlegen. Erstens: genügend Vorlaufzeit für Businessplan und Finanzierung einkalkulieren. Bei ihm waren es anderthalb Jahre. Zweitens: beim Budget eher großzügig und mit Rücklagen kalkulieren. Irgendwas passiert immer außer Plan. Drittens: Die richtigen Leute zu kennen, vereinfacht vieles. Die geschäftlichen

„MIT MEHR
LANGLEBIG-
KEIT HABEN
WIR SCHON
VIEL GE-
WONNEN“

Seilschaften des Gründers gaben von Anfang an Sicherheit. Eingespielte Kontakte zu Vertretern von Zulieferern wie Patagonia oder Prana halfen, gute Konditionen zu bekommen. Über die Betreiber der Kletterhallen und Sektionen des Deutschen Alpenvereins (DAV) in Nürnberg und Umgebung konnte Plail prima werben.

Durch sein jahrelanges Engagement als Gruppenleiter und Trainer in der Nürnberger DAV-Sektion sowie der Kletterschule Frankenjura war das Vertrauen von Anfang an so groß, dass die Materialwarte des Vereins ihre Bestellungen direkt über Eldorado abwickelten.

Und dann wäre da noch das Thema Nachhaltigkeit. Aus persönlicher Überzeugung hält Plail nichts vom Internet-Versand: „Abgesehen davon, dass Beratung wieder wichtiger wird: Sachen wie Kletterschuhe müssen anprobiert werden. Online werden die immer nur hin- und hergeschickt, weil man eh die falsche Größe bestellt“, sagt Plail.



Im Eldorado bietet Tobias Plail eine große Auswahl an Bekleidung und Ausrüstung fürs Klettern, Wandern oder die nächste Trekking-Reise

Auf Wunsch dürfen Kunden neue Schuhe zu Hause einfach mal ein, zwei Tage zur Probe tragen.

Kletterschuhe gehen im Eldorado Bergsport am besten, neben Seilen, Funktionswäsche, Shirts und Hosen.

Überhaupt diese Nachhaltigkeit: Plail erkundigt sich da schon sehr genau. Er verkauft Marken, die nicht nur Ressourcen schonen, umweltfreundlich verpacken und Fasern und Stoffe recyceln, sondern auch die eigene Ware problemlos reparieren. Plail: „Komplett nachhaltig ist das nie, aber mit mehr Langlebigkeit haben wir schon viel gewonnen.“

Was man übrigens auch auf seine Kletterträume beziehen könnte: Seit Jahren schon will Plail noch mal ins Yosemite Valley im Westen der USA. „In dem Tal gibt es die ein Kilometer senkrechte Felswand El Capitan. Da möchte ich hin!“ □

FAKTEN

Finanzierung Startkredit
Gründung 2018
Standort Nürnberg
Mitarbeiter 3 inkl. Aushilfen
www.eldorado-bergsport.de
☑ **Online unter:**
www.lfa.de/magazin

Start Me Up

DER WEG ZUM EIGENEN UNTERNEHMEN: WAS IST RELEVANT UND WORAUF MÜSSEN GRÜNDER ACHTEN? WICHTIGE ÜBERLEGUNGEN UND SCHRITTE AUF EINEN BLICK

UNTERNEHMERISCHE PERSÖNLICHKEIT & GESCHÄFTSIDEEN PRÜFEN

Zum Start die eigenen Voraussetzungen hinterfragen – von Fachwissen bis Sozialkompetenz. Gründertests gibt's u. a. bei IHK ihk.de, Handwerkskammer hwk-bayern.de und Bundeswirtschaftsministerium existenzgruender.de. Ihre Geschäftsidee sollte konkreten Nutzen stiften. Weil es aber nicht bei allen Ideen um völlig Neues geht: Lassen Sie sich auch von bestehenden Angeboten inspirieren.

INFORMATIONSBESCHAFFUNG UND BERATUNG

Standortdaten, Marktstudien und andere branchen- und zielgruppenspezifische Fakten helfen, Risiken zu verringern. Gründeragenturen und -zentren, die Gründerplattform der KfW gruenderplattform.de und die Initiative Gründerland Bayern gruenderland.bayern unterstützen Sie gerne.

BUSINESS- UND FINANZPLAN

Wichtige Bestandteile sind etwa Informationen zu Gründer, Geschäftsidee, Markt und Wettbewerb. IHK, Handwerkskammer, BayStartUP baystartup.de oder die KfW gruenderplattform.de bieten Gliederungsbeispiele und Vorlagen für Businesspläne. Kalkulieren Sie Ihren Finanzbedarf, etwa für Büro, Beratung, Energie, Lebenshaltung, Steuern. Geplante Kosten stellen Sie erwarteten Erträgen gegenüber.

GRÜNDUNGSFORMALITÄTEN

Ob Einzelunternehmen, GbR, GmbH, UG, AG oder OHG: die Entscheidung der Rechtsform gut durchdenken. Sie hat viele rechtliche, finanzielle, strukturelle und persönliche Folgen, wie Haftung, Grundkapital, Außenwirkung, Steuern. Je nach Branche oder Rechtsform müssen Sie Ihre Firma anmelden (Handwerksrolle, Gewerbe- und Finanzamt, Handelsregister). Auch hier helfen die Kammern hwk-bayern.de, bihk.de oder das Dienstleistungsportal Bayern eap.bayern.de

Illustration: Pia Bublies

FINANZIERUNG

DIE BESTE IDEE FUNKTIONIERT NUR, WENN DIE FINANZIERUNG GEKLÄRT IST

DIE GRÜNDUNGSFÖRDERUNG DER LfA IM ÜBERBLICK

STARTKREDIT

◆ Finanzierung speziell für Gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Gründungsphase
◆ Gefördert werden Investitionen insbesondere bei Neuerrichtungen von Betrieben, Betriebsübernahmen und tätigen Beteiligungen

UNIVERSALKREDIT

◆ ein Kredit auch für Nicht-KMU
◆ zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten, z. B. allgemeiner Betriebsmittelbedarf

INNOVATIONSKREDIT 4.0

◆ Finanzierung von Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben sowie von Investitionen und Betriebsmitteln innovativer Unternehmen
◆ Reduzierung der Darlehenssumme durch Tilgungszuschuss

ZINSGÜNSTIGE FINANZIERUNG
TILGUNGSFREIE ANLAUFJAHRE

KURZE UND LANGE LAUFZEITEN UND ZINSBINDUNGEN
BIS ZU 100-PROZENTIGE FINANZIERUNG MÖGLICH

RISIKOENTLASTUNG

Haftungsfreistellung „HaftungPlus“: Kann ein Darlehen nicht ausreichend abgesichert werden, bietet die LfA Haftungsfreistellungen an und übernimmt bis zu 70 % des Ausfallrisikos Ihrer Hausbank.

Bürgschaften: Unabhängig von der Inanspruchnahme eines LfA-Kredits besteht auch die Möglichkeit einer Bürgschaftsübernahme von bis zu 80 % durch die LfA oder die Bürgschaftsbank Bayern.

BETEILIGUNGEN

Neben Fremdkapital stellt die LfA auch Eigenkapital über Beteiligungsgesellschaften aus der LfA-Gruppe zur Verfügung: Die LfA-Tochter Bayern Kapital bayernkapital.de finanziert junge Technologieunternehmen mit Venture Capital. Bei Existenzgründern im Handel, Handwerk, in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich hilft die LfA gemeinsam mit der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft BayBG baybg.de

SO HILFT DIE LfA

Mit der Gründungsförderung der LfA sichern Sie sich erfolgsentscheidende Vorteile und stellen Ihren Betrieb von Anfang an auf eine solide finanzielle Grundlage. Je nach Art des Vorhabens können langfristige, zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften oder Haftungsfreistellungen oder auch Beteiligungen eingesetzt werden. Die LfA-Förderkredite werden über die Hausbank ausgereicht, auch die Antragstellung läuft

direkt über die Hausbank. Zur optimalen Vorbereitung auf das Gespräch mit Ihrer Bank empfehlen wir Ihnen den „Leitfaden für das Bankengespräch“, den Sie kostenlos bestellen oder downloaden können: lfa.de. Die Experten der LfA beraten angehende Gründer in Bayern – kompetent, wettbewerbsneutral und kostenlos. LfA-Förderberatung: 0800 / 21 24 24 0 (kostenfrei), info@lfa.de, lfa.de/beratung

Weitere Infos: Neben den Förder- und Beratungsangeboten der LfA helfen auch Beratungsleistungen des Freistaates und anderer Institutionen, wie Hausbanken oder Kammern, weiter.

Die Broschüre „Förderwegweiser für Existenzgründer in Bayern“ stmwi.bayern.de gibt einen ersten Überblick zu den Möglichkeiten.

PERSÖNLICHE UND BETRIEBLICHE ABSICHERUNG

Neben Kranken-, Pflege-, Berufsunfähigkeits- und Unfallversicherung ist auch an Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung sowie Altersvorsorge zu denken. Online informiert das Bundeswirtschaftsministerium bmwi.de

ERFOLGREICHER START

... und weitere Beratung

Nutzen Sie Angebote für Mentoring und Coaching. Als Existenzgründer oder Unternehmensnachfolger finden Sie für die weiteren Schritte nach dem Start ein bayernweites Netzwerk unterstützender Partner und Gleichgesinnter online unter gruenderplattform.de, gruenderland.bayern, baystartup.de, invest-in-bavaria.com. Eine kostenfreie Beratung bietet auch die LfA lfa.de/beratung

VERPACKT GUT ECHT

DIE GRÜNDER SIND ÄLTER ALS 50, ABER ÄUSSERST JUNG IM KOPF: DIE UNGEWÖHNLICHE GESCHICHTE DER VERPACKUNGS-FIRMA **NEXTPACK** AUS PLATTLING

TEXT STEFAN RUZAS

Foto: Nextpack

Mit Werkhallen, Lkw-Transporten und Verpackungen haben Michael Gulde, Stefan Fiedler und Karl Fuchs nun wirklich nichts zu tun.

Die drei sind eigentlich SAP-Experten und Geschäftsführer des Softwarehauses T.CON. Ihr Hauptsitz ist Plattling, aber sie haben mit ihren rund 250 Mitarbeitern auch Standorte in Städten wie Berlin oder Hamburg.

Bei einem Glas Wein ging es mit einem Bekannten, der schon mehr als 30 Jahre in der Verpackungsindustrie arbeitet, darum, wie viel Freude doch handfeste Arbeit macht. Das wäre schon noch mal was!

Eher nebenbei erzählte der Bekannte von einem Material namens Wabenpappe, einer neuen Generation von Transportverpackungen. Leicht, stabil, umweltfreundlich und recycelbar, einfach zu verarbeiten. Das Erstaunliche: Es gab damals keinen einzigen Anbieter in Bayern. Eine Marktlücke also.

Gemeinsam begannen sie, zu tüfteln und zu rechnen, eher so aus Spaß. Start-up-Gefühle mit über 50. Und überhaupt: Die alte Coca-Cola-Halle in Fischerdorf stand doch seit dem Donau-Hochwasser 2013 leer. Aus Spaß wurde schnell Ernst: ein Businessplan, der auch fast vier Jahre später immer noch ganz genau passt. Ein Antrag bei der Sparkasse für eine Förderung durch die LfA.

Seit dem 12. Oktober 2015 steht im Handelsregister Deggendorf eine gewisse Nextpack AG, die dann auch gleich im Dezember 2015 mit der handfesten Arbeit in der Werkhalle begann. Plotten, stanzen, kleben, lagern, all so was.

Lubomir Kroupa, auch er ein Verpackungs- und Logistikprofi, leitet seit Anfang 2019 das operative Geschäft von Nextpack in Fischerdorf und dem zweiten Werk in Aholming.

Auf insgesamt rund 5.000 Quadratmetern entstehen maßgeschneiderte Formen aus Wabenpappe für Seitenteile

von Autos, Roboterarme, Scanner, Batterien, Maschinenbauteile und vieles mehr. Zu den Kunden zählen, in Kooperation mit dem Vertriebspartner Antalis, von Anfang an auch bedeutende Automobilhersteller.

Die Idee sei, so Kroupa, „um das Produkt eine Verpackung zu bauen, die im besten Fall als Set flach angeliefert wird und im Einsatz absolut sicheren Schutz und reibungslose Logistik bietet“. Ohne sperriges Holz, ohne unnötige Mengen an Schaum oder Styropor.

Mittlerweile werden Hunderttausende Quadratmeter verarbeitet, der Jahresumsatz von zwei Millionen Euro soll sich in Kürze vervierfachen.

„Manche Kunden hatten früher 60 verschiedene Holzkisten, aus Wabenpappe

sind es nur 15 mit acht Grundmaßen“, so Kroupa. Das Gewicht der Verpackungen habe sich um zirka 50 Prozent reduziert, das Volumen um mindestens 30 Prozent. Mal abgesehen davon, dass weniger Personen mit anpacken müssen und die transportierenden Lkws weniger Sprit verbrauchen. Das Faszinierende an

der Funktion der Wabenpappe, aus der übrigens auch Türen gemacht werden, ist: Auf einen Quadratzentimeter können bis zu fünf Kilogramm Kraft wirken.

Wie solch ein schneller Erfolg in einem derart komplexen Gewerbe gelingt? Kroupa weiß es: „Bei uns macht's die Erfahrung. Technisches Know-how und gute Kontakte, verbunden mit einer tiefen Kenntnis der Bedürfnisse unserer Kunden. Und das macht uns so schnell keiner nach.“ □

**ZIRKA
50 PROZENT
WENIGER
GEWICHT UND
30 PROZENT
WENIGER
VOLUMEN**

FAKTEN

Finanzierung Startkredit
Gründung 2015
Standort Plattling
Mitarbeiter 20 inkl. Aushilfen
www.nextpack.de
□ **Online unter:**
www.lfa.de/magazin

DENEN GEHT'S BLENDEND

HAPPYBRUSH IN MÜNCHEN KOMMT RICHTIG IN SCHWUNG: MIT IHREM START-UP BRINGEN STEFAN WALTER UND FLORIAN KIENER FRISCHE IN DEN MARKT DER ELEKTRISCHEN ZAHNBÜRSTEN

TEXT MARLENE IRAUSEK

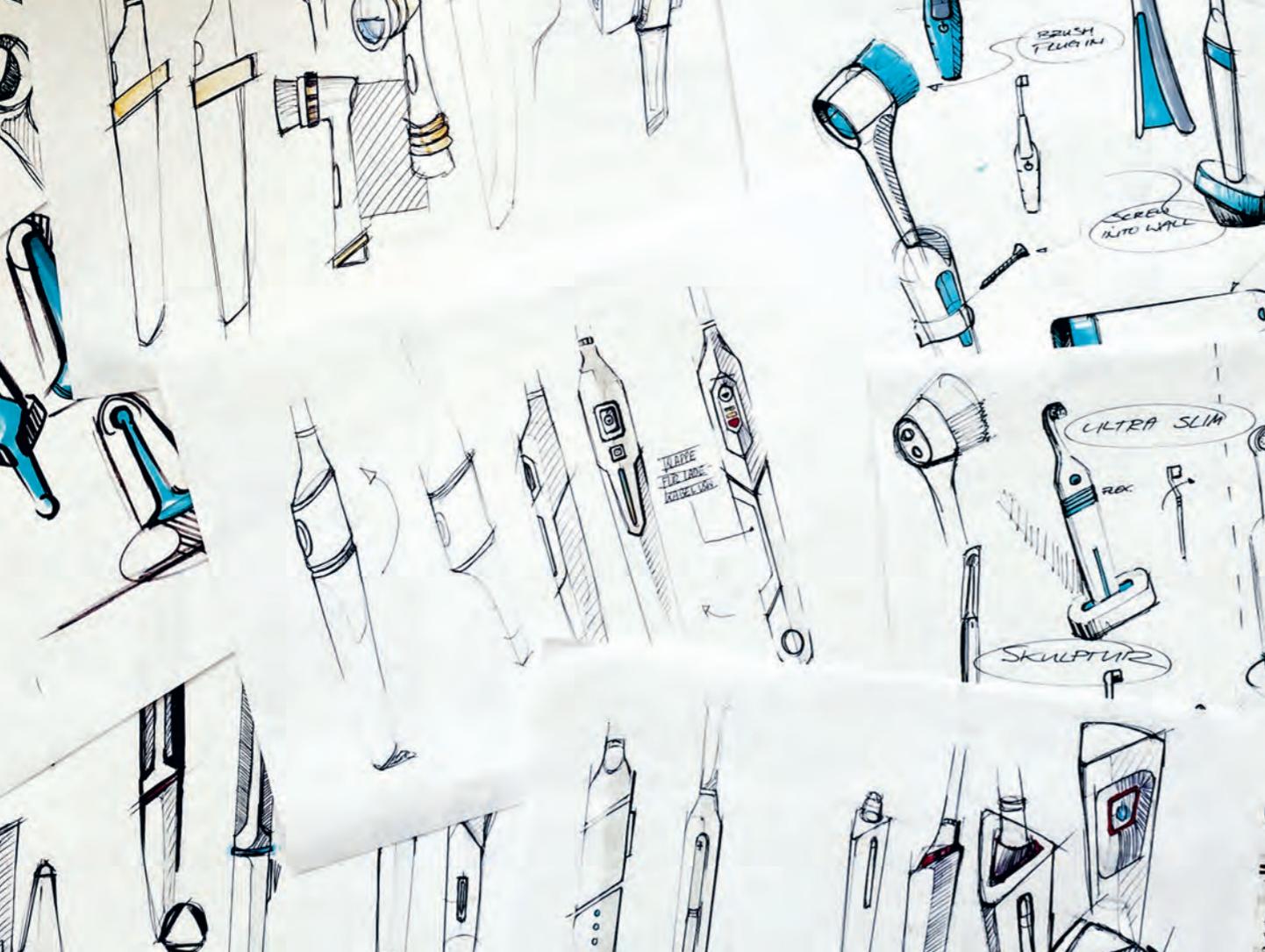
Durch einen Hinterhof und über eine dunkle Holztreppe geht es in den zweiten Stock des Rückgebäudes in München-Sendling. „Türe einfach öffnen“ steht auf einem Blatt Papier am Eingang. Dahinter überrascht ein Büro, das genau so ist, wie man sich ein Start-up vorstellt: Den Mittelpunkt bildet die puristisch eingerichtete Empfangshalle mit Tischtennisplatte, Kicker und Basketballkorb, von der eine kleine Küchennische, Büroräume und ein großer Konferenzraum abgehen. Jede Menge bunte Post-its zieren die Wände. Es ist angenehm ruhig, die Mitarbeiter arbeiten konzentriert an den Schreibtischen. Seit Anfang des Jahres sitzt Happybrush in den Räumen unweit der Münchner Theresienwiese. Im neuen Büro ist Platz für 30 Personen. Das war Stefan Walter und Florian Kiener wichtig. Die Geschäftsführer beschäftigen derzeit 15 Mitarbeiter, weitere sollen

folgen. Die beiden Unternehmer haben noch viel vor.

Bei einer WG-Party in Frankfurt fiel Walter und Kiener auf, dass viele in ihrem Freundeskreis noch Handzahnbürsten benutzen. Elektrische Zahnbürsten waren den meisten zu teuer, zu umständlich oder einfach zu unattraktiv. Was ja auch stimmte, wie eine Spontan-Recherche zeigte. Warum nicht selbst eine entwerfen? In der Zahnpflegebranche kannten sie sich ohnehin aus – das Erfolgsduo lernte sich bei Procter & Gamble kennen, wo sie im Marketing und Vertrieb unter anderem für Oral-B und blend-a-med tätig waren. Die Betriebswirte kündigten also ihre Jobs und zogen Anfang 2016 nach München. „Wir wollten beide eine Veränderung“, erzählt Walter. Erste Erfahrungen im Gründen sammelte er bereits mit einem früheren Start-up. „Das war wie eine Generalprobe. Die Bausteine bleiben ja die gleichen: »



Foto: Happybrush



Businessplan erstellen, Unternehmenspräsentation für mögliche Investoren ausarbeiten und Prototyp-Produkt vorbereiten. Für Happybrush haben wir die Unternehmensidee zwar geändert, gewonnene Kenntnisse und vorhandene Netzwerkverbindungen aber genutzt“, berichtet der heute 37-Jährige.

Zwei Modelle bietet das Münchner Start-up an, eines mit rotierender Bürste und eines mit Schalltechnologie. Der Unterschied liegt lediglich im Antrieb: Beim elektrischen Modell putzt der runde Bürstenkopf in kreisförmigen Bewegungen, wohingegen der oval geformte Aufsatz der Schallzahnbürste hin und her schwingt und die natürliche

Putzbewegung unterstützt. Die Zähne werden also nicht durch Schallwellen gereinigt, wie oft irrtümlich angenommen – die Bürste wird nur über einen elektrischen Schallwandler angetrieben. Anfängliches Kitzeln ist dennoch normal, da sich in der Mundschleimhaut Sinnesrezeptoren befinden, die auf ungewohnte Bewegungen reagieren. Beide Varianten gibt es in edlem Schwarz oder Weiß mit türkisfarbenen Akzenten. Der Preis liegt bei 49,95 und 59,95 Euro. Was die Happybrushs von anderen Anbietern unterscheidet? Die Zahnbürsten sind mit „smarten“

Funktionen ausgestattet und kommen nachhaltig und hip daher. Die Modelle überzeugen mit einer Akkulaufzeit von drei Wochen bis zu drei Monaten, je nach Technologie und Putzmodus. Die magnetische, flache Ladestation bietet sogar einen USB-Anschluss, um die Bürsten bei einem längeren Aufenthalt im Ausland auch über den Laptop laden zu können. Eine Travel-Lock-Funktion verhindert, dass die Zahnbürste während des Transports versehentlich angeht. Der Umwelt zuliebe werden die Aufsteckbürsten in recycelbarem Karton verkauft und die Happybrush-Zahnpasta ist sogar vegan.

„MIT UNSEREM AUFTRITT BEI ‚DIE HÖHLE DER LÖWEN‘ WURDE ES DANN ERNST“

Fotos: Happybrush



Runde Sache Stefan Walter (links) und Florian Kiener beweisen mit ihren Produkten, dass effektive Zahnpflege auch cool sein darf. Ein Bestseller im Portfolio ist die Schallzahnbürste

Neu im Sortiment ist die Mundspülung in einer Plastikflasche aus hundert Prozent recycelten Materialien. „Wir wussten von Anfang an, dass wir mit einem Set aus Zahnbürste und Zahnpasta starten und früher oder später noch mehr für die Zahnpflege anbieten wollen“, so Walter.

Von der Entscheidung „Komm, jetzt lass uns das machen“ bis zur Firmeneintragung im Handelsregister vergingen damals nur sechs Wochen, bis zur ersten Finanzierungsrunde weitere zwei Monate. „Rückblickend betrachtet, war das schon mutig und auch ein bisschen naiv. Gleichzeitig war es gut so, um den Schritt überhaupt zu gehen“, sind sich die Gründer einig. Starthilfe bekamen die frischgebackenen Geschäftsmänner über einen Platz im Accelerator-Programm des Entrepreneurship Centers der Ludwig-Maximilians-Universität München. Dort erhalten Teilnehmer neben Coaching auch Zugang zu einem großen Netzwerk aus Gründern, Investoren und Partnern. Walter: „Wir haben mit den verschiedensten Leuten über ihren Weg in die Selbstständigkeit gesprochen. Unter anderem mit den Mymuesli-Gründern, die Florian noch aus seiner Studienzeit in Passau kennt. Tipps, wie wir am besten auf den Handel zugehen und den Verkauf vorbereiten können, kamen wiederum von einem befreundeten ehemaligen Einkaufsleiter.“ Außerdem machen die Jungunternehmer drei

ihrer Business Angels zu sogenannten Pool-Leadern, die ihnen strategisch beratend zur Seite stehen und auch heute noch dabei sind. Durch die Empfehlung eines befreundeten Start-ups wurden Stefan und Florian auch auf die Existenzgründungsbeteiligung der BayBG aufmerksam und schließlich auf die LfA, die ihr Unternehmen mit einem Universalkredit fördert.

Drei Jahre sind seit dem Start 2016 vergangen, bis Ende Juni 2019 hat Happybrush insgesamt 2,4 Millionen Produkte verkauft. Waren die beiden Gründer im ersten Jahr noch allein aktiv, war das zweite Jahr bereits von der Arbeit mit einem erweiterten Team

geprägt – und einem einschneidenden Fernsehmoment. „Mit unserem Auftritt bei der Vox-Gründershow ‚Die Höhle der Löwen‘ wurde es dann ernst“, erinnert sich Walter. Die Ausstrahlung verhalf dem Münchner Unternehmen schlagartig zu großer Aufmerksamkeit. „Im gleichen Jahr wurden unsere Produkte auch bei dm gelistet. Das hat unser Geschäft plötzlich auf ein anderes Niveau gehoben.“ In den kommenden Jahren soll die Firma weiter wachsen, auch international, und das Sortiment noch größer werden. Neben Sondereditionen bestehender Artikel soll es außerdem neue Happybrush-Produkte geben. Gerade arbeitet das Team an einer Kinderzahnbürste mit verbundener App, die mit einem Avatar zum Putzen motiviert. □

FAKTEN

Finanzierung Universalkredit (LfA), Existenzgründungsbeteiligung (BayBG)
Gründung 2016
Standort München
Mitarbeiter 15
www.happybrush.de
 Online unter: www.lfa.de/magazin

Jahrzehntlang hieß das Grundstück im Mühlenviertel einfach nur „der Schandfleck“. Eine brach liegende und zugewachsene Fläche in der Mitte Bambergs, mit Trümmern der alten Sterzermühle. Umgeben von den Armen des Flusses Regnitz.

Fast schon peinlich für eine Stadt, die seit dem Jahr 1993 stolz den Titel „Weltkulturerbe der UNESCO“ trägt.

Wünsche für die Nutzung gab es viele, von Biergarten bis Hotel. Wirklich gerechnet hat sich keiner. Bis mit dem Münchner Unternehmer Johannes Kraus die Idee entstand, so wie früher die Kraft des Wassers zu nutzen, um Ökostrom für 300 Haushalte zu gewinnen. Oben auf dem Wasserkraftwerk ein Gebäude mit Besucherzentrum fürs Welterbe und einem Restaurant.

Beworben haben sich für den Gastronomiebetrieb nach der Ausschreibung im November 2016 jede Menge Leute, darunter die jungen Einheimischen Maximilian Beughold und Raffaele Colonna. Sie kennen sich durch ihre Eltern schon von Kindheit an.

Beughold hatte bereits als Schüler, im Alter von 16 Jahren, ein eigenes Gewerbe – ein Werbebüro, das es bis heute gibt. Jahrelang arbeitete er zudem als Barkeeper.

Colonna zog mit 18 nach München, arbeitete bei Feinkost Käfer, machte eine Ausbildung zum Sommelier und sammelte Erfahrungen bei Relais & Châteaux in Australien und als Leiter einer Gourmetstube im Bayerischen Wald.

Im März 2017 erhielt Beughold, er saß gerade bei seiner Mutter auf dem Sofa, einen Anruf von Investor Kraus mit der

Zusage. Die Ideen der Youngster hatten sogar die eines bekannten Sternekochs geschlagen.

„Wie? So jung und solch ein großes Objekt?“, monierten in der Stadt manche Skeptiker. Immerhin geht es um die Bewirtung von 185 Sitzplätzen, 85 drinnen und 100 draußen.

Knapp zwei Jahre dauerte der Bau, im Februar 2019 war dann Eröffnung des „Henrii“: elegant und schick, große Terrasse, viel Blau als Sinnbild fürs Wasser und an der Decke eine imposante Lichtkonstruktion.

„Wir möchten unserer Stadt was zurückgeben“, erzählt Beughold. „Keine Systemgastronomie, sondern ein authentisches und modernes Angebot für Bewohner und Touristen.“ Fast vom ersten Tag an sind sie jeden Abend ausgebucht.

Das Duo hat sich viele Gedanken gemacht, welches Konzept und welche Küche zum Ort passen. Andreas Pickel, ein weltgewandter Küchenchef, war frühzeitig an Bord. Mit ihm entstand die Haltung, frisch und eher mediterran zu kochen, mit täglich hausgemachter Pasta.

Eine weitere Finesse ist das Fleisch vom Jospier-Grill, der mit Holzkohle heizt und präzise gart.

Mittlerweile arbeiten im „Henrii“ samt Aushilfen rund 35 Frauen und Männer, darunter sechs Köche.

Das Rezept ihres Erfolgs erklärt sich Colonna so: „Das Wichtigste ist die Lage, das Konzept, ausreichend Planungszeit und unser Netzwerk in Bamberg. Aber genauso wichtig ist die Aufteilung als Team: Max macht Büro und Strategie, ich eher das Tagesgeschäft.“ □

FAKTEN

Finanzierung Startkredit

Gründung 2019

Standort Bamberg

Mitarbeiter ca. 35 inkl. Aushilfen

www.henrii-bamberg.de

☑ **Online unter:**

www.lfa.de/magazin



Tagesbar, Restaurant und Vinothek Im „Henrii“ verwöhnen Raffaele Colonna (links) und Maximilian Beughold (rechts) die Gäste mit moderner Kochkunst und feinen Weinen

ALLES IM FLUSS

MIT GERADE MAL MITTE 20 HABEN MAXIMILIAN BEUGHOLD UND RAFFAELE COLONNA IM FEBRUAR 2019 BAMBERGS AUFREGENDESTES RESTAURANT ERÖFFNET – DAS „HENRII“

TEXT STEFAN RUZAS



BUSINESSPLAN WETTBEWERBE DIE GEWINNER 2019



Zahlreiche Gründer hatten auch dieses Jahr wieder die Möglichkeit, ihre Ideen bei den Bayerischen Businessplan Wettbewerben vorzustellen. Alle einreichenden Teams erhielten umfangreiches schriftliches Feedback zu ihren Busi-

nessplänen von der ehrenamtlichen Expertenjury. Im Finale des Businessplan Wettbewerbs Nordbayern überzeugte das Windenergie-Start-up NeoVenti mit seinem System zur dezentralen Energieversorgung durch neuartige Windwalzen an

Gebäudedächern. Den zweiten Platz belegte VITAS. Das Start-up entwickelte einen intelligenten Sprachassistenten, der telefonische Kundenanfragen beantworten soll. Auf dem dritten Platz folgte Syncosmo, deren Kosmetikprodukte anhand eines mathematischen Ansatzes farblich dem Hauttyp entsprechend ausgewählt werden. Beim Finale in München siegte prezise.ai mit einer Bodyscanning-Software, die Kunden von Online-Shops über ihr Smartphone exakt vermisst. Platz zwei ging an m-Bee und seine neuartige Technologie für stationäre und mobile Batteriespeicher. Über den dritten Platz freute sich Orbem. Das Start-up ermöglicht mit einer intelligenten Bildgebungstechnologie die Klassifizierung von Eiern und möchte so die Geflügelwirtschaft nachhaltiger machen. „Die innovativen Ideen, das Talent und der Mut der Sieger des diesjährigen Wettbewerbs sind beeindruckend!“, findet Hans Peter Göttler, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA, die den Wettbewerb sponsert.

BAYERNS BEST 50 GELEBTES UNTERNEHMERTUM

Die Auszeichnung „Bayerns Best 50“ wird an die dynamischsten Betriebe in Bayern vergeben, dieses Jahr bereits zum 18. Mal. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ehrte damit die mittelständischen Top-Unternehmen, die in den zurückliegenden Jahren Mitarbeiterzahl und Umsatz am stärksten steigern konnten. Unter den Preisträgern befinden sich über 30 von der LfA geförderte Unternehmen. Die Auszeichnung ist somit auch für die Förderbank ein großer Erfolg und zeigt, dass das LfA-Förderangebot ein wichtiger Baustein ist, der mittelständischen Unternehmen neue Handlungsspielräume und zusätzliches Finanzierungspotenzial für Wachstum eröffnet.



PROJEKT JUNIOR

TALENTE-SCHMIEDE

Gleich zwei Teams schafften es mit ihren Geschäftsideen auf den ersten Platz des JUNIOR Landeswettbewerbs Bayern: „blueagain“ von der Rudolf-Steiner-Schule Gröbenzell überzeugte mit Brotzeitverpackungen aus recycelten Stoffen. „seif your life“ von der Klara-Oppenheimer-Schule aus Würzburg punktete mit einer nachhaltigen Kaffeesatzseife, die Gerüche an Händen neutralisiert. Beim JUNIOR Bundeswettbewerb in Berlin konkurrierten die Jungunternehmer mit insgesamt 14 Länderteams um den Deutschland-Titel.

LFA-VORSTANDSNEWS WECHSEL IM VORSTAND



Hans Peter Göttler ist der neue stellvertretende Vorsitzende des

Vorstands der LfA Förderbank Bayern. Mit Wirkung zum 01. Juli 2019 folgte er auf seinen Vorgänger Dr. Hans Schleicher, der sich zum 30. Juni 2019 in den Ruhestand verabschiedete. Hans Peter Göttler ist bereits seit 2015 Mitglied des Vorstands der LfA Förderbank Bayern. Mit dieser persönlichen Weichenstellung ist der Vorstand unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Otto Beierl für die Zukunft weiterhin bestens gerüstet.

Fotos: BayStartUP; PR: Christian Brechels; Sparkassenverband Bayern; Bayerischer Rundfunk; BR/Lürhje Schneider-Hörl, FILM/Jennifer Bräuer

HALBJAHRESBILANZ 2019

1.2 MILLIARDEN EURO

Rund 2.300 Mittelständler und Kommunen konnten im ersten Halbjahr von Darlehen in Höhe von über 1,2 Milliarden Euro profitieren. Sehr stark war die Finanzierungsnachfrage in der Energieeffizienzförderung. Das Zuzugvolumen in den Energiekreditprogrammen der LfA stieg auf über 170 Millionen Euro an – ein Zuwachs von über 41 Prozent. „Im Fokus der kleinen und mittleren Betriebe stand besonders die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen. Hier haben wir mit Tilgungszuschüssen deutliche Investitionsanreize gesetzt“, berichtet LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl.

BAYERISCHER GRÜNDERPREIS INNOVATION SIEGT

Die noris network AG, ein LfA-gefördertes Unternehmen, hat sich beim diesjährigen Bayerischen Gründerpreis in der Kategorie „Aufsteiger“ den ersten Platz gesichert. Die Nürnberger Firma bietet maßgeschneiderte Lösungen in den Bereichen IT-Outsourcing, Cloud Services sowie Network & Security an.



Verleihung Bayerischer Gründerpreis (v.l.): Roland Burgis von der Sparkasse Nürnberg, Florian Sippel und Ingo Kraupa von noris network, Dr. Schleicher von der LfA

MELDUNGEN



Stolze Preisträgerin: Natalie Spinell (links) erhielt den begehrten Panther für ihre Serie „Servus Baby“



BAYERISCHER FERNSEHPREIS

STARKER WEIBLICHER FILMNACHWUCHS

Der seit 1989 verliehene Bayerische Fernsehpreis ist eine der renommiertesten Auszeichnungen im deutschen Fernsehen. Als Partner der bayerischen Medienwirtschaft fördert die LfA seit vielen Jahren besonders Nachwuchstalente, um die jungen Kreativen bei einem professionellen Start in die Karriere zu unterstützen. Dieses Jahr durfte sich HFF-München-Absolventin Natalie Spinell mit ihrer Serie „Servus Baby“ über die Auszeichnung freuen. „Wir gratulieren Natalie Spinell zu der herzerfrischenden Serie und wünschen weiterhin gutes Gelingen für ihre künftigen Projekte“, so der damalige stellvertretende LfA-Vorstandsvorsitzende Dr. Hans

Schleicher. „Servus Baby“ erzählt vom turbulenten Alltag in der teuren Singlestadt München. Freunde oder gar einen annehmbaren Mann zu finden, ist dort alles andere als einfach. Die Regisseurin schafft es mit wohlthuender Lockerheit, ein Porträt von vier Frauen zu zeichnen, das unterhaltsam, fordernd und mit viel Liebe zur Generation Y erzählt ist. „Der Preis ist eine Anerkennung dafür, dass junge Talente mit frischen Ideen begeistern“, so Digitalministerin Judith Gerlach. „Bayern ist ein herausragender Film- und Fernsehstandort. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir dem kreativen Nachwuchs Freiräume verschaffen und sie ermutigen, weiter ihren Weg zu gehen.“

10.000
EURO
FÜR
NACH-
WUCHS-
TALENT



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf info.fsc.org Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



Wenn Sie unser LfA Magazin nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns die Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte per E-Mail oder per Post unter Beifügung Ihrer Adresse mit: LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

DATENSCHUTZINFORMATION: Die hier verwendeten Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von der Schober Information Group Deutschland GmbH, Meisenweg 37, 70771 Leinfelden-Echterdingen. Die Schober Group Deutschland GmbH verarbeitet auf Basis der Interessenabwägung gemäß Art. 6 (1) (f) DSGVO Ihre Adressdaten und Selektionsmerkmale für Zwecke der Direktwerbung von Unternehmen sowie zur Prüfung und Anreicherung von Adressbeständen anderer Unternehmen. Sie können der künftigen Nutzung Ihrer Daten zu diesen Zwecken widersprechen. Weitere Informationen sowie Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten erhalten Sie unter <https://schober.de/unternehmen/datenschutz/>

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Bettina Daimer, Michael Muhsal, Markus Wöhlh
Internet www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München
Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek, Sarah Krammer
Bildredaktion Elina Gathof, Luca Reeh, Alissa Selge
Gestaltung Claudia Homer, Thomas Saible
Lektorat Lektorat Süd, www.ektorat-sued.de
Druck: Druckerei Vogl GmbH & Co. KG, Zorneding



INNOVATIONSKREDIT 4.0

ZUKUNFT GESTALTEN

Bayerns Zukunft ist innovativ und digital. Damit mittelständische Betriebe, Freiberufler und Gründer die Chancen der Digitalisierung auch nutzen, richtet die LfA Förderbank Bayern ihre Innovations- und Digitalisierungsförderung neu aus. Mit dem neuen Innovationskredit 4.0 unterstützt die Förderbank Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler ab sofort mit einem breit angelegten und dennoch schlanken Angebot, um Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben sowie innovative Unternehmen zu finanzieren. Neben attraktiven Zinssätzen bietet der Innovationskredit 4.0

einen Tilgungszuschuss von einem Prozent des Darlehensbetrags.

Die maximale Kreditsumme beträgt 7,5 Millionen Euro und Vorhaben können bis zu 100 Prozent finanziert werden. Außerdem kann die LfA bei nicht ausreichenden Sicherheiten durch Haftungsfreistellungen den Kreditzugang erleichtern. Darlehenslaufzeit und Zinsfestschreibung sind bis zu zehn Jahre wählbar. Refinanziert wird der Innovationskredit zinsgünstig aus dem ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit der KfW Bankengruppe. Dafür wurde ein neuer Globaldarlehensvertrag zwischen der LfA Förderbank

Bayern und der KfW Bankengruppe in Höhe von 120 Millionen Euro abgeschlossen. Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA: „Der neue Innovationskredit 4.0 zielt darauf ab, innovative Vorhaben anzustoßen. Mit ihm haben wir unser Förderangebot in Kooperation mit der KfW weiter optimiert und grundlegend verschlankt. Dabei verbinden wir bayerische, europäische und Förderinstrumente des Bundes in nur einem Produkt. So helfen wir Mittelständlern, Gründern und Freiberuflern dabei, ihre Geschäftsmodelle zu modernisieren – das schafft Kostenvorteile und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit.“

Fotos: Stocksy/CACTUS Creative Studio; Manuel Nieberle (2)

Sylvia Weingart

Abteilung
Förderkredite

Position
Spezialistin
Neugeschäft,
Vertrieb und Beratung
Seit 2015 bei der LfA



„Ich freue mich, wenn Vorhaben verwirklicht werden“

Vor 20 Jahren bin ich von Schwäbisch Gmünd nach Bayern gezogen und lebe nun in Gauting im Fünfseenland. Ich mag die bayerischen Seen und genieße die schöne Umgebung dort, am liebsten auf dem Fahrrad. Schon lange arbeite ich im Firmenkreditgeschäft und finde es jedes Mal aufs Neue spannend, die Unternehmen bei ihren Vorhaben zu begleiten. Die Kunden kommen aus so unterschiedlichen Branchen, keine Firma ist gleich, jeder Unternehmer anders. In mein Aufgabengebiet fallen Haftungsfreistellungen und Bürgschaften bei Förderdarlehen für Existenzgründungen, Nachfolgeregelungen und anderen förderfähigen Finanzierungen. Anhand von Businessplänen und weiteren Unterlagen beurteile ich das Gesamtkonzept. Oft wird die Finanzierungsstruktur noch zusammen mit der Hausbank und den Kunden durchgesprochen. Ich prüfe die vorgelegten Planungen und stimme die Gestaltung der Sicherheiten ab. Anhand meiner gesammelten Informationen erstelle ich dann eine Kreditvorlage und die Offerten. Es ist ein Prozess, der von allen Partnern mitgetragen wird: von der Hausbank, von uns, vom Antragsteller. Die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer, die ich kennengelernt habe, brennen für ihre Geschäftsidee und man spürt die Begeisterung für ihre Aufgabe. Ich freue mich, wenn Vorhaben mit unserer Unterstützung verwirklicht werden können.

Bernd Frölich

Abteilung
Risiko-Controlling

Position
Stabsstellenleiter
Seit 1992 bei der LfA



„Risiko birgt immer auch Chancen“

Ich bin begeisterter Skitourengeher und Tiefschneefahrer, habe vor einigen Jahren sogar eine Trekking-Tour über den gefrorenen Baikalsee in Russland gewagt. In meinem privaten Umfeld werde ich gelegentlich gefragt, ob solche Abenteuer für Risiko-Controller vertretbar sind. Dabei gehört für mich gerade das Eingehen von Risiken dazu. Im Bankgeschäft ist es genauso. Nur wenn wir Kredite vergeben und Zinsen bekommen, haben wir die Möglichkeit, erfolgreich zu wirtschaften. Allerdings müssen sich die eingegangenen Risiken immer innerhalb der verfügbaren Risikotragfähigkeit bewegen. Die Aufgabe der Stabsstelle Risiko-Controlling ist es, die allgemeine Situation der Bank fortlaufend zu bewerten und die Limiteinhaltung und somit die Risikotragfähigkeit zu überwachen. Wir entwickeln Messverfahren und Modelle, um die Risiken verschiedener Bereiche zu ermitteln. So prüfen wir zum Beispiel im Rahmen von Stresstests, wie sich unsere Risikolage im Falle einer konjunkturellen Krise entwickeln könnte. Dafür liefern wir regelmäßig entsprechende Vorstandsvorlagen und Berichte. Zu unseren Aufgaben zählt es auch, den Vorstand in risikopolitischen Fragen zu unterstützen. Ich schätze die immer noch überschaubare Größe unserer Bank, die es mir ermöglicht, mit meinem siebenköpfigen Team die ganze Bandbreite unseres Geschäfts abzudecken.



WIR FÖRDERN GRÜNDER UND ETABLIERTE

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir innovative Zukunftspläne von Firmengründern genauso wie Vorhaben erfahrener Unternehmer. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie unsere Fördermöglichkeiten nutzen können. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.